

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von April 1917 bis 1918**

NWO-Sonderheft Nr. 61



2.000 Jahre Gewaltherrschaft der Antichristen von April 1917 bis 1918

NWO-Sonderheft Nr. 61

Terror der Antichristen vom 01.04.1917-31.12.1918

Inhaltsverzeichnis	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von April 1917 bis 1918	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von April 1917 bis 1918

Ehrlichkeit ist nie Unrecht: aber ein Fehler ist es, an die Ehrlichkeit der anderen zu glauben.
Henri Barbusse (1873-1935, französischer Sozialist und Schriftsteller)

1917

Präsident Wilson erklärte am 2. April 1917 während einer Rede vor dem US-Kongreß (x056/-137): >>... Der gegenwärtige deutsche U-Bootkrieg gegen den Handelsverkehr ist ein Krieg gegen die Menschheit. ...

Unser Ziel ist es, die Grundsätze des Friedens und der Gerechtigkeit gegen selbstsüchtige und autokratische Gewalt zu verteidigen. ...

Das Recht ist kostbarer als der Friede, und wir werden für die Dinge kämpfen, die unseren Herzen immer am nächsten waren - für die Demokratie, ... für die Rechte und Freiheiten kleiner Nationen, für eine weltumspannende Herrschaft des Rechts durch ein Konzert freier Völker, das Frieden und Sicherheit für alle bringen und schließlich die Welt selbst befreien wird. ...<<

US-Präsident Wilson forderte den nordamerikanischen Kongreß am 2. April 1917 auf, Deutschland den Krieg zu erklären (x068/177-178): >>... Wir haben keinen Streit mit dem deutschen Volk ... Wir haben ihm gegenüber keine anderen Gefühle als Sympathie und Freundschaft ... Wir haben keine egoistischen Ziele, keine Eroberungsabsichten oder Herrschaftsansprüche. Wir suchen keine materielle Entschädigung für die Opfer, die wir freiwillig bringen werden. Wir kämpfen nur für die Menschenrechte ...

Es ist furchtbar, dieses große und friedliche Volk in den Krieg führen zu müssen ... Aber das Recht ist wertvoller als der Frieden und wir werden für die Ideale kämpfen, die uns immer am meisten am Herzen gelegen haben ...

Dieser Aufgabe weihen wir unser Leben, unser Glück und alles, was wir sind und was wir haben. Wir sind stolz darauf zu wissen, daß der Tag gekommen ist, an dem Amerika das Vortrecht hat, sein Blut und seine Kräfte für die Grundsätze hinzugeben, denen es seine Geburt und sein Glück verdankt, für den Frieden, der ihm teuer ist.

Mit Gottes Hilfe kann es nichts anderes tun ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über diese Rede des US-Präsidenten Wilson (x068/178-179): >>... Alles fand sich hier, um

Menschen guten Willens zu begeistern, zu entflammen: reine Selbstlosigkeit, keine Spur von schnödem Egoismus, von Macht, von Geldgier, keine Eroberungs-, keine Herrschaftsgelüste. Nur Opfer, freiwillige Opfer, versteht sich, lauterste, für die gute, die beste Sache, für die Rechte, die Menschenrechte, die höchsten Ideale, ja, Sympathie gar und Freundschaft für die Feinde.

Und alles mit Gottes Hilfe ...

Gott, wer möchte da nicht mitkämpfen, wer nicht augenblicklich sein Blut verspritzen! Der Kongreß, zu alt zwar, zu kostbar, um selbst zu fechten, konnte leider nur andere (für sich) fechten lassen und jubelte. Ja, Demokraten wie Republikaner applaudierten. ...

Und wirklich – hatte es je eine freundschaftlichere Kriegsbotschaft gegeben? Je edlere Gründe für einen Krieg? Je eine zu tätigende größere Tugendübung? Ein menschenfreundlicheres Werk? Es war eine Rede in jenem grandiosen Yankee-Stil, den man da seit den Tagen der Jefferson und Lincoln kultivierte, eine Heuchelei, die in Yankeebrüsten vielleicht gar nicht mehr empfunden wird, so tief schon ist sie eingedrungen durch Mark und Bein ins innerste Gemüt – ein Puritanererbe eben.

Auch Premier Asquith, ein Earl von Oxford und Asquith, vom gleichen Erbe begnadet, erkannte denn sofort im Unterhaus in der amerikanischen Kriegserklärung an Deutschland am 6. April 1917, ohne wie er betonte, jede Schmeichelei und Übertreibung, "eine der uneigennützigsten Handlungen der Geschichte". Der König und die Königin von England nahmen an einem feierlichen Dankgottesdienst in der Sankt-Pauls-Kathedrale teil.

Und Wilson, der "Friedensengel" wurde zum totalen Krieger, zum Bundesgenossen eines Chauvinisten wie Clemenceau, eines Lloyd George (der Asquith im Dezember 1916 als Ministerpräsident verdrängte), die nun beide die Notwendigkeiten eines totalen Sieges propagierten. Denn Wilson fürchtete eine Weltherrschaft Deutschlands.

Die Welt aber wollten die USA beherrschen. Schließlich hatte dort seit zwei Jahrzehnten eine gewisse Führungsgruppe auf einer expansiven Weltpolitik bestanden, nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen, genauer Schwierigkeiten. ...<<

Die Vereinigten Staaten von Amerika traten am 6. April 1917 in den Ersten Weltkrieg ein.

Der Kriegseintritt Nordamerikas brachte endgültig die Wende des Krieges. Die US-Wirtschaftsmacht führte den bereits ermatteten, kriegsmüden britisch-französischen Verbündeten danach schier unerschöpfliche Kriegsmaterial- und Truppenverstärkungen zu, so daß die Überlegenheit der Ententemächte von Tag zu Tag größer wurde. Die großen US-Geleitzüge brachten jetzt noch mehr schwere Waffen (vor allem Panzer), Versorgungsgüter und ausgeruhte Truppen nach Europa. Ununterbrochen trafen neue Waffen-, Munitions- und Truppentransporte in England und Frankreich ein.

Nordamerika griff in erster Linie aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg ein. Die US-Wirtschaft belieferte die Westmächte bereits seit etwa 1915 mit Kriegsgütern, denn ein Sieg der Mittelmächte würde angeblich die großen US-Kapitalanlagen in England und Frankreich gefährden.

Winston S. Churchill (1874-1965, während des Ersten Weltkrieges u.a. britischer Marineminister) berichtete später im "New York Enquirer" (x068/199): >>Amerikas Kriegseintritt 1917 war ein unseliger Schritt.

Wäret Ihr zu Hause geblieben und Euren eigenen Geschäften nachgegangen, dann hätten wir im Frühjahr 1917 mit den Zentralmächten Frieden geschlossen.<<

Wenn sich die Vereinigten Staaten von Amerika damals nicht aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg eingemischt hätten, wäre es angesichts der unentschiedenen militärischen Lage und der hohen Verluste (allein während der strategisch völlig sinnlosen Kämpfe um Verdun von Februar bis Dezember 1916 fielen mindestens 335.000 Deutsche und 360.000 Franzosen) noch im Dezember 1916 oder im Januar 1917 zu

einem Waffenstillstand ("Erschöpfungsfrieden") im Osten und Westen gekommen.

Die europäischen Kriegsparteien hätten sich danach notgedrungen auf einen maßvollen Verständigungsfrieden (Wiederherstellung der Vorkriegslage und angemessene Entschädigungen für Sachschäden in den Kampfgebieten) geeinigt.

Aufgrund des "Erschöpfungsfriedens" im Dezember 1916 oder im Januar 1917 wären z.B. folgende Ereignisse vermieden worden:

In den Jahren 1917 bis 1918 wären Millionen von Soldaten nicht mehr gefallen oder verwundet worden.

Die bolschewistische Revolution in Rußland wäre im Jahre 1917 gescheitert und es hätte keinen verlustreichen Bürgerkrieg, keine Gründung der UdSSR sowie keine stalinistische Gewaltherrschaft gegeben.

Im Deutschen Reich wäre die konstitutionelle Monarchie vermutlich durch eine parlamentarische Monarchie ersetzt worden.

Die Donaumonarchie hätte die slawischen Völker nach und nach in die Unabhängigkeit (Beispiel: "British Commonwealth of Nations") entlassen müssen.

Im Verlauf der "Hungerblockade" von November 1918 bis Juli 1919 wären nicht mehr als 300.000 deutsche Zivilisten verhungert.

Die völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" ("Pariser Vorortverträge") hätte Deutschland und viele andere europäische Staaten nicht ins wirtschaftliche und politische Chaos gestürzt.

Die jahrhundertealten europäischen Macht- und Kräfteverhältnisse hätten sich nicht schlagartig grundlegend geändert, so daß die Vereinigten Staaten von Amerika erst wesentlich später eine Superwirtschafts- und Militärweltmacht geworden wäre.

Der Siegeszug der Diktaturen, der ab 1920 in fast allen neugegründeten Staaten und in zahlreichen europäischen Ländern erfolgte, hätte in diesem Umfang nicht stattgefunden.

Hitlers nationalsozialistische Bewegung, den Zweiten Weltkrieg, die Ermordung der europäischen Juden und die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa hätte es nicht gegeben.

Erneute Konflikte wären vermutlich auch nach einem vorzeitigen Ende des Ersten Weltkrieges entstanden, aber sie hätten sicherlich nicht die Ausmaße des späteren Zweiten Weltkrieges von 1939-45 erreicht.

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über den US-Kriegseintritt in den 1. Weltkrieg (x364/119-126): >>>**Amerikas Eintritt in den Krieg**

Mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Einkommensteuer und über die Errichtung des Federal Reserve Systems war für die amerikanischen Banker endlich der Weg frei für die Vorbereitung des amerikanischen Kriegseintritts in den Ersten Weltkrieg.

Obwohl Wilson und seine verborgenen Meister Amerikas militärisches Engagement in dem europäischen "Kriegstheater" seit geraumer Zeit geplant hatten, galt es, noch ein größeres Hindernis zu überwinden.

Die überwältigende Mehrheit des amerikanischen Volkes befürwortete den Standpunkt des Isolationismus. Sie wollte, daß ihr Land an den liebgewonnenen Prinzipien der Monroe-Doktrin vom 2. Dezember 1823 festhält und sich nicht in einen Krieg in Europa einmischt.

Als sich der selbstgefällige Marionettenpräsident zur Wiederwahl 1916 stellte, war er gezwungen, so zu tun, als ob er auf der Seite des amerikanischen Volkes stünde, jedenfalls für die Dauer des Wahlkampfes. Mit dem Slogan "Er hat uns aus dem Krieg herausgehalten" konnte Wilson die Wiederwahl knapp für sich gewinnen. Nur wenige Tage nach seiner zweiten Amtseinführung trat Wilson vor den Kongreß und verlangte die Kriegserklärung gegen Deutschland. Der Kongreß gehorchte.

Amerika erklärte Deutschland am 6. April 1917 den Krieg, und im Juni landeten Hunderttausende amerikanische Truppen unter dem Kommando von General John J. Pershing in Frank-

reich.

In dem Buch "Pilgrim Partners", das in sehr kleiner Auflage 1942 erschienen ist, enthüllt Sir Harry Brittain, wie die internationalen Verschwörer über die Nachricht der amerikanischen Kriegserklärung entzückt waren:

"Endlich dämmerte im April 1917 ein wunderbarer Tag in der anglo-amerikanischen Geschichte herauf - die USA hatten sich den Alliierten angeschlossen.

Einige Tage darauf wurde in der St. Pauls Kathedrale ein feierlicher Gottesdienst abgehalten, um den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg zu zelebrieren und die Mitglieder des Pilgrim Clubs erhielten Ehrenplätze unter der Domkuppel, hinter dem König und der Königin."

Amerika als Werkzeug der Banker

Trotz der massiven Infusion "frischen Blutes" auf Seiten der Verbündeten hielt Deutschland stand. Bereits 1918 hatte Deutschland - mit Hilfe der nach Einstellung der Feindhandlungen im Osten an die Westfront verlegten Truppen - eine massive Stürb-oder-Sieg-Offensive auf die alliierten Streitkräfte vorgenommen. Die Deutschen schossen sich bereits den Weg durch die Außenbezirke von Paris, ehe sie aufgehalten wurden.

Eine Gegenoffensive der Alliierten, vor allem kraft der amerikanischen Verstärkung, brach der deutschen Armee das Genick und zwang sie zum Rückzug auf die ursprüngliche Hindenburg-Linie.

In Deutschland selbst schwollen die Probleme zu einer Revolution an und der deutsche Militärapparat fing an, auseinanderzubrechen. Kaiser Wilhelm II. dankte ab. Der Krieg war zu Ende, als am 11. November 1918 in Compiègne, Frankreich, der Waffenstillstand unterzeichnet wurde, der den Ersten Weltkrieg beendete.

In den 17 Monaten der amerikanischen Expedition in das europäische "Theater" wurden eine Reihe weitreichender Zielsetzungen für die Hintermänner erreicht. Amerikas Außenpolitik des Isolationismus und der Neutralität, die George Washington so beredt in seiner Abschiedsbotschaft verfochten und die ihren Niederschlag in der Monroe-Doktrin gefunden hatte, war tot.

Damit war ein Präzedenzfall geschaffen worden - wenngleich durch ungeheuerlichen Betrug - daß Amerika als ein militärisches Werkzeug in den Händen der internationalen Banker benutzt werden konnte.

Dem Pan-Amerikanismus wurde durch ein Geheimabkommen der Pilgrim Society Ende 1890 abgeschworen, als die amerikanischen Wirtschafts- und Politkräfte entschieden, daß sie in Zukunft den "Anglo-Saxonismus" unterstützen und die Interessen der Krone verteidigen würden. Das Bewußtsein über diese Tatsache hat vielen Amerikanern nur sehr langsam gedämmt.

Das zaristische Rußland, den Geldmonopolisten seit vielen Jahren ein Dorn im Auge, war mit Erfolg von der Weltbühne gefegt worden. Dies hatte 47 Jahre zuvor der Oberilluminat Albert Pike in seinem berühmten Brief an Mazzini beschworen.

Der Erste Weltkrieg hatte in den beteiligten Ländern eine Staatsverschuldung von astronomischer Höhe geschaffen. Diese Schulden waren bei den internationalen Banken gemacht worden, die die Sache von vorne bis hinten organisiert und in Szene gesetzt haben. "Kriegsschauplätze" haben sich schon immer als höchst lukrativ für ihre Manager und diejenigen erwiesen, die sie finanzieren.

Ruinen und Schulden und nur Verlierer

Der Erste Weltkrieg hatte in den Ländern Europas einen beispiellosen gesellschaftlichen Umbruch bewirkt und die Bühne für eine weltweite soziale Revolution vorbereitet. Als der Waffenstillstand 1918 geschlossen wurde, hatte sich das Bild der Welt grundlegend verändert.

Aus den Ruinen und Schulden des "Krieges zur Beendigung allen Krieges" erhoben sich unanfechtbare Tatsachen. Das englische Volk hatte verloren. Das französische Volk hatte verlo-

ren ebenso wie das deutsche, österreichische und das italienische.

Das russische Volk hatte den Krieg, die Revolution - und seine Freiheit verloren.

Amerika, mit mehr als zwei Millionen Truppen bei Kriegsende in Europa, stand auf Seiten der Verlierer Rußland nur wenig nach. Dank der Treulosigkeit von Präsident Wilson und vielen Kongreßmitgliedern und der ungezügelter Lust derer, die jetzt unser Währungssystem kontrollieren, befand sich die einstmals stolze amerikanische Republik auf rasantem Weg in die Zerstörung.

Obwohl das amerikanische Volk eindeutig der Verlierer im Ersten Weltkrieg war, ebenso wie die Völker der übrigen beteiligten Nationen, gab es eine Gruppe, für die der Erste Weltkrieg ein uneingeschränkter Erfolg gewesen war: die Big Banker.

Die Tatsachen über die wirklichen Sieger teilt Carrol Quigley in seinem Buch "Tragedy and Hope" mit: "Der Erste Weltkrieg war eine Katastrophe solchen Ausmaßes, daß selbst heute das Vorstellungsvermögen nur schwer mithalten kann. An allen Fronten sind in der gesamten Kriegszeit rund 13 Millionen Männer der verschiedenen Streitkräfte umgekommen, sei es durch Verwundung oder Krankheit.

Die Carnegie-Stiftung für den internationalen Frieden hat geschätzt, daß der Krieg Gebäude im Wert von 400.000.000.000 \$ zerstört hat, wobei der Wert aller Gebäude in Frankreich und Belgien zu der Zeit nicht mehr als 75.000.000.000 Dollar betragen hat."

Wenn Sie die folgenden Worte lesen, erinnern Sie sich der langfristigen Zielsetzung der Illuminaten, wie sie aus verschiedenen Quellen belegt wurde: "Es war offensichtlich, daß der Aufwand an Menschen und Gütern in solchen Größenordnungen eine gewaltige Mobilmachung von Hilfsquellen in der ganzen Welt erforderlich macht, und nicht umhin konnte, weitreichende Auswirkungen auf die Denk- und Handlungsweise der Menschen zu haben, die unter eine derartige Belastung gezwungen wurden. Einige Staaten wurden vernichtet oder auf immer verkrüppelt.

Es gab tiefgreifende Veränderungen im Finanz- und Wirtschaftsleben, in den gesellschaftlichen Beziehungen, in der Weltanschauung und im Gefühlsverhalten.

Der Krieg setzte nichts Neues in die Welt; vielmehr beschleunigte er einen Gärungsprozeß. Mit dem Ergebnis, daß Veränderungen, die sich in Friedenszeiten über einen Zeitraum von 30 oder 50 Jahren entwickelt hätten, innerhalb von fünf Kriegsjahren vollzogen worden waren.

Beherrschung der Wirtschaft der Welt

Carrol Quigley betont das weitere, die gewaltigen Veränderungen "in der Gesellschaftsordnung", die der Krieg bewirkt hat, aber er beklagt die Tatsache, daß viele es nur langsam akzeptieren konnten, diese Veränderungen als dauerhaft anzusehen.

"Es war, als ob die Veränderungen zu schnell gekommen wären, um vom menschlichen Verstand hingenommen zu werden, oder was wahrscheinlicher ist, daß die Menschen zwar die überall eingetretenen Veränderungen sahen, aber annahmen, sie seien vorübergehende Entgleisungen einer Kriegszeit und daß, wenn der Frieden käme, sie verschwinden und jedermann zu seiner langsamen, angenehmen Welt von 1913 zurückkehren würde." Für den illuminierten Professor Quigley war dies ein "sehr gefährlicher" Standpunkt.

"Sehr gefährlich" für wen? Vermutlich für die Illuminierten und für die internationalen Banker, die, wie Quigley offen zugibt, höchst interessiert daran waren, "ein anderes, weitreichendes Ziel, nicht geringeres als die Erschaffung eines Weltsystems zur finanziellen Kontrolle durch private Hand, in der Lage, das politische System eines jeden Landes und die Wirtschaft der Welt insgesamt zu beherrschen. Dieses System sollte auf feudalistische Weise (Rückkehr zur Leibeigenschaft) von den Zentralbanken der Welt (internationale Banker) gesteuert werden, die konzentriert handeln, und zwar aufgrund von Geheimabkommen, die auf häufigen Privatkonferenzen und Treffen vereinbart würden."

Quigley, ein anerkannter "Insider", der sich mit einem zweijährigen Zugang zu den "Papieren

und Geheimdokumenten" der Round-Table-Gruppe (Illuminaten) zu Beginn der 60er Jahre brüstet, macht einige aufschlußreiche Erklärungen über die internationalen Banker:

"Die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts zeigt, daß der Rat, den die Banker (die, wie wir gesehen haben, die Regierungen kontrollieren) Regierungen gegeben haben, ebenso wie der Rat, den sie an Industriekonzerne gegeben haben, für die Banker durchweg vorteilhaft waren, aber für die Regierungen, Unternehmen und das Volk allgemein oft unglücklich. Solcher Rat konnte, falls notwendig, durch Manipulation der Aktienbörse, Goldbewegungen, Diskontsätze, ja sogar durch Wirtschaftszyklen aufoktroiert werden."

Quigley entdeckt uns sodann die Methoden, mit denen die internationalen Banker jedes Gramm Profit aus dem Krieg herausgeschlagen haben, den ihre Tricks verursacht haben. Er informiert seine Leser, daß "im Juli 1914 die Militärs zuversichtlich waren, eine Entscheidung innerhalb von sechs Monaten herbeiführen zu können, weil ihre strategischen Pläne und die Beispiele von 1866 und 1870 eine sofortige Entscheidung nahelegten.

Dieser Glaube wurde von den Finanzexperten unterstützt, die zwar die Kosten des Krieges erheblich unterschätzt hatten, aber dennoch sicher waren, daß die finanziellen Mittel aller Staaten nach sechs Monaten erschöpft sein würden. Unter finanziellen Mitteln verstanden sie die Goldreserven der verschiedenen Nationen. Diese waren ganz offensichtlich begrenzt; alle Großmächte waren an den Goldstandard gebunden, nach dem Banknoten und Papiergeld auf Verlangen in Gold umgetauscht werden konnten."

Die Banken machten das Geld

Quigley schreibt weiter, daß "der Kriegsausbruch von 1914 diese finanziellen Kapitalisten von ihrer schlechtesten Seite zeigte, kurzsichtig und selbstsüchtig, während die, wie gewöhnlich, ihre totale Hingabe an das soziale Wohl proklamierten.

Die Einstellung der Banker hat sich am deutlichsten in England gezeigt, wo jede Bewegung von den Bemühungen diktiert wurde, ihre eigene Position zu sichern und davon zu profitieren, und nicht von den Überlegungen, wie die Wirtschaft für den Krieg oder das Wohl des englischen Volkes zu mobilisieren sei."

Um die Finanzierungsprobleme zu bewältigen und den Weg für eine Verlängerung des Krieges zu öffnen, so daß daraus der größte finanzielle und politische Gewinn geschlagen werden konnte", stellten die Banker ein System auf, wonach die ihnen geschuldeten Verpflichtungen mit ungedecktem Papiergeld sogenannte Schatzanweisungen - beglichen werden konnten."

"Jedes Land hob den Goldstandard bei Kriegsbeginn bis auf weiteres auf. Damit wurde die automatische Begrenzung in der Versorgung mit Papiergeld beseitigt.

Sodann hat jedes Land den Krieg durch Aufnahme von Krediten bei den Banken bezahlt. Die Banken machten das Geld, das sie anschließend ausliehen, indem sie der Regierung einfach ein Konto in beliebiger Höhe einräumten, auf das die Regierung Schecks ziehen konnte.

Die Banken waren damit nicht mehr in der Höhe der Kredite beschränkt, die sie bereitstellen konnten, weil sie nun kein Gold mehr auf Verlangen gegen Schecks eintauschen mußten.

Damit wurde die Geldschöpfung der Banken in Form von Krediten nur noch von der Nachfrage ihrer Schuldner begrenzt. Und da die Regierungen für ihren Bedarf Geld borgten, borgten natürlich auch die Privatunternehmen, um die Regierungsaufträge ausführen zu können. Das Gold, das nun nicht mehr einfach verlangt werden konnte, ruhte in den Tresoren, abgesehen von kleinen Mengen, die exportiert wurden, um für die Lieferungen neutraler Länder oder von Mitstreitern zu bezahlen."

Der gewaltige Anstieg von ungedecktem Papiergeld führte zu einer atemberaubenden Inflation:

"Die Mittelklasse der europäischen Gesellschaft, mit ihren Bankguthaben, Scheckeinlagen, Hypotheken, Versicherungs- und Rentenpapieren wurde durch die Kriegsinflation angeschlagen und sogar ruiniert."

Lügen wie zu keiner anderen Zeit der Weltgeschichte

Diese von den internationalen Banken berechnete Vergewaltigung der Währung hatte eine zusätzliche Wirkung, die perfekt in ihre Pläne zur Vernichtung der "alten Weltordnung" paßte, die der "Neuen Weltordnung" der Illuminaten vorausgehen sollte.

In einigen Ländern "ging die Inflation so weit, daß die Währungseinheit vollkommen wertlos wurde. Die Mittelklasse wurde weitgehend zerstört und ihre Angehörigen in die Verzweiflung getrieben oder zumindest an den Rand eines psychopathischen Hasses auf jede Form der Regierung oder der sozialen Klasse, die sie für ihren Notstand verantwortlich hielten."

Selbst in England und Amerika "stiegen die Preise um 200 bis 300 Prozent, während die Staatsverschuldung um rund 1.000 Prozent zunahm." Professor Quigley bestätigt die Ansicht von Arthur Ponsonby, einem englischen Parlamentarier, daß "es in der Welt von 1914 bis 1918 mehr vorsätzliche Lügen gegeben haben muß als zu jeder anderen Zeit der Weltgeschichte."

Aufgrund der englischen Zensur waren zum Beispiel die meisten Tatsachen bezüglich der Vorgeschichte des Krieges in Amerika unbekannt. Das englische Kriegspropaganda-Ministerium unter Leitung von Sir Gilbert Parker betrieb das amerikanische Informationsbüro, welches "fast alle Informationen kontrollieren konnte, die für die amerikanische Presse bestimmt waren und fungierte ab 1916 als ein internationaler Nachrichtendienst, der die europäischen Nachrichten selbst an rund 35 amerikanische Zeitungen verteilte."

Sie "unterschlügen jede Verletzung des Kriegsrechts oder der Regeln der Menschlichkeit, soweit diese der (britisch-französischen) Entente anzulasten waren. Hingegen wurden Verstöße und Grausamkeiten der Zentralmächte (Deutschland) groß herausgebracht."

"Greuel-Propaganda" wurde hochgespielt, Geschichten über Deutsche, die Tote verstümmeln, Frauen vergewaltigen, Kindern die Hände abhacken, Kirchen und Denkmäler entweihen und Belgier gekreuzigt haben, fanden im Westen allgemein Glauben, als man das Jahr 1916 schrieb.

Diese krassen Lügen wurden von den Illuminaten-Agenten für eine Reihe von Zwecken fabriziert. Zu diesen Zwecken gehörte die Hoffnung, dadurch die Chance eines Verhandlungsfriedens (zum Dezember 1916) zu sabotieren. Sie hofften damit auch, die Unterstützung neutraler Länder (wie die Vereinigten Staaten) zu gewinnen und diese im Namen der "Menschlichkeit" in den Krieg zu ziehen.

Als der Öffentlichkeit diese Lügen am Ende des Krieges bekannt wurden, erfüllten sie auch noch den Zweck, die Skepsis gegenüber allen Regierungsmitteilungen weiter zu vermehren.

Wie Edward Stanton, Lincolns Kriegsminister, in seinem berühmten Buch "Mr. Secretary" sagt: "Kriege werden nicht ausgetragen, um einen Feind zu besiegen. Kriege werden gefochten, um einen Zustand hervorzurufen", der vollkommen in Übereinstimmung mit den langfristigen Plänen der Illuminaten war.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Kriegseintritt der USA im Jahre 1917 (x068/183-187): >>... Eine wichtige, vielleicht sogar entscheidende Rolle für den Kriegseintritt der USA - wovon man freilich nur sehr selten etwas liest - spielt das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., genauer ein Bankkollektiv unter seinen Leitern Jakob H. Schiff, den (besonders bedeutsamen) Brüdern Paul M. Warburg (gest. 1924) und Felix M. Warburg (gest. 1938), der u.a. an den europäischen Rothschildbanken beteiligt war, den Bankiers Otto H. Kahn, Mortimer Schiff, Jerome H. Hanauer sowie einem Mitglied der Guggenheim-Familie, an deren Spitze der "Kupferkönig" stand.

Das Bankhaus, im späten 19. Jahrhundert von jüdischen Einwanderern aus Deutschland gegründet, war mit seinen führenden Köpfen den (durchschnittlichen) Politikern weit überlegen, teilweise sogar hochgebildet, was besonders für die Warburgs gilt, die auch namhafte Vertreter des geistigen Lebens stellten, den Kunst- und Kulturhistoriker Aby Warburg, den Begrün-

der der Warburg-Bibliothek (erst in Hamburg, seit 1933 in London); den Botaniker Otto Warburg; den Zellphysiker und Nobelpreisträger (1931) Otto Heinrich Warburg.

Die Bankiers des Kapitalkollektivs waren Großspekulanten, vielleicht ein bißchen "bescheidener" sogar als andere, aber sicher auch ein bißchen klüger und glücklicher. Im Schatten der Topfiguren des Metiers machten sie zunächst ihre Manöver, Transaktionen. Im dubiosen, undurchsichtigen Bereich des großen Geldes entwickelten sie Strategien, Spekulationen, verfolgten sie in den diversen Verzweigungen der Hochfinanz zwischen Risiko und Reiz, Verlockung und Gefahr, ihren Vorteil, schnappten die Beute und verschlangen sie.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts rivalisierte Jakob H. Schiff, samt den Harrimans, mittels einer "berühmten" Aktienspekulation auf Eisenbahnen scharf mit dem "Finanzkönig" John Piermont Morgan I. Es wurde ein zwar unentschieden bleibender Fischzug, bei dem nur das breite Publikum verlor, aber Jakob H. Schiff hatte den Star aller Spekulanten beeindruckt. In künftigen Pokerrunden der Spitzenbanker rückten er und sein Kollektiv dem Riesen näher; bis 1917 der entscheidende Coup gelang, die dauernde Verbindung mit Morgan & Co., dem größten Finanzkonzern der Welt, wodurch man selbst einen Giganten wie Rockefeller mit der Standard Oil, die bisher größte globale Vermögensakkumulation, hinter sich ließ.

Trotz seiner gewaltigen Geldmacht war Morgan in der Vorkriegszeit, wie so viele, in zunehmende Schwierigkeiten geraten, in Prestigeverlust, vor allem durch das Fiasko einer Kartellierung diverser Eisenbahnunternehmen, das ungezählte Tausende um ihr Geld gebracht hatte, eine groß angelegte Gaunerei, für die jetzt der Kriegsausbruch in Europa verantwortlich gemacht worden ist. Auch sonst erwies sich das Gemetzel jenseits des Ozeans als großes Glück für den US-Geldhai, der als "offizieller Finanzagent der Alliierten" die Millionen nur so schaffelte.

Als aber die vermittelten Kredite bis auf eineinhalb Milliarden geklettert waren und die deutschen Kriegserfolge schwindelnde Summen in Rauch aufzulösen schienen, Morgan auch sonst Kummer hatte, u.a. über den Absatz von Eisenbahnaktien im Wert von 400 Millionen Dollar (schon der heilige Augustinus hatte beredt die von Sorgen gequälten Reichen geschildert - und den Armen die "arbeitsreiche Armut" empfohlen), da mußte Morgan handeln.

Er akzeptierte jetzt die Partnerschaft seines zähen Konkurrenten Kuhn, Loeb & Co., wobei Jakob H. Schiff zur Erreichung seines Zieles die eventuelle Finanzierung Deutschlands bei Wilson ins Spiel gebracht hatte und mit dem Präsidenten umgesprungen war "wie mit einer Figur auf dem Schachbrett". Und den nächsten Zug sozusagen machte dann Schiffs Partner Morgan oder, genauer, der von diesem für ein Jahressalär von 25.000 Dollar gekaufte amerikanische Gesandte in London, Walter Hines Page.

Der bestochene Diplomat schickte seinem Präsidenten am 5. März 1917, einen Monat vor der Kriegserklärung an Deutschland, aus London jene berühmte Depesche, worin er den Kriegseintritt der USA für unerläßlich hielt zur Rettung der Alliierten, des amerikanischen Geldes und der amerikanischen Wirtschaft; andernfalls folge der augenblickliche Zusammenbruch.

Nun verlangten seinerzeit die USA - die ja ohnedies das größte Geschäft, bei weitaus geringsten Verlusten, durch das allgemeine Schlachten machten und gerade dadurch zur Weltmacht aufstiegen (und England entthronten) - für ihre Hilfe noch einen ganz speziellen Preis. Und dieser spezielle Preis, den man von Großbritannien für die amerikanische Kriegsbeteiligung forderte, bestand in der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina.

Nach Absprache mit Chaim Weizmann, dem nachmaligen Staatspräsidenten Israels (1948-1952), sicherte der britische Außenminister Earl of Balfour ein "national home" in Palästina zu, wobei freilich alle politischen, rechtlichen, rassischen und religiösen Interessen der dortigen nichtjüdischen Bevölkerung strikt gewahrt werden sollten. Am 2. November 1917 wurde die Balfourdeklaration veröffentlicht.

Hinter diesem ganzen so folgeschweren Projekt aber standen Männer und Mächte, die zu den einflußreichsten Beratern des amerikanischen Präsidenten zählten. Eine so markante Figur etwa im Obersten Gericht wie Louis Dembitz Brandeis. Oder Amerikas früherer Botschafter in der Türkei, Henry A. Morgenthau.

Vor allem aber das Bankhaus Kuhn, Loeb und seine Partner, besonders der Finanzmagnat Bernard M. Baruch, an den zu erinnern auch in anderem Zusammenhang nützlich ist. ...

Der Wallstreet-Bankier Bernard M. Baruch gehörte zum Kreis der Partner des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. Er war zugleich aber mit dem "Kupferkönig" Guggenheim verbunden, dem Mitglied einer von St. Gallen nach den USA ausgewanderten jüdischen Familie. Und er war ein enger Freund und Berater Präsident Wilsons.

Seit Amerikas Kriegseintritt leitete Baruch das Kriegsindustriamt (War Industry Board) und war damit verantwortlich für alle wirtschaftlichen Leistungen der Kriegsindustrie, natürlich auch für den Kauf von Kriegsmaterial. Er hat von sich selbst gesagt, mehr Macht besessen zu haben als je eine Einzelpersonlichkeit in der Geschichte, und später vor dem Senat bekannt, daß 10 Milliarden Dollar zur Finanzierung des Sieges über Deutschland durch seine Hand gegangen seien.

Auch durch die Hände einiger, die ihn unterstützten.

Einiger Wirtschaftskapitäne beispielsweise, die stracks ihre Fabriken aufgaben, einstweilen sie ihrem Management überließen, um gleichfalls die Millionen und Milliarden durch ihre Finger gleiten zu lassen; sie zu verteilen für Arbeitskräfte, Aufträge, Dringlichkeitsunterstützungen. Alles aus purem Patriotismus, versteht sich, reinem Pflichtgefühl, edler Selbstlosigkeit, wie denn schon ihre Benennung sagte, "dollar a year men". Arbeiteten sie doch, man denke, für einen einzigen Dollar pro Jahr - und niemals dürfte eine geringere Bezahlung mehr eingebracht haben.

Nun war von kriegsentscheidender Bedeutung neben dem Stahl vor allem das Kupfer - im Zweiten Weltkrieg errechnete man, daß ein einziges Schlachtschiff 1.000 Tonnen Kupfer benötigte. Baruch aber hatte schon vor dem Kriegseintritt der USA ein Syndikat von Kupferproduzenten gebildet, dem drei Guggenheim angehörten, die gleichsam über das Kupferkönigtum der Welt fast allein geboten.

Und so kauften die USA während des Ersten Weltkrieges von Kupferlieferanten durch Baruch, den Chef des Kriegsindustriamtes und Schatzkanzler der Guggenheim, mehr als 660 Millionen Pfund Kupfer; zunächst, gegenüber den Gestehungskosten, für die Verkäufer mit hundert-, dann mit zweihundertprozentigem Gewinn.

Die Stahlerzeugung aber war durch raffinierte Transaktionen größtenteils in den Besitz von Morgan & Co. gelangt und, zumal im Krieg, ebenfalls eine märchenhafte Geldquelle. Es ist klar, daß die US-Finanzgiganten gar kein Interesse an einer raschen Niederlage Deutschlands hatten. Je länger es blutete, desto mehr verdienten sie. In diesem Sinn animierte denn auch Morgans maßgeblicher Mann, Thomas Lamont, die Präsidenten der Wallstreet-Banken, den Krieg zu verlängern.

Eben damit war ihnen aber einer bereits zuvorgekommen: Jakob H. Schiff, dessen Interesse im Besonderen dem deutsch-russischen Konflikt galt. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Dezember 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/58,60): >>**Händler des Todes**

_ von Sven Reuth

Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson sicherte sich seine Wiederwahl 1916 mit dem Slogan: "Er hat uns aus dem Krieg herausgehalten". Eine glatte Lüge - denn die US-Hochfinanz hatte Deutschland längst ins Visier genommen.

... Kapitalistische Revolutionäre

Sowohl das Deutsche Reich als auch Kreise der New Yorker Hochfinanz versuchten, die Rus-

sische Revolution zu beeinflussen. In Berlin sah man im Frühjahr 1917 nach dem US-Kriegseintritt nur noch die Möglichkeit, den Krieg im Osten schnell zu beenden, um Kräfte für den Westen freizubekommen.

Da nach dem Sturz des Zaren im März 1917 auch die neue bürgerliche Regierung unter Alexander Kerenski den Krieg fortsetzen wollte, setzte man auf die bolschewistische Karte. Der Schweizer Exilant Lenin wurde in einem plombierten Eisenbahnwaggon über das deutsche Reichsgebiet und Skandinavien nach Rußland gebracht.

Die Bolschewiki erhielten dort über den Hamburger Bankier Max M. Warburg insgesamt sechs Millionen Dollar in Gold. Aber auch jüdische Bankiers in New York wie Jakob Schiff wünschten den Sturz des Zaren, da es in seinem Land immer wieder zu antisemitischen Pogromen kam. So unterstützte Schiff schon vor der Februarrevolution revolutionäre Aktivitäten in der russischen Armee und finanzierte auch Trotzki's Rückkehr aus dem US-Exil nach Rußland.

Geburt einer Weltmacht

Als an der Jahreswende 1916/17 nach der deutschen Eroberung Rumäniens mit seinen wichtigen Ölfeldern und den gescheiterten und ungeheuer verlustreichen britischen Offensiven an der Somme ein deutscher Sieg möglich zu werden schien, brauchte der US-Präsident dann auch nicht lange, um auf militärische Parolen umzuschalten. Den Kriegseintritt der USA am 6. April 1917 bezeichnete er als "Kreuzzug für die Demokratie". Die ungeheuren materiellen und personellen Ressourcen, die die Vereinigten Staaten in den Krieg warfen, wendeten das Blatt schließlich für die Entente-Mächte.

"Die alliierte Sache ist auf einer Woge von Öl zum Sieg geschwommen."

Lord Curzon

Die USA waren innerhalb von vier Jahren endgültig zu einer Weltmacht aufgestiegen und hatten ungeheure ökonomische Gewinne realisiert. Betrug die US-amerikanischen Exportüberschüsse zum Ende des dortigen Fiskaljahrs am 30. Juni 1914 noch eine Milliarde Dollar, so waren sie drei Jahre später auf 82 Milliarden Dollar gestiegen.

Ein unter dem Vorsitz des republikanischen Senators Gerald P. Nye zwischen 1934 und 1936 tagender Untersuchungsausschuß stellte fest, daß die Vereinigten Staaten während des Ersten Weltkriegs alleine an Großbritannien 2,3 Milliarden Dollar an Krediten vergeben hatten, an das Deutsche Reich aber nur 27 Millionen Dollar. Die von dem konservativen Politiker daraufhin aufgestellte Forderung, das Land dürfe sich nie mehr von den "Merchants of Death", den "Händlern des Todes", lenken lassen, hat sich bislang als frommer Wunsch erwiesen. <<

Die politische Webseite "NachDenkSeiten" berichtete später (am 3. Juni 2022) über die US-Außenpolitik (x1.144/...): >>**Die Amerikanisierung Europas und ihr notwendiges Ende - Warum die EU und vor allem Deutschland sich von "America First" befreien müssen**

Ein Artikel von *Werner Rügemer*

Der Krieg in der Ukraine und die europäischen Reaktionen darauf zeigen einmal mehr, wie sehr Europas Politik die Interessen der USA priorisiert - sie scheinen sogar wichtiger zu sein als die eigenen europäischen Interessen. Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen, sondern Folge einer langen und sehr erfolgreichen Einflußpolitik der USA.

Werner Rügemer hat diese Entwicklung in einem vor der russischen Invasion geschriebenen Beitrag für den neu erschienenen Sammelband "Fortschritt in neuen Farben? Umbrüche, Machtverschiebungen und ungelöste Krisen der Gegenwart" skizziert, den die NachDenkSeiten heute ihren Lesern vorstellen wollen.

Führende EU-PolitikerInnen fordern seit einigen Jahren immer stärker eine "größere Unabhängigkeit Europas". Doch in Wirklichkeit wächst die Gefolgschaft der EU gegenüber den USA in mehrfacher Hinsicht: militärisch, investiv, außenpolitisch, finanziell, kulturell, geheimdienstlich. Das hat eine hundertjährige Vorgeschichte, die vielen Europäern, auch Linken

gerade in Deutschland, immer noch weitgehend unbekannt ist. Es gehört im 21. Jahrhundert zu den Existenzfragen der Menschheit, ob und wie sich Europa und Deutschland auf friedenspolitischer Grundlage von einer imperialen Politik lösen kann, die seit Jahrzehnten US-dominiert ist.

Umkehrung des Verhältnisses durch den Ersten Weltkrieg

Bis Anfang des 20. Jahrhunderts waren US-Unternehmen auf Kredite europäischer Banken, insbesondere aus Frankreich und England, angewiesen. Auch die Nord- wie die Südstaaten wurden für den Bürgerkrieg von europäischen Banken und Börsenplätzen mitfinanziert, vor allem aus London, Paris, Frankfurt und Amsterdam. Ab den 1870er Jahren war etwa die Deutsche Bank an der Elektrifizierung des Landes beteiligt.

Die Wall Street war durch eingewanderte Bankiers aufgebaut worden. Die Gründung der US-Zentralbank Federal Reserve 1913 durch Wall-Street-Banken markiert einen Einschnitt: Die Kreditmöglichkeiten für die Banken selbst wie für den Staat wurden enorm ausgeweitet. So finanzierten nun v.a. US-Banken den Krieg in Europa, insbesondere finanzierten sie Frankreich und England.

Durch den unter Führung von US-Präsident Woodrow Wilson abgeschlossenen Versailler Vertrag wurde das Deutsche Reich der Hauptschuldner und, um auch die Kriegsreparationen zahlen zu können, Hauptempfänger von US-Krediten: Sie gingen an die Deutsche Reichsbank, an deutsche Unternehmen, aber auch an US-Unternehmen:

Sie kauften in Westeuropa Unternehmen oder Unternehmensanteile und errichteten Tochterfirmen, so etwa Ford, General Motors, IBM, ITT, General Electric, International Harvester, Coca-Cola und Hollywood-Firmen wie Paramount. Dabei spielten der Dawes-Plan (1924) und der Young-Plan (1929) eine wichtige Rolle.

Auch in faschistischen Regimen wie unter Benito Mussolini in Italien oder Francisco Franco in Spanien, von den USA schnell diplomatisch anerkannt, wurde kräftig investiert. Schwerpunkt war allerdings der technologisch führende Standort Deutschland, hier waren Anfang der 1930er Jahre einige hundert der wichtigsten US-Unternehmen präsent.

So entstand auch mit Hilfe der USA in Hitler-Deutschland die modernste Militärmaschine Europas - und keineswegs unterbrochen im Zweiten Weltkrieg. Trotz militärischer Feinderklärung durch die US-Regierung produzierten Ford, General Motors, IBM, Hollywood und Co. auch im Krieg für das NS-System, für die Wehrmacht und auch für die KZ-Verwaltung.

Die von der Wall Street 1930 in Basel/Schweiz gegründete Bank for International Settlements (BIS, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich/BIZ, Zentralbank der Zentralbanken auch heute) wusch Raubgold und Raubaktien, die die Wehrmacht aus den besetzten Staaten herausholte, und verschaffte dem Deutschen Reich international notwendige Devisen für die Beschaffung von Rohstoffen und Kriegsmaterial.

In der BIS kooperierten auch während des Krieges die Zentralbanken der militärisch verfeindeten Staaten, also USA und Deutschland, Japan, Frankreich, Belgien, Italien, Schweden usw. Nur die Sowjetunion war nicht vertreten, die Leitung hatte der Wall-Street-Banker Thomas McKittrick.

US-Neuordnung (West)Europas I: Marshall-Plan

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die USA die neue westliche Supermacht. Nicht nur (West-)Deutschland war wesentlich geschwächt, sondern auch die anderen imperialistischen und kolonialistischen Staaten Europas, insbesondere Großbritannien und Frankreich, aber auch die kleineren Staaten Italien, Belgien, Portugal und die Niederlande. Vor allem Großbritannien war bei den USA tief verschuldet.

USA nach dem Krieg: Den Wirtschaftsboom fortsetzen

Die USA hatten sich durch den Zweiten Weltkrieg endlich aus der tiefen Produktionskrise, die 1928 begonnen hatte, befreit. Den Kriegsboom, den größten Wirtschaftsboom, den die USA

bis dahin erlebt hatten, wollten sie nach dem Krieg fortführen. Nach dem Dawes-Plan folgte der viel umfangreichere Marshall-Plan (1947).

Das treibende Motiv des Plans war nicht die vielbeschworene "Hilfe" für das zerstörte Europa - denn zum einen war nur das kapitalistische Westeuropa gemeint, nicht die am meisten zerstörte Sowjetunion und andere von den Nazis verwüstete osteuropäische Staaten. Zum anderen galt die Hilfe vorrangig den USA, ihren Unternehmen und Banken selbst.

Das Marshall-Programm wurde von denen geleitet, die schon die transatlantischen Beziehungen zwischen US-Unternehmen und europäischen, insbesondere deutschen Konzernen vor und während des Krieges gestaltet hatten. So etwa war McKittrick, von 1940 bis 1945 Chef der u. a. als NS-Finanzier fungierenden BIS, in der Pariser Zentrale des Marshall-Plans zuständig für die Finanzabwicklung. So wurde der Wall-Street-Anwalt, dann stellvertretende Kriegsminister ("Assistant Secretary of War"), dann Präsident der Weltbank, John McCloy, zum Marshall-Plan-Beauftragten für die neu gegründete Bundesrepublik Deutschland und ab 1949 auch zu deren US-Hochkommissar.

Ausschluß sozialistischer Parteien und Staaten

Für den Erhalt von Marshall-Hilfen mußten die Empfänger das Politik-, Parteien- und Gewerkschaftssystem antikomunistisch säubern. Kein Kommunist durfte Regierungsmitglied werden. Sozialisten und Sozialdemokraten durften sich nur dann an einer Regierung beteiligen, wenn sie zugleich antikomunistisch waren. Sogar der konservative Charles de Gaulle, der mit "Freies Frankreich" gegen die Nazis gekämpft hatte, wurde von den USA schon 1946 aus der Regierung verdrängt.

Sozialistische Staaten wollten und konnten sich dem Marshall-Regelsystem nicht anschließen. Das hatten die USA von vornherein geplant und schlossen die Sowjetunion schon 1944 bei der Gründung des Internationalen Währungsfonds IWF und der Weltbank aus.

Öffnung für den Marshall-Plan: Krieg der USA in Griechenland

Wenn es nötig schien, verschärften die USA auch Bürgerkriege. Sie wurden dann anders entschieden als es nach den Kräfteverhältnissen im Land gekommen wäre. 300 CIA-Agenten, 450 US-Militär- und 1.200 US-Wirtschaftsberater wurden 1947 als American Mission for Aid to Greece (AMAG) eingesetzt. Sie unterstützten nationalistische und monarchistische Militärs in Griechenland (die teilweise mit den Nazi-Besatzern kooperiert hatten) durch Geld, Sturzkampfbomber und Napalmbomben. Reiche griechische Unternehmerfamilien, darunter Reeder wie Aristoteles Onassis, wurden subventioniert.

Die schwächelnde Kolonialmacht Großbritannien zog sich aus ihrem traditionellen Einflußbereich zurück und überließ der neuen Supermacht das Feld. So wurde die demokratische und antifaschistische Befreiungsbewegung mitten in "Friedenszeiten" vernichtet: Zwischen 1948 und 1952 wurden zehntausende Kommunisten und Linke eingesperrt, über 1.500 wurden hingerichtet. Dann flossen auch die Gelder des Marshall-Plans. Zum "Kalten Krieg" gehörten für die USA immer auch "heiße" Kriege.

Antikomunistische Steuerung der Gewerkschaften

Der mit der CIA verbundene US-Gewerkschafts-Dachverband AFL-CIO infiltrierte, finanzierte, spaltete, erpreßte ab 1945 Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien und Funktionäre in allen westeuropäischen Staaten, so in Frankreich, Italien, Großbritannien, Westdeutschland, aber auch etwa in den skandinavischen Staaten.

Antifaschismus und Kapitalismus-Kritik wurden weitgehend ausgetrieben. Gegen den 1945 gegründeten überparteilichen Welt-Gewerkschaftsbund initiierten die USA über den AFL-CIO den antikomunistischen Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, in den der DGB, der englische TUC usw. aufgenommen wurden.

Noch in den 1970er Jahren war z.B. der hauptamtliche DGB-Funktionär Walter Boehm gleichzeitig Gehaltsempfänger des US-Geheimdienstes.

Seit den 1980er Jahren: Noch mehr transatlantische Investitionen

Der Marshall-Plan löste eine dauerhafte US-Investitionswelle aus, die weit über den Umfang der Plan-Hilfen hinausging: Während die US-Investitionen zwischen 1950 und 1970 in Lateinamerika auf das Dreifache stiegen, in Asien (einschließlich Japan) auf das Fünffache, im traditionellen Nachbarschaftsmarkt Kanada um das Sechsfache, stiegen sie in Westeuropa um das Vierzehnfache. Aber das war nicht das Ende.

US-Berater: Für DDR-Verkauf, Privatisierung, Rüstungsbeschaffung ... Ab den 1980er Jahren wurden Wall-Street-Investmentbanken wie JP Morgan und Goldman Sachs, teilweise vermittelt über die Europäische Kommission, in EU-Staaten für die Privatisierung der großen staatlichen Unternehmen wie Post, Bahn, Medien und deren Börsengänge herangezogen, zuerst in Großbritannien durch die Tory-Regierung von Thatcher, dann auch etwa durch die von Bundeskanzler Kohl geführte Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP:

Sie holte ab 1990 JP Morgan, McKinsey, PricewaterhouseCoopers (PwC) usw. als Berater in die Treuhand-Anstalt, um die Betriebe der Ex-DDR möglichst schnell und billig zu privatisieren.

McKinsey, PwC, Ernst&Young, Freshfields, Fleishman Hillard und Accenture - die "zivile Privatarmee des transatlantischen Kapitals" - sind zu Dauer-Beratern nicht nur der großen privaten Unternehmen in der EU geworden, etwa bei Bilanzen, Übernahmen, Fusionen und Börsengängen, sondern auch der EU-Regierungen wie der deutschen und auch der Europäischen Kommission, so bei Flüchtlingspolitik, Rüstungsbeschaffung oder Jobcenter-Umgestaltung.

Und die drei großen US-Ratingagenturen Standard&Poor's, Moody's und Fitch beherrschen auch in der EU die Bonitätsbewertung nicht nur der Unternehmen, sondern auch der EU-Staaten und legen deren Kreditkonditionen fest, für den griechischen genauso wie für den deutschen Staat.

Weitere US-Interventionen: De-Industrialisierung der EU

Trotz der verstärkten Investitionen westeuropäischer Banken und Unternehmen seit den 1980er Jahren in den USA blieb die US-Dominanz nicht nur erhalten, sondern wurde seit Beginn des 21. Jahrhunderts weiter ausgebaut.

Dabei haben die US-Akteure die EU-Staaten Irland, Luxemburg, die Niederlande und auch die City of London zu besonders willigen Finanzoasen ausgebaut - mit Hilfe und aktiver Duldung der EU. Die strukturelle Verarmung der staatlichen Haushalte in der EU sind die Folge, Verfall oder teure Privatisierung der Infrastruktur inbegriffen.

Mit Beginn des 21. Jahrhunderts förderte die deutsche Regierung aus SPD/Grünen unter Kanzler Gerhard Schröder mit dem Programm "Entflechtung der Deutschland AG" durch Deregulierungen und Steuerbegünstigungen den Kauf deutscher Mittelstandsunternehmen und öffentlicher Wohnungsbestände durch Private-Equity-Investoren ("Heuschrecken") wie Blackstone und KKR - Vorbild für die ganze EU.

Verwertung der Substanz, De-Industrialisierung

Das Prinzip: Die vorhandene wirtschaftliche Substanz verwerten, Arbeitseinkommen senken, Gewinne rausziehen, keine Zukunftsinvestitionen. Ergebnis: Investive Entmächtigung der EU, De-Industrialisierung, Absturz gegenüber den USA und v. a. der Volksrepublik China.

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 drangen dann die größeren Kapital-Organisatoren der Ersten Liga ein, wieder v. a. aus den USA: BlackRock, State Street, Vanguard und Co., neben vereinzelt Staatsinvestoren wie Norges (Norwegen), Temasek (Singapur) oder solchen aus den Golfstaaten. Sie sind nun die führenden und gleichzeitigen Eigentümer der wichtigsten Banken und Konzerne in Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande, Großbritannien usw., auch in der Schweiz.

Und der gegenwärtig größte Kapital-Organisator, BlackRock, ist nicht nur gleichzeitig Aktionär in allen DAX- und weiteren hunderten deutschen Unternehmen - auch in den fünf größten

Wohnungskonzernen - und in den bedeutendsten Unternehmen der wichtigsten EU-Staaten, sondern ist auch mit drei Managern in der US-Regierung von Joe Biden vertreten. Er ist gleichzeitig Berater der Federal Reserve, der Europäischen Kommission und der EZB, auch für die Umsetzung des Corona-Wiederaufbau-Programms der EU.

Arbeitsverhältnisse und die Umdeutung der Menschenrechte Die International Labour Organization (ILO) konkretisiert die Universellen Menschenrechte der UNO im Bereich der Arbeitsbeziehungen: Recht auf Arbeit, Recht auf freie Gewerkschaften und Streik, Recht auf Kranken-, Arbeitslosigkeits- und Rentenversicherung, gerechtes Arbeitsentgelt, Kündigungsschutz, Arbeits- und Ruhezeiten, bezahlter Urlaub, Verbot der Zwangs- und Sklavenarbeit, Schutz der Wanderarbeit usw. Die westlichen EU-Staaten haben in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg eine Vielzahl der knapp 200 ILO-Konventionen ratifiziert.

Aber: Von 1948 bis ins Jahr 1970 war David Abner Morse Generalsekretär der ILO, länger als jemals ein anderer Generalsekretär vor oder nach ihm. Er war zuvor Vize-Arbeitsminister der US-Regierung und Arbeits-Berater der US-Militärregierung in Westdeutschland.

Die USA haben bis heute nur ein Dutzend der Konventionen ratifiziert, und schon gar nicht die wichtigsten - und stehen damit weltweit an vorletzter Stelle, weniger sind es noch bei Katar. Ein Hinweis darauf, warum die USA stets danach trachtete, daß einer der ihren, ob nun US-Bürger oder nicht, die ILO führt und neutralisiert. Unter der Regie von Morse wurden die ILO-Arbeitsrechte völkerrechtswidrig verdrängt, praktisch außer Kraft gesetzt, gezielt auch bei den Vorläufern der EU. Dies wirkt bis heute fort, etwa auch bei internationalen Freihandelsverträgen.

Dies steht im Kontext der US-geführten Umdeutung der Menschenrechte: Arbeits- und Sozialrechte raus, Individualrechte bleiben übrig, heute zugespitzt auf Diversität.

Working poor, working sick, migrantische Arbeit von legal bis illegal

US-Konzerne wie McDonald's und UPS waren in Westeuropa ab den 1970er Jahren die Vorreiter für gewerkschaftsfeindliche prekäre Arbeitsverhältnisse. Working poor, zudem verbunden mit working sick, breitete sich von den USA kommend auch in der EU aus. Sie fördert den Ersatz des regulierten Voll- und Dauerarbeitsplatzes durch den hochflexiblen Job nach US-Vorbild. Die Situation der abhängig Beschäftigten in der EU gleicht sich den US-Verhältnissen immer mehr an, auch mit der Nutzung legaler wie illegaler migrantischer Arbeit.

Seit Beginn der 2000er Jahre wurde die in den USA entwickelte Dienstleistung des Union Busting auch in der EU installiert: Professionelle Bekämpfung von unabhängigen Belegschaftsvertretungen. Wie in den USA besteht die Klasse der abhängig Beschäftigten heute aus vielfältigsten Gruppen, die nach Nationalität und Ethnie, rechtlichem Status, Arbeitsumfang und Legalität/Illegalität hochgradig und kaum organisierbar zersplittert sind und wo schon erste Ansätze einer Organisation bekämpft werden.

Ost-Erweiterung und Digitalisierung

Mit der Osterweiterung der EU wurden und werden die neuen Mitglieds- und Anwärtstaaten zweifach genutzt: 1. für selektive Investitionen einzelner v. a. westlicher Unternehmen, ohne die Volkswirtschaft und die Infrastruktur zu fördern, 2. als Reservoir für millionenfache, befristete migrantische Arbeit in den Sektoren Bau, Logistik, Gesundheit, Landwirtschaft (Saisonarbeit), häusliche und Alten-Pflege, Gastronomie und auch Prostitution.

US-Konzerne wie Uber, Amazon, Facebook/Meta sind mit ihren EU-weiten Subunternehmerketten die Vorreiter der digitalisierten und durch Künstliche Intelligenz beschleunigten Prekarität (gig und crowd working, oft vertragslos, oft einseitiges anonymes Anweisungsverhältnis), zusätzlich befördert durch die Pandemie(-Politik).

US-Neuordnung (West-)Europas II: NATO

Im Vorfeld der NATO-Gründung wußten die Verantwortlichen in den USA: Die Sowjetunion bedeutet keine militärische Gefahr. Einen Angriff auf Westeuropa konnte die geschwächte

Macht, selbst wenn sie wollte, nicht durchhalten: Die Wirtschaft der Sowjetunion war zu schwach; ihr Transportsystem zu unausgereift; ihre Ölindustrie ist viel zu leicht anzugreifen. Die Männer im Kreml sind kluge Tyrannen, urteilte der Chefplaner im State Department, George Kennan, die ihre innere Macht nicht durch militärische Abenteuer im Ausland aufs Spiel setzen. Dies hielt Kennan ab 1948 für Außenminister Marshall, Präsident Truman und die US-Botschafter in diversen Memoranden wiederholt fest.

Die Gründungslüge

Die tieferen Gründe für die militärische Besetzung Europas waren andere. Im März 1943 machte es der neolibérale Geostratege Walter Lippmann offiziell: Nach der Eroberung Nordamerikas, Mittelamerikas, der Karibik, der Philippinen und Inseln im Pazifik (Wake Islands, Guam, Hawaii ...) seien die USA bisher gezwungen gewesen, "zwei Drittel der Erdoberfläche von unserer kontinentalen Basis in Nordamerika aus zu verteidigen."

Jetzt aber eröffne sich mit der absehbaren Niederlage der Achsenmächte Deutschland, Japan, Italien eine neue Möglichkeit: Die USA können jetzt ihre "Verteidigungslinie" entscheidend erweitern, "indem wir unsere Außenpolitik auf zuverlässige Bündnisse in der alten Welt gründen."

1947: Vom Department of War zum Department of Defense

Von 1776 an, seit ihrer Gründung, hatten die USA faktengemäß ein Kriegsministerium (Department of War). Aber gerade jetzt, 1947, auf der erweiterten Stufe ihrer globalen Expansion, wurde das Kriegsministerium als Verteidigungsministerium (Department of Defense) deklariert. Dies war durchaus ein internationaler Trend, der es dem Kriegsbündnis NATO leichter machte, unter "Verteidigungsbündnis" zu firmieren.

Die 1949 gegründete NATO war Zwillingsgeschöpf des Marshall-Plans. Das verkörperte George Marshall selbst: Während des Zweiten Weltkriegs koordinierte er als Chief of Staff das US-Militär auf allen Kriegsschauplätzen zwischen Nordafrika und Japan. Nach dem Krieg organisierte er als Außenminister von 1947 bis 1949 den nach ihm benannten Plan. Und 1950 organisierte er als US-Verteidigungsminister die im Jahr zuvor aus der Taufe gehobene NATO mit.

Die Fortsetzungslüge: EU-Osterweiterung mit NATO

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war die ins Feld geführte Legitimation für die NATO weggefallen. Aber für die USA als "einzige Weltmacht" war und ist die Beherrschung ganz Eurasiens "von Lissabon bis Wladiwostok" das Ziel, so 1996 der führende Berater mehrerer US-Präsidenten, Brzezinski.

Der unter dem Deckmantel der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker - bis hin zur Behauptung, "ein neues Auschwitz" müsse verhindert werden -, geführte Krieg gegen Jugoslawien war ein Einschnitt. Heute ist man weiter: Rußland muß erobert werden, auch um die großen Ressourcen nicht China zu überlassen; dafür ist die Ukraine der wichtigste Zwischenschritt, so das geostrategische Konzept.

Alle osteuropäischen Staaten, ob Ungarn, Polen, Tschechien, Kroatien, Litauen usw. wurden und werden zuerst Mitglieder der NATO, bevor sie nach einigen Jahren auch EU-Mitglied werden dürfen. Der Kosovo wurde völkerrechtswidrig von Serbien abgetrennt und zum Staat erklärt (bis Ende 2021 von gut 100 Ländern, darunter 22 der 27 EU-Staaten, anerkannt), um dort, umgeben von Armut und Korruption, den neuen US-Militärstützpunkt Bond Steel zu betreiben.

So sind zwar die britischen, französischen, belgischen und niederländischen Besatzungstruppen aus der Bundesrepublik abgezogen, aber nicht die US Army und nicht die US-Atombomben - im Gegenteil: Die etwa drei Dutzend US-Militärstützpunkte und Operationsbasen werden umgebaut, erweitert, modernisiert, für Kriege in Asien, "Operationen" in Afrika und den Aufmarsch gegen Rußland. Kein größerer Staat der Welt ist so dicht mit ausländi-

schem, also US-Militär, besetzt wie der "mächtigste" EU-Staat, und dies verschärft in den 16 Regierungsjahren der "mächtigsten Frau der Welt".

Befreiung von "America First"!

Die deutsche Bundeskanzlerin ließ sich und ihre Regierungsmitglieder von US-Geheimdiensten ausspionieren. Aber selbst als dieses Mal zufällig und kurzzeitig bekannt wurde - Frau Merkel unternahm nichts dagegen. Das gehört seit Bundeskanzler Adenauer zum Standard dieser besonders tiefen transatlantischen "Freundschaft". Ergebnis: Die Macht Deutschlands und der EU erodiert, auf allen technologischen und geostrategischen Gebieten, so der außenpolitische Thinktank European Council on Foreign Relations.

"Machtlos gegen Big Tech"

Die EU hat seit einem Jahrzehnt auf strategisch wichtigen Feldern immer wieder versucht, die US-Vorherrschaft zumindest etwas zu begrenzen: Bei der organisierten Steuerflucht von US-Unternehmen, bei der Einschränkung des Wettbewerbs durch die großen fünf US-Digitalkonzerne Google, Apple, Microsoft, Facebook und Amazon (GAMFA), bei der Abschöpfung von Bürger- und Unternehmensdaten und deren Transfer in die USA, bei der Abhängigkeit der EU im Bereich der Software, der Chip-Produktion und der Clouds.

Es wurden schon mal ein paar Milliarden Bußgelder eingetrieben - aber die Strukturabhängigkeit von den Digitalkonzernen wächst, noch beschleunigt mit der Pandemie-Politik. Dabei werden die dreistelligen Millionenbeträge nicht einmal thematisiert, mit denen die GAMFA mitunter Lehrstühle finanzieren und über häufige und große Anzeigen auch Abhängigkeiten der sogenannten Leitmedien in der EU schaffen, in Deutschland von taz bis FAZ.

Da bilanziert die FAZ: "Verzweifelte Aufholjagd einer Schlüsselindustrie. Brüssel will die Chip-Branche in der EU vor dem Niedergang retten. Der aber ist längst im Gange." Und das Handelsblatt bilanziert: "Machtlos gegen Big Tech". Deshalb schlägt die US-lastige Unternehmer-Postille als "Lösung" offen vor: "Mit Apple und Google verbünden"!

Noch mehr Unterwerfung trotz wachsender Zweifel an der Supermacht

Zwei Jahrzehnte haben die wichtigsten und auch kleine EU-Staaten und ebenso ihre Neutralität zelebrierende Staaten wie die Schweiz den US- und NATO-Krieg in Afghanistan mitgetragen: militärisch, finanziell, propagandistisch, geheimdienstlich und übrigens auch mit christlich-kirchlicher Beweihräucherung vor Ort.

Ergebnis: Millionen Menschen auf der Flucht, hunderttausende Tote, ein destabilisiertes und verarmtes Land, mit vielgestaltig korrumpierten Marionettenregierungen, Oligarchen, Warlords, einheimischen "Menschenrechtlern" und "Ortskräften" sowie eine wieder zur Macht gekommene Taliban-Regierung. Das nur als ein Beispiel, ein aktuelles, für die menschenrechtlich, moralisch, politisch, finanziell und sogar noch militärisch desaströse US- und NATO--Gefolgschaft.

Selbst ein transatlantisches Flaggschiff wie die "Zeitung für Deutschland" konstatiert die technisch-finanzielle Dominanz der USA, und auch die sich vertiefenden Zweifel an der "einzigen Weltmacht": Durch "strukturellen Rassismus, Waffengewalt auf den Straßen, zehntausende Drogentote, rechten Populismus - die Krisensymptome sind nicht mehr zu leugnen und reichen weit in das liberale Bürgertum", so die FAZ in ihrer immer noch beschönigenden Krisenanalyse, in der z.B. der Afghanistan-Krieg fehlt.

Aber solange Rußland und China uns bedrohen, so das von Facebook und Google mittels Inseraten reichlich bedachte Leitmedium, "muß Europa sein Mißtrauen Washington gegenüber überwinden und auf Amerika setzen."

Militärische Budgets weiter erhöhen

Derlei herrschende Meinungsmache erreicht, in Übereinstimmung mit der Bundesregierung und der Europäischen Kommission, in der gegenwärtigen Feindbild-Konstruktion, in der Haß- und Hetzproduktion gegen Rußland und die Volksrepublik China "Weltniveau".

Die EU erweitert die "eigenen" militärischen Instrumente, aber die NATO-Führung bleibt, und die EU-Staaten erfüllen schrittweise die dem US-Präsidenten Barack Obama verbindlich zugesagte Forderung der Supermacht, die Rüstungsetats mindestens auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen.

Die USA schrumpfen sich und die besten Alliierten volkswirtschaftlich, ihre wichtigsten internationalen Instrumente sind Boykotte und Sanktionen - und haben als wichtigstes Alleinstellungsmerkmal nur noch den weltweit größten Destruktionsapparat zu bieten: Militär zu Land, zur See, in der Luft, im Weltraum; die mit riesigem Abstand meisten Militärstützpunkte rund um den Planeten; die größten Rüstungskonzerne und den größten Rüstungsexport, die meisten Kriege, offene und verdeckte.

Die notwendige Befreiung von "America First"

Nach dem bisher größten Weltkrieg wurden die Konsequenzen gezogen: UN-Völkerrecht und Universelle Menschenrechte. Um den nächsten, noch größeren Weltkrieg zu verhindern - und auch seine teils geifernd begrüßten Vorstufen zu entschärfen -, muß die Menschheit zu diesem Völkerrecht und diesen Menschenrechten zurück: Globalisierung ohne militärische Begleitung. Befreiung der UNO und ihrer Unterorganisationen aus dem Zugriff der USA. Austritt aus der NATO, statt dessen gemeinsame Sicherheitsarchitektur für das ganze Europa - jenseits von "America First". ...<<

Kaiser Wilhelm II. beauftragte am 7. April 1917 den deutschen Reichskanzler, die Abschaffung des preußischen Klassenwahlrechts vorzubereiten (x245/77): >>Für die Änderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus sind auf meine Weisung schon zu Beginn des Krieges Vorarbeiten gemacht worden.

Ich beauftrage sie nunmehr, mir bestimmte Vorschläge des Staatsministeriums vorzulegen, damit bei der Rückkehr unserer Krieger diese für die innere Gestaltung Preußens grundlegende Arbeit schnell im Wege der Gesetzgebung durchgeführt werde.

Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach meiner Überzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr. Der Gesetzentwurf wird ferner die unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzusehen haben. ...<<

Am 9. April 1917 wurden Lenin und andere Führer der Bolschewisten in einem plombierten Eisenbahnwaggon nach Schweden (12.04.1917) und von dort nach Sankt Petersburg (16.04.1917) transportiert (x080/99, x041/70).

Vor allem General Ludendorff (Generalstabschef der 8. deutschen Armee) unterstützte den vermeintlich "glänzenden Plan", Lenin aus dem Schweizer Exil nach Rußland zu bringen, um den innenpolitischen und militärischen Zusammenbruch Rußlands zu beschleunigen. Die deutsche Reichsregierung finanzierte bereits vorher zeitweise Lenins Parteiblatt "Prawda" (x063/544).

Dieser "geniale Schachzug", Lenins Umsturzpläne zu unterstützen, hatte letzten Endes verhängnisvolle Folgen, denn er beendete nicht nur die russische Zarenherrschaft, sondern leitete außerdem langfristig den Untergang der Deutschen Ostsiedlung und die vollständige Zerstümmerung des Deutschen Reiches ein.

Als Lenin am 16. April 1917 in Sankt Petersburg eintraf, rief er die versammelten Russen zum Kampf gegen den Kapitalismus auf (x128/32): >>Liebe Genossen! Soldaten, Matrosen und Arbeiter! Ich bin glücklich, in Euch die siegreiche russische Revolution, Euch als die Avantgarde der proletarischen Armee zu begrüßen. ...

Der imperialistische Krieg ist der Beginn eines Bürgerkrieges in ganz Europa. ... Die Stunde ist nicht mehr fern, da auf den Ruf unseres Genossen Karl Liebknecht die Völker ihre Waffen gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter wenden werden. ... Die Morgenröte der sozialistischen Weltrevolution hat schon begonnen. ... In Deutschland brodeln alles. Der ganze europäische

Kapitalismus kann jeden Tag zusammenbrechen, wenn nicht heute, so morgen.

Die von Euch vollzogene russische Revolution hat diesen Zusammenbruch eingeleitet und eine neue Epoche eröffnet.

Es lebe die sozialistische Weltrevolution!<<

Das Kriegsernährungsamt erteilte im Frühjahr 1917 folgende Vorschriften (x267/230):

>>Vollmilch wird nur werdenden und stillenden Müttern, Kindern bis zu 6 Jahren und Kranken zugeführt. Die übrige Bevölkerung erhält keine Vollmilch; es wird erstrebt, sie mit Magermilch (entfetteter Milch, die aber sonst den gleichen Nährgehalt hat wie Vollmilch) besser als bisher zu versorgen.

Magermilch ist bei dem übergroßen Futtermittelmangel als Erhaltungs- und Mastfutter für Kälber und Schweine unbedingt erforderlich. Sie kann daher den Tierhaltern nicht völlig entzogen werden. Ein Teil der Magermilch wird auch unbedingt zur Käseherstellung gebraucht. Daher ist eine vollgenügende Belieferung der Städte mit Magermilch nicht möglich, zumal diese bei weiteren Transporten leicht verdirbt.

Immer wieder begegnet man der Meinung, daß jetzt noch Korn zur Schnapsherstellung verwendet wird. Das ist ein Irrtum. Es darf in diesem Jahre kein Korn, Roggen oder Gerste zur Herstellung von Kornschnaps, auch nicht für das Heer, verwendet werden. Es ist lediglich etwas Korn bereitgestellt worden, weil zum Einmaischen des für die Munitionsbereitung erforderlichen Kartoffelspiritus ein gewisser Zusatz von Malz (Gerste) notwendig ist; dabei handelt es sich aber um ganz verschwindende Mengen von Korn.<<

Der österreichische Außenminister Graf Czernin führte vom Februar bis Mai 1917 geheime Friedensverhandlungen. Obwohl er eigenmächtig die Abtretung Elsaß-Lothringens anerkennen wollte, scheiterte Czernins diplomatischer Friedensversuch bzw. der österreichische Vertrag im Mai 1917 (x041/69).

Die Zeitung "Iswestija" berichtete am 20. Juni 1917, daß Ministerpräsident Alexander Kerenski die radikalen Pläne der Bolschewiken entschieden ablehnte (x191/17): >>Eure Rezepte, Bolschewiken, sind kindisch. – "Verhaftet, tötet, vernichtet!"

Was seid ihr eigentlich, Sozialisten oder die Polizei des alten Regimes? ...

Ihr empfiehlt, daß wir denselben Weg wie die französische Revolution von 1792 gehen sollen.

Ihr empfiehlt eine weitere Auflösung im Lande. ...

Wenn ihr gemeinsam mit der Reaktion unsere Macht zerstört habt, dann werdet ihr eine wirkliche Diktatur haben.

Es ist unsere Pflicht, die Pflicht der russischen Demokratie, euch zu sagen: Wiederholt nicht die geschichtlichen Fehler! ...<<

Die Mehrheit der deutschen Reichsregierung (Sozialdemokraten und Zentrum) lehnte am 19. Juli 1917 den sogenannten "Siegfrieden" der deutschen Heeresleitung ab (x059/24): >>... Der deutsche Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker.

Mit einem solchen Frieden sind Gebietsabtretungen, politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen nicht vereinbar.<<

Nach dem Zusammenbruch der russischen Offensive begann die deutsch-österreichische Großoffensive. Bei Tarnopol gelang am 19. Juli 1917 der deutsche Durchbruch. Danach brach die gesamte russische Südfront zusammen. Bis zum Oktober besetzten deutsche Truppen die Ukraine und Livland.

Pilsudski wurde am 22. Juli 1917 nach Unruhen von den Deutschen festgenommen und inhaftiert. Die Polenpolitik der Mittelmächte war damit endgültig gescheitert.

Einige französische Politiker forderten am 22. Juli 1917 die vollständige Auflösung des Deutschen Reiches.

Die Alliierten sprachen am 22. Juli 1917 erstmals von der Tschechoslowakei.

Die Wochenzeitschrift "Allgemeiner Wegweiser für jede Familie" berichtete am 28. Juli 1917 über die gereizte Stimmung der deutschen Zivilbevölkerung (x267/249): >>Daß der Druck dieses schweren Krieges eine schwere Belastung für das Gemüt mit sich bringt, ist eine unbestreitbare Selbstverständlichkeit. Es kommt nur darauf an, wie wir diese Last tragen, in welcher Art wir uns an sie gewöhnen und ihre Schwere zu mildern suchen.

Viele Menschen, und ganz besonders viele Hausfrauen, denen ja gegenwärtig die wahrhaft nicht leichte Arbeit der Beschaffung der Nahrungsmittel für die Familie obliegt, spüren die Last am meisten, dermaßen, daß sie ihr geradezu zu erliegen scheinen.

Sie befinden sich immer in einem Zustand der Unruhe, in einer gereizten Nervosität, die sie alles im schwärzesten Licht sehen läßt. Und da es unter uns leider nicht an schwarzgalligen Pessimisten fehlt, die stets bemüht sind, jeden freundlichen Gedanken niederzuschlagen und die düsteren Bilder aus Gegenwart und Zukunft wie böse Teufel an die Wand zu malen, so haben sie gerade bei diesen sorgenbeschwerten und ihrer nervösen Stimmung nachgebenden Frauen den meisten Erfolg.

So kommt es oft, daß kleine Sorgen zu großen Sorgen werden, daß ein unbedeutender Ärger zu starker Verbitterung ausartet und daß jede notwendige Anordnung der Behörden, jede Bestimmung bezüglich der Verteilung der Nahrungsmittel für Woche und Monat endlose Klagen und düstere Prophezeiungen veranlaßt.

Das sind alles Auswüchse einer überreizten Stimmung eines krankhaften Zustandes.

Nein, wir schwelgen durchaus nicht im Überfluß, wir müssen viel entbehren und uns nach der stark verkürzten "Decke strecken", die uns der Krieg bereitet. Aber das wichtigste Gesetz der Notwendigkeit und der Lebenskunst besteht eben darin, daß wir uns nach der "Decke strecken" und ins Unvermeidliche fügen. Nervosität, Klagen, Ärger und aufreizende Verbitterung machen die Dinge nicht besser und ändern nichts an der Lage der Umstände.<<

Der russische Politiker Felix Dserschinski (1877-1926, stammte aus polnischem Adel, seit 1906 Bolschewik, leitete nach der Oktober-Revolution 1917 die Tscheka und von 1922-26 die GPU) schlug im August 1917 vor, alle Feinde radikal zu bekämpfen (x087/125): >>Könnte man nicht das soziale und politische Kräfteverhältnis in einem Staate radikal ändern? Zum Beispiel durch - die Ausrottung bestimmter Klassen der Gesellschaft? ...<<

Obwohl die neutrale Position Spaniens während des Ersten Weltkrieges zunächst zu einem wirtschaftlichen Aufschwung (Rohstofflieferungen an die Kriegsmächte) führte, verschlechterten sich die Lebensverhältnisse im Jahre 1917 dramatisch. Arbeitslosigkeit, Inflation, Not und Elend führten zunehmend zur Instabilität des Landes.

Aufgrund der Unzufriedenheit über die Verzerrung der Aufstiegschancen (Bevorzugung der Marokko-Offiziere) erzwangen die Festlands-Armeeeinheiten 1917 einen Regierungswechsel. Zugleich erschütterten Aufstände der Anarchisten verschiedene Regionen des Landes. In Katalonien forderte eine starke regionale Bewegung die Selbstständigkeit. Infolge der politischen und wirtschaftlichen Probleme (Krieg in Marokko, steigende Preise, Arbeitslosigkeit) riefen die Arbeiter und Sozialisten, insbesondere in Barcelona, im August 1917 zum Generalstreik auf, der das gesamte Regime ins Wanken brachte.

Die "Iswestija" (Zeitung des russischen Sowjetkongresses) berichtete am 1. September 1917 über die Forderungen des Rates der Bauerndeputierten (x149/15): >>Die Bodenfrage kann in ihrem ganzen Umfang nur durch die vom gesamten Volk gewählte Konstituierende Versammlung gelöst werden. Die gerechteste Lösung ... ist die folgende:

Das Recht des Privateigentums an Grund und Boden wird für immer aufgehoben. ...

Der gesamte Boden wird entschädigungslos enteignet, zum Eigentum des ganzen Volkes erklärt und allen, die ihn bearbeiten, zur Nutzung übergeben.

Den durch die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse Geschädigten steht lediglich das Recht auf öffentliche Unterstützung zu für die Zeit, die zur Anpassung an die neuen Existenzbedin-

gungen erforderlich ist.<<

Lenin, der vom Sieg der Bolschewisten überzeugt war, erklärte im September 1917 (x073/45):
>>... Hinter uns ist die Mehrheit der Klasse, der Avantgarde der Revolution, der Avantgarde des Volkes. ... Hinter uns ist die Mehrheit des Volkes. Der Sieg ist uns sicher, denn das Volk ist am Rande der Verzweiflung, wir aber weisen dem Volk einen sicheren Ausweg. ...

Es wäre naiv, eine "formelle" Mehrheit für die Bolschewiki abzuwarten. Keine Revolution wartet darauf.<<

Am 2. November 1917 erteilte der britische Außenminister Arthur James Balfour (1848-1930, 1902-1905 Ministerpräsident, 1916-1919 Außenminister) Lord Rothschild bzw. dem jüdischen Politiker Chajim B. Weizmann (1874-1952, ein Führer der zionistischen Organisation) eine offizielle Zusage, in Palästina eine nationale Heimstätte der Juden bzw. einen Judenstaat zu errichten.

In der sog. Balfourerklärung hieß es (x128/361): >>Mein Lieber Lord Rothschild!, zu meiner großen Genugtuung übermittle ich ihnen namens Seiner Majestät Regierung die folgende Sympathie-Erklärung für die jüdisch-nationalen Bestrebungen, die vom Kabinett geprüft und gebilligt worden ist.

Seiner Majestät Regierung betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen und wird die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei klar verstanden wird, daß nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte.

Ich bitte Sie, diese Erklärung zur Kenntnis der zionistischen Föderation zu bringen.<<

Diese Erklärung wurde später zur Grundlage des jüdischen Anspruches auf Westpalästina (x073/71).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Balfour-Deklaration" (x051/57): >>Balfour-Deklaration, Erklärung des britischen Außenministers Balfour (1848-1930) in einem Brief vom 2.11.17 an den Zionistischen Weltkongreß, die "Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina" nach Kräften zu erleichtern.

Die Balfour-Deklaration wurde von den Zionisten als verbindliche Zusage zur Bildung eines jüdischen Staates auf dem Boden des britischen Mandatsgebiets interpretiert, von den Gegnern nur als Zusicherung des Wohn- und Lebensrechts. Mit Berufung auf die Balfour-Deklaration versuchten v.a. die im Dritten Reich verfolgten deutschen Juden Einwanderungsgenehmigungen zu erzwingen.

Aus Rücksicht auf die arabische Bevölkerung aber legten die Briten die Balfour-Deklaration sehr eng aus und lehnten in einem Weißbuch vom Mai 39 ausdrücklich eine jüdische Staatsbildung ab.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Dezember 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/17-18): >>**Das Haus zum Roten Schild**

_von Daniell Pföhringer

Sie gelten als erfolgreichste Dynastie aller Zeiten und dienten den Nazis als Beleg für ihre antisemitische Theorie einer "jüdischen Weltverschwörung". Kennzeichnend war von Anfang an ihre Nähe zur Macht - und das Wissen um entscheidende Entwicklungen. ...

Der Erste Weltkrieg markierte einen Wendepunkt für die Dynastie. Nathans Sohn Lionel hatte mittlerweile die Geschäfte in London übernommen, während der 1885 als Lord Rothschild of Tring geadelte Nathaniel - als Baron damit erstes jüdisches Mitglied des Oberhauses in der Geschichte Englands - den englischen Adelszweig begründete. Der historisch bedeutendste Sohn Nathaniels war der Zoologe und Politiker Lionel Walter Rothschild (1868-1937), der als Mitglied der Führung der Zionistischen Internationale offizieller Empfänger des Briefes von

Großbritanniens Außenminister Lord Balfour vom 2. November 1917, der sogenannten Balfour-Deklaration, war.

Darin hieß es, die britische Regierung betrachte "die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen" und werde "die größten Anstrengungen unternehmen, um die Erreichung dieses Ziels zu unterstützen". Chaim Weizmann, Präsident der zionistischen Weltbewegung und eng mit den Rothschilds verbunden, war zu jener Zeit Berater von Lord Balfour.

Nathaniels Enkel, der 1936 geborene Lord Jacob Rothschild, ist bis heute das Oberhaupt des britischen Zweiges der Familie. 1980 aus dem Bankgeschäft ausgestiegen, gründete er fünf Jahre später die Rothschild Holdings und verdiente Unsummen als Spekulant. Sein Cousin Evelyn Robert de Rothschild beriet als Chef des Londoner Bankhauses in den 1980er Jahren die britische Premierministerin Margret Thatcher bei der ihrer umfassenden Privatisierung von Staatskonzernen und strich dafür Provisionen ein.

Der wohl bekannteste Vertreter des französischen Zweigs der Rothschild-Familie war der Bankier und Industrielle Baron Guy de Rothschild (1909-2007). Nachdem die damals in Paris regierenden Sozialisten 1937 bereits einen Teil des Rothschild-Imperiums verstaatlicht hatten, beschlagnahmte nach der deutschen Besetzung 1940 die mit Hitler kollaborierende Vichy-Regierung unter Marschall Pétain sämtliche Besitztümer der Familie in Frankreich.

Ab 1941 hielt sich Guy de Rothschild in den USA auf, wo auch sein Sohn David geboren wurde. Nachdem er 1944 im Troß Charles de Gaulles nach Frankreich zurückgekehrt war, übernahm er 1949 die wieder ins Eigentum der Familie überführte Rothschild-Bank in Paris, damals größte Privatbank Frankreichs, und gründete die Paris-Orléans Holding (P.O.). Einer seiner Mitarbeiter war der spätere französische Staatspräsident Georges Pompidou. Die Satire-Zeitung Canard enchaîné erlaubte sich zu dessen Regierungszeit sogar den Scherz, die Abkürzung RF (République française) stehe in Wirklichkeit für Rothschild Frères - so der Name der Bank des französischen Zweigs bis 1982.

1981 löste die neue sozialistische Regierung unter François Mitterrand eines ihrer Wahlkampfversprechen ein und verstaatlichte verschiedene Industriekonzerne und Großbanken, darunter auch die Rothschild-Bank. Die Familie erhielt eine Entschädigung in Höhe von 100 Millionen Francs und durfte ihre Anteile an internationalen Rothschild-Finanzgruppen, darunter auch die P.O., behalten. Aus Protest gegen die Maßnahme ging Guy de Rothschild erneut nach New York, wo er die Investmentbank Rothschild Inc. gründete.

Später kehrte er wieder nach Paris zurück, da seine Söhne David und Édouard die Rothschild-Bank unter neuem Namen wiedergründen konnten. Der 1942 in New York geborene David de Rothschild führt die Pariser Familienbank, an der er mit 50 Prozent beteiligt ist, bis heute. Seine Cousins Elie und Alain halten die restlichen Anteile. Seit 2008 ist er auch Vorstandschef der Londoner Rothschild-Bank. ...

Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts war den Rothschilds eine mächtige Konkurrenz in den USA erwachsen. Die Einflusssphären der beiden Finanzdynastien blieben Jahrzehnte voneinander getrennt, bis sich die französische Rothschild-Tochter RIT Partners Capital 2017 mit 37 Prozent in das Vermögensmanagement der Amerikaner einkaufte. Deren 2017 verstorbener Patriarch galt als einflußreichster Strippenzieher hinter den Kulissen der Macht - und der Name der Familie ist bis heute der Inbegriff des US-Kapitalismus: Rockefeller.<<

Lenin rief am 6. November 1917 zum gewaltsamen Sturz der russischen Kerenski-Regierung auf (x073/46): >>Genossen!

Ich schreibe diese Zeilen am Abend des 24. (6. November). Die Lage ist äußerst kritisch. Es ist jetzt sonnenklar, daß jetzt jede Verzögerung des Aufstandes den Tod bedeuten würde. Mit der Aufbietung meiner ganzen Kraft mühe ich mich, die Genossen zu überzeugen, daß jetzt alles an einem Faden hängt, daß auf der Tagesordnung Fragen stehen, die nicht durch Konfe-

renzen, durch Kongresse ... entschieden werden, sondern durch die Völker, durch die Masse, durch den Kampf der bewegten Massen. ...

Man muß unter allen Umständen heute abend, heute nacht die Regierung verhaften, indem man die Junker entwaffnet ... Man darf nicht warten!! Man kann alles verlieren!!

Die Geschichte wird eine Verzögerung den Revolutionären nicht verzeihen, die heute siegen können (und bestimmt siegen werden), während sie morgen Gefahr laufen, vieles zu verlieren, ja Gefahr laufen, alles zu verlieren. ...

Die Regierung schwankt, man muß ihr den Rest geben, koste es, was es wolle!<<

Am 6. November 1917 wurde die russische Kerenski-Regierung durch die Bolschewisten (Kommunisten) gewaltsam gestürzt. An der russischen "Oktober-Revolution" von 1917 (der westliche gregorianische Kalender wurde erst im Februar 1918 in Rußland eingeführt) waren zahlreiche jüdische Revolutionäre maßgeblich beteiligt und besetzten entscheidende Positionen. Zu ihnen gehörten z.B. (x043/346): Leo Trotzki (1879-1940, ermordet), Grigorij Sinowjew (1883-1936, hingerichtet) und Lew Kamenew (1883-1936, hingerichtet, enger Mitarbeiter Lenins).

Lenin berichtete später über die russischen Revolutionäre (x043/346): >>... Die Russen sind zu leichtlebig. Sie werden des revolutionären Kampfes zu schnell müde. Die Juden aber geben mit ihrer Hartnäckigkeit und ihrem Fanatismus ausgezeichnete Revolutionäre ab.<<

Leo Trotzki (ein herausragender Redner und Schriftsteller, der u.a. auch die US-Darlehen weiterleitete) gründete und führte später die Rote Armee.

Der deutsche Historiker Günther Stökl berichtete später über Trotzki's Hauptrolle während der "Oktoberrevolution" im Jahre 1917 (x243/125): >>... Die Seele der Vorbereitungen war ein Mann, den die sowjetische Geschichtsschreibung zur Unperson gemacht hat – Trotzki.

Als Termin war der 25. Oktober (7. November) vorgesehen, an dem der Zweite Allrussische Kongreß zusammentreten sollte. Kein wesentliches Hindernis stellte sich dem Plan in den Weg.

Schon am 22. Oktober (4. November) konnte das militärrevolutionäre Komitee ... es wagen, offen die militärische Militärgewalt zu übernehmen. ... Als Kerenski mit ganz unzulänglichen Kräften – es standen ihm nur die Junker einiger Offiziersschulen und ein Frauenbataillon zur Verfügung – einen letzten Versuch machte, um das Gesetz des Handelns an sich zu reißen und die Druckerei der bolschewistischen Zeitung sowie die Nevabrücken besetzen ließ, schlug Trotzki los.

Während des Tages und der darauffolgenden Nacht besetzten bolschewistische Truppen und Rote Garden (bewaffnete Arbeitermilizen) alle wichtigen Punkte der Stadt, ohne auf Widerstand zu stoßen. Nur das Winterpalais, in dem sich die Regierung aufhielt, ... fiel erst in der nächsten Nacht – dabei verloren die Angreifer 6 Tote, die einzigen Opfer der Oktoberrevolution in Petrograd – und die anwesenden Minister wurden verhaftet. ...

Zur gleichen Zeit verkündete ein Aufruf Trotzki's den Bürgern Rußlands: "Die Provisorische Regierung ist abgesetzt. Als Organ des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten hat das militärrevolutionäre Komitee, das an der Spitze des Proletariats und der Garnison von Petrograd steht, die Staatsgewalt übernommen."

Die Unauffälligkeit des welthistorischen Ereignisses hat Akteure und Zuschauer gleichermaßen beeindruckt. während der Sturm auf das Winterpalais stattfand, spielten die Theater und fuhren die Straßenbahnen.

Trotzki schreibt später von einer "Stille, schrecklicher als alle Donner der Welt. Lautlos verschob sich der soziale Boden, einer Drehbühne gleich, die die Volksmassen in den Vordergrund hob und die gestrigen Herren in die Unterwelt hinabtrug."

Was emporgehoben wurde, waren in Wahrheit nicht die "Volksmassen", sondern die Partei der russischen Kommunisten unter der Führung Lenins, und hinabgetragen "auf den Kehrrecht-

haufen der Geschichte", wie derselbe Trotzki ihnen nachschrie, wurden fürs erste die russischen Sozialisten – rechte Sozialrevolutionäre, Menschewisten und Bundisten, - die am Abend des 25. Oktober (7. November) den Sowjetkongreß aus Protest gegen das Geschehen verließen.

Damit waren die Bolschewisten unter sich – den linken Sozialrevolutionären, die sich ihnen angeschlossen hatten, kam keine selbständige Bedeutung zu – und Lenin begann zu regieren.

...<<

Die Bolschewisten wurden damals durch US-Banken (wie z.B. durch die New Yorker Bankhäuser Kuhn, Loeb & Co., Warburg und andere) finanziell unterstützt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die finanzielle Unterstützung der Bolschewisten durch US-Banken (x068/187-188): >>...

Das zaristische Reich kollabierte, die revolutionäre Regierung, ... die rote Armee war zu finanzieren. Jakob H. Schiff, dem Zaren gram wegen der Judenverfolgungen, hatte schon im Russisch-Japanischen Krieg 1905 russische Revolutionäre finanziert und derart zum Sieg der Japaner beigetragen. 1917 aber bezahlte er den bolschewistischen Umsturz, und zwar über Leo Trotzki, der mit der Tochter eines ihm befreundeten Bankiers, Giwotowski, verheiratet war.

Einerseits gelangte derart ein ununterbrochener Geldstrom an die roten Revolutionäre mittels der den Partnern von Kuhn, Loeb & Co. offen stehenden Kredite bei den Rothschildbanken in Paris, London und Petersburg, Lazare Frères, Speyer & Co. und Ginzburg & Co. Andererseits war ja auch die deutsche Heeresleitung zur Unterstützung der russischen Revolution bereit.

Die amerikanischen Partner des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co., Felix M. Warburg und Paul M. Warburg, schalteten also ihren in Deutschland lebenden Bruder Max M. Warburg ein. (Er war eng befreundet mit dem deutschen Großindustriellen, dem 1922 ermordeten Reichsminister Walther Rathenau, der ab 1914 die Rohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium leitete und als Verwaltungsratsmitglied in weit über hundert Firmen saß.) Max M. Warburg widmete sich fast nur europäischen Unternehmen und gab über seine Bank das deutsche Geld ins neutrale Schweden, an die Nye-Banken in Stockholm, deren Leiter Oscar Ahlström es den Bolschewisten transferierte.

Man wird in Erinnerung behalten müssen, daß die Finanzierung des Umsturzes in Rußland und der roten Armee durch die US-Hochfinanz geschah, ja, daß sie auch dort - über Max M. Warburg - ihre Finger im Spiel hatte, wo der deutsche Goldstrom zum Fließen kam, nämlich das Geld des Rheinisch-Westfälischen Syndikats, einer nahezu singulären Industriekonzentration, auf die Max M. Warburg größeren Einfluß hatte als seine Rivalen Thyssen, Stinnes oder Hugenberg.

Trotzkis Position an der Seite Lenins wurde durch seine kapitalistischen Verbindungen beträchtlich verstärkt, von Stalin später aber unter vielem anderen zu seiner Diffamierung und Verfeumdung benutzt. Doch ist nicht sicher erwiesen, daß Trotzki in Mexiko einem Anschlag der russischen Seite erlag.

Er hatte zuletzt seinen Stalin-Attacken auch Hinweise auf die Wallstreet beigefügt; zum Beispiel erklärt, "daß die kommunistische Internationale geradezu als konservatives Unternehmen bezeichnet werden müsse, wenn ihr vergleichsweise die Börse von New York gegenübergestellt werde". Als Jakob H. Schiff jedenfalls seine Verdienste am bolschewistischen Umsturz herausstrich, verfiel er zeitweise so etwas wie dem Boykott der US-Gesellschaft, und sein Schwager Paul M. Warburg mußte sich von ihm distanzieren.<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die finanzielle Förderung der russischen Aufstände (x364/65-68): >>... **Die Finanzierung der russischen Revolution**

In dieselbe Zeit fiel ein weiteres historisch bedeutendes Ereignis. Nach seiner Ausweisung aus

Frankreich und Spanien traf Trotzki mit seiner Familie an Bord des Dampfers "Monserat" am 13. Januar 1917 in New York ein. Obwohl nichts davon bekannt ist, daß er eine feste Anstellung hatte, lebten die Trotzki in einer Luxuswohnung und fuhren in einer chauffierten Limousine herum. Die Quelle seines Wohlstandes blieb eine zeitlang unbekannt.

Trotzki verließ New York an Bord der SS. "Kristianafjord", um in Rußland die bolschewistische Phase der Revolution zu organisieren. Als das Schiff am 3. April 1917 in Halifax, Neuschottland, festmachte, wurde Trotzki's Gruppe von kanadischen Beamten auf Anordnung der britischen Admiralität in London festgehalten.

Innerhalb weniger Stunden sahen sich die Kanadier beträchtlichem Druck von hohen Regierungsbeamten in Washington und in London ausgesetzt, die Trotzki's Freilassung erwirken wollten. Offizielle Unterlagen über das Geschehnis, die unlängst von der kanadischen Regierung freigegeben wurden, bestätigen, daß die Beamten wußten, daß Trotzki's Gruppe "Sozialisten waren, die Amerika verließen, um eine Revolution gegen die derzeitige russische Regierung zu entfesseln". Trotzki und seine Reisegefährten wurden rasch entlassen.

Antony A. Sutton vom Hoover Institut der Stanford Universität wirft in seinem Buch "Wall Street and the Bolshevik Revolution" ein helles Licht auf diese Geschichtsperiode. Über das Hoover Institut hatte er Zugang zu Regierungsunterlagen: "Präsident Wilson war die märchenhafte Patentante, die Trotzki mit einem Paß versorgte, damit er die Revolution in Rußland "vorantreiben" konnte.

Dieser amerikanische Paß war mit einem russischen Einreisevisum versehen. Jennings C. Wise kommentiert in "Woodrow Wilson: Schüler der Revolution entsprechend: "Die Geschichte darf nie vergessen werden, daß Woodrow Wilson es Leo Trotzki trotz der Bemühungen der britischen Polizei ermöglichte, Rußland mit einem amerikanischen Paß zu betreten.

Im April 1917 reisten Lenin und eine Gruppe von 32 russischen Revolutionären per Bahn von der Schweiz über Deutschland und Schweden nach Petrograd in Rußland. Sie wollten sich mit Trotzki treffen, um "die Revolution zu Ende zu führen". Ihre Reise durch Deutschland war vom deutschen Generalstab gebilligt, ermöglicht und finanziert worden."

Der Kaiser wußte davon nichts. Zu dieser Zeit bekleidete Max Warburg, der Bruder von Paul und Felix Warburg, die bei der Gründung des amerikanischen Federal Reserve System eine führende Rolle gespielt hatten, einen hohen Posten im deutschen Geheimdienst. Außerdem war er der Vorstand der Rothschild-Warburg-Bank in Frankfurt. Kann man bei diesen Tatsachen bezweifeln, daß die internationalen Bankiers das Ganze heimlich steuerten?

20 Millionen Dollar für den Sieg der Revolution

Lenin und Trotzki vereinigten ihre Kräfte und waren innerhalb von sieben Monaten durch List, Korruption und Betrug soweit, daß sie zusätzliche Kriminelle in ausreichender Menge anheuerten und dem Staat das Prinzip aufzwingen konnten, das Lenin "alle Macht den Räten" nannte. Die Bolschewiken übernahmen die Kontrolle in einigen Städten, deren wichtigste Petrograd war. Das war Jahre vor der endgültigen Machtübernahme in Rußland durch Lenin und seine Horde.

In seinem Buch "Czarism and the Revolution" schreibt der russische General Arsene De Gulewitsch:

"Die Hauptgeldgeber der Revolution waren aber weder verrückte russische Millionäre noch Lenins bewaffnete Banditen. Das "wirkliche" Geld kam hauptsächlich aus gewissen britischen und amerikanischen Kreisen, die schon seit langem die revolutionäre Sache in Rußland unterstützt hatten. Die wichtige Rolle, die der begüterte amerikanische Bankier Jacob Schiff bei den russischen Emigranten spielte, ist kein Geheimnis mehr."

Das wurde vom "New York Journal American" vom 3. Februar 1949 bestätigt: "Jacobs Enkel John Schiff schätzt heute, daß sein Großvater ungefähr 20 Millionen Dollar für den endgültigen Triumph des Bolschewismus in Rußland aufwandte."

De Gulewitsch erwähnt einen anderen russischen General, der behauptet, die Revolution sei "von den Engländern, genauer gesagt von Sir George Buchanan und Lord Alfred Milner in die Wege geleitet worden. In Privatgesprächen wurde mir mitgeteilt, daß Lord Milner mehr als 21 Millionen Rubel für die Finanzierung der russischen Revolution auf gewandt hat."

Milner, ein Strohmann der Rothschilds, war ein führendes Mitglied der geheimen "Round Table-Organisation", deren "Einfluß kaum überschätzt werden kann", schreibt Quigley. Es ist keine Frage, daß die wirklichen Mächte hinter den Kulissen die russische Revolution ins Leben riefen und finanzierten.

Bei Quigley heißt es weiter: "1919 war es dieselbe Gruppe, die für die Gründung des Königlichen Instituts für Internationale Angelegenheiten in England und den Rat für Auswärtige Beziehungen in den Vereinigten Staaten verantwortlich zeichnete". Beide Organisationen sind seit ihrer Gründung nie müde geworden, das Konzept einer "neuen Weltordnung" zu verkünden. Sofort nach Beginn der bolschewistischen Revolution wurden in der amerikanischen Presse zahlreiche kritische Stimmen zu Ursache und Auswirkungen der Revolution laut.

Am 28. November 1917 - zwei Wochen nach Beginn der russischen Revolution - kabelte "Colonel" House, "der kein offizielles Regierungsamt bekleidete und nie in irgendeine Position gewählt worden war, an Präsident Wilson: "Es ist von allerhöchster Wichtigkeit, daß solche Kritik unterdrückt wird"."

Profite der Revolution

Winston Churchill erkannte die wahre Kraft hinter der bolschewistischen Revolution - die Illuminaten! In einem Artikel des "Illustrated Sunday Herald" vom 8. Februar 1920 schrieb er: "Seit den Tagen Spartacus Weishaupts über Karl Marx, Trotzki, Bela-Kuhn, Rosa Luxemburg und Emma Goldman ist diese weltweite Verschwörung stetig angewachsen. Sie spielte in der Tragödie der französischen Revolution eine klare erkennbare Rolle.

Sie war die Triebfeder jeder subversiven Bewegung des 19. Jahrhunderts; und jetzt hat diese Gruppe außergewöhnlicher Persönlichkeiten aus der Unterwelt der großen Städte Europas und Amerikas das russische Volk beim Schopf gepackt und ist praktisch der unbeschränkte Herrscher dieses Riesenreichs geworden."

Die Auswirkungen des Krieges und der Revolution auf die russische Nation waren verheerend. Als die Feindseligkeiten aufhörten, war Rußland in jeder Beziehung ein Schlachtfeld. Die toten Theorien von Marx und seinen Jüngern erwiesen sich als völlig unbrauchbar bei dem Versuch, den Wiederaufbau zu leisten. Der Zusammenbruch des gesamten Systems schien unabwendbar.

In den auf die Revolution folgenden Jahren pumpten amerikanische Industrielle, Bankiers und ihre Geschäftspartner aus anderen Ländern Kapital nach Rußland. Nach Dokumenten, die in einem Senat-Hearing über den Export strategischer Güter in die UdSSR am 23. Oktober 1961 vorgelegt wurden, sandten die großen amerikanischen Gesellschaften Techniker und Maschinen in die UdSSR, um die dortigen Ölfelder zu erschließen. Außerdem wurden zahlreiche amerikanische Experten hinüberschickt, um den Bolschewiken zu helfen, durch den Bau von Eisenbahnen, Stahl- und anderer Industrie ihre Position zu festigen. ...<<

Die "Iswestija" (Zeitung des russischen Sowjetkongresses) berichtete am 7. November 1917 (x191/18-19): >>Die Bolschewisten machen sich die weitverbreitete Unzufriedenheit und die große Unwissenheit der Massen von Soldaten und Arbeitern zunutze. ... Ist es möglich, daß die Leute nicht begreifen, daß Diktatur und Terror nicht die Mittel sind, mit denen man ein Land organisieren sollte? ...<<

Die nordamerikanische Historikerin Merle Fainsod (1907-1972) schrieb später über die russische "Oktoberrevolution von 1917" (x245/126-127): >>... Die stärkste Hilfstuppe der Bolschewiki (Mehrheitler) waren die Fabrikarbeiter. Lenin gewann ihre Unterstützung, indem er ihnen eine Regierung versprach, die "den Schmarotzern die überflüssigen Lebensmittel weg-

nimmt und sie den Hungernden gibt, ... die Obdachlosen in Wohnungen der Reichen einquartiert, ... die Reichen zwingt, die Milch zu bezahlen, ihnen jedoch keinen Tropfen Milch gibt, solange nicht die Kinder aller armen Familien in genügendem Maße damit versorgt sind".

Mit zwei Parolen – "Brot" und "Arbeiterkontrolle" – zog Lenin beträchtliche Teile der Industriearbeiterschaft von den Menschewiki (Minderheitler) weg auf die Seite der Bolschewiki.

Die bolschewistische Revolution war nicht von einer Mehrheit getragen. Die letzten freien Wahlen, die in Rußland stattfanden, die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung Ende 1917, zeigten klar, daß die Bolschewiki im gesamten Land über nicht mehr als 25 % der Stimmen verfügten.

Aber die Bolschewiki besaßen, wie Lenin später bemerkte, "zum entscheidenden Zeitpunkt an der entscheidenden Stelle das ausschlaggebende Übergewicht an Kräften". In den Gebieten und Truppenteilen, die für den Erfolg des Aufstands strategisch wichtig waren – Petrograd, Moskau, die Baltische Flotte und die Garnisonen rund um Petrograd –, neigte sich die Waagschale tief zugunsten der Bolschewiki.

Die Feinde des Bolschewismus waren zahlreich; aber sie waren schwach, schlecht organisiert, gespalten und apathisch. Lenins Strategie war darauf gerichtet, die Spaltungen unter seinen Gegnern zu vertiefen, ihren Widerstand zu neutralisieren und aus ihrer Apathie Kapital zu schlagen.

1902 hatte Lenin in "Was tun?" geschrieben: "Gebt uns eine Organisation von Revolutionären, und wir werden Rußland aus den Angeln heben!"

Am 7. November 1917 war der Wunsch erfüllt und die Tat vollbracht. ...<<

Der deutsche Historiker Oskar Anweiler schrieb später über die Folgen der russischen "Oktoberrevolution von 1917" (x245/125): >>... Die Oktoberrevolution wurde von den Bolschewiki unter der Losung "Alle Macht den Räten" vorbereitet und durchgeführt. Eine Überprüfung des geschichtlichen Tatbestandes ergibt aber, daß die Machtübernahme nur von einem Teil der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte selbst gewünscht und praktisch durchgeführt wurde.

Die große Mehrheit der Sowjets und der in ihnen vertretenen Massen begrüßte zwar den Sturz der Provisorischen Regierung, lehnte aber eine bolschewistische Alleinherrschaft ab. Trotzdem gelang es Lenin und Trotzki durch gewaltsame Aktionen und eine geschickte Demagogie, diese Widerstände auszuschalten und hinter der Sowjetfassade den Grund für ihre Parteidiktatur zu legen.

Schon sechs Wochen nach dem bolschewistischen Oktoberaufstand schrieb Maxim Gorkis Blatt "Novaja Zizn" in einer herben Kritik der neuen Machthaber: "Die Macht ist auf die Räte nur auf dem Papier, in der Fiktion, und nicht in Wirklichkeit übergegangen. Der 2. Altrussische Sowjetkongreß wurde von den Bolschewiki vor die vollendete Tatsache der Machteroberung durch die Bolschewiki und nicht durch die Sowjets gestellt. Die Sitzungen des Kongresses gingen in einer Atmosphäre des Aufstandes vor sich, die Bolschewiki stützten sich auf die Gewalt der Bajonette und Gewehre. ...

In den Provinzen, wo die Sowjets schwankten, wo keine bolschewistische Mehrheit gesichert war, suchten die Bolschewiki den Sowjets Angst einzujagen und sie vor die Alternative zu stellen, entweder sich zu unterwerfen oder den Bürgerkrieg in den Reihen der Demokratie hervorzurufen. So wurde die Losung 'Alle Macht den Räten' verwirklicht, die sich in Wirklichkeit in die Losung 'Macht einigen Bolschewiki' verwandelt hatte. ...

Die Räte verlieren schon ihre Bedeutung, die Rolle der Räte sinkt zu einem Nichts herab. ...

Eine Sowjetrepublik? Leere Worte! In Wahrheit ist es eine oligarchische Republik, eine Republik einiger Volkskommissare.

Worin haben sich die lokalen Sowjets verwandelt? In unfreie, untätige Anhängsel der bolschewistischen 'Kriegsrevolutionskomitees' oder von oben ernannter Kommissare. Und diejenigen Räte, die ihre Unabhängigkeit noch bewahren, die hartnäckig den 'Rat der Volkskom-

missare' nicht anerkennen, kommen auf eine schwarze Liste der verdächtigen, opportunistischen, beinahe konterrevolutionären Einrichtungen. ...

Die Sowjets zerfallen, werden kraftlos und verlieren von Tag zu Tag mehr ihr Ansehen in den Reihen der Demokratie. ...<<

Der Sowjetkongreß erließ am 8. November 1917 ein Dekret über die Verstaatlichung von Grund und Boden (x058/304):

>>1. Das Besitzrecht der Gutsbesitzer an Grund und Boden wird unverzüglich aufgehoben. Eine Entschädigung wird nicht geleistet.

2. Die den Gutsbesitzern, Domänenverwaltungen, Klöstern, Kirchen gehörenden Ländereien gehen mit allem lebenden und toten Inventar, allen Baulichkeiten und allem Zubehör bis zur Entscheidung in der Bodenfrage durch die Konstituante (verfassunggebende Versammlung) in die Verwaltung der Dorfagrarkomitees und der Kreisbauernräte über.

3. Jeder dem konfiszierten Eigentum, das nun dem ganzen Volke gehört, zugefügter Schaden wird als schweres Verbrechen betrachtet und von den Revolutionsgerichten bestraft. Die Kreisbauernräte ergreifen alle notwendigen Maßnahmen zur Wahrung einer strengen Ordnung bei der Konfiskation des Gutsbesitzes, zur Bestimmung der der Konfiskation unterliegenden Ländereien und ihrer Grenzen, zur Aufstellung genauer Verzeichnisse des konfiszierten Eigentums und zum strengsten revolutionären Schutz des ganzen in den Besitz des Volkes übergehenden Grundbesitzes mit allen Baulichkeiten, Geräten und Viehbeständen, Vorräten usw. ...<<

Lenin hielt nach der siegreichen "Oktober-Revolution" eine Rede vor dem Sowjetkongreß (x191/18): >>Genossen, die Arbeiter- und Bauernrevolution, deren Notwendigkeit die Bolschewiki mit Nachdruck vertreten haben, ist Tatsache geworden.

Was bedeutet diese Revolution? Zunächst bedeutet sie, daß wir eine Sowjet-Regierung haben werden ohne die geringste Beteiligung der Bourgeoisie. Die unterdrückten Massen werden selbst eine Regierung bilden.

Der alte Staatsapparat wird zerschlagen werden, und an seiner Stelle wird ein neuer, von Sowjetorganisationen geschaffener Regierungsapparat entstehen.

Heute beginnt ein neues Blatt in der Geschichte Rußlands und die gegenwärtige Dritte Russische Revolution wird schließlich zum Sieg des Sozialismus führen.

Eine unserer unmittelbarsten Aufgaben ist es, sofort den Krieg zu beenden. Aber um den Krieg, der mit dem jetzigen kapitalistischen System eng verknüpft ist, zu beenden, wird es notwendig sein, den Kapitalismus selbst zu stürzen. In diesem Beginnen werden wir den Beistand der revolutionären Bewegung der Welt haben, deren Entwicklung in Italien, England und Deutschland schon eingesetzt hat ...

Wir müssen nur daran gehen, in Rußland einen proletarischen sozialistischen Staat aufzubauen.

Hoch lebe die weltumspannende sozialistische Revolution!<<

Lenin schrieb damals über die Diktatur des Proletariats (x128/33): >>Der Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft ... zur kommunistischen Gesellschaft ist unmöglich ohne eine "politische Übergangsperiode", und der Staat dieser Periode kann nur die revolutionäre Diktatur des Proletariats sein. ...

Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse zwecks Niederhaltung der Unterdrücker, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben.

Zugleich mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der zum erstenmal ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten.

Diese müssen wir niederhalten, um die Menschen von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden – es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt. ...

Erst in der kommunistischen Gesellschaft, wenn der Widerstand der Kapitalisten schon endgültig gebrochen ist, wenn die Kapitalisten verschwunden sind, wenn es keine Klassen (d.h. keinen Unterschied zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft in ihrem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Produktionsmitteln) mehr gibt – erst dann "hört der Staat auf zu bestehen" und "kann von Freiheit die Rede sein". ...<<

Der russische Schriftsteller Maxim Gorki warnte damals bereits frühzeitig vor einem verlustreichen russischen Bürgerkrieg (x122/431): >>... Die Menschen werden einander töten, weil sie es nicht verstehen, ihre tierische Dummheit zu überwinden. ... Kurz, es wird sich das blutige, sinnlose Gemetzel wiederholen, das wir schon gesehen haben und das im ganzen Land die moralische Bedeutung der Revolution bereits angegriffen aber auch ihren kulturellen Sinn erschüttert hat.

Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Ereignisse diesmal einen noch blutigeren und pogromistischeren Charakter annehmen werden. ...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die russischen Revolutionen im Jahre 1917 (x364/114-119): >>...

Bühne frei für die Revolution

Im Jahr 1915 konnten aufgrund der Verstärkung an der Ostfront die Deutschen eine massive Offensive einleiten. Bis zum September hatten sie ganz Polen und Litauen eingenommen und rückten weiter nach Osten vor. Die russische Armee hatte in den Schlachten um Polen und Litauen weitere Millionenverluste erlitten.

In der Gegenoffensive von 1916 unter General Brussilow in Galizien und Wolhynien, die bis zu den Karpaten gelangt war, ehe sie durch das Eintreffen von Nachschubtruppen der Deutschen gestoppt wurde, verlor Rußland eine weitere Million Männer. Nach dieser neuen nationalen Katastrophe befand sich Rußland vor dem physischen und finanziellen Ruin. Die Nation war von Verzweiflung gepackt.

Die durch dieses nationale Trauma geschaffenen Zustände wurden von speziell ausgebildeten Illuminaten-Agenten in übersteigerten Tönen ausgemalt, die eifrig die Flammen der Unzufriedenheit schürten, vor allem in den dichter besiedelten Gebieten.

Da die Philosophie der Illuminaten von Elend und Unsicherheit lebt, hatten ihre Bemühungen Erfolg, die Bühne für eine Revolution freizumachen, die sich an die durch die Deutschen erlittene Niederlage anschließen sollte.

Die Revolution brach im Februar 1917 aus. Der Zar dankte ab und eine provisorische Regierung übernahm die Regierungsgeschäfte, zunächst unter Leitung von Prinz Georgi Luwow, dann Alexander Kerenski. Es gelang dieser jedoch nicht, das Blatt des nationalen Zerfalls zu wenden.

Bande außergewöhnlicher Persönlichkeiten

Da sich die Situation weiter verschlimmerte, wurden von der Kabale der Illuminaten und den internationalen Banken sorgfältige Vorbereitungen zum endgültigen Überfall auf die russische Nation unternommen, die, wie die Vergangenheit gezeigt hatte, das Haar in der Suppe war, jedenfalls bezüglich der Pläne für die Welteroberung.

In New York bemühte sich Leo Trotzki, der am 13. Januar auf verschlungenen Wegen in die USA gekommen war, um der Inhaftierung durch europäische Behörden zu entgehen, mit diabolischem Eifer, das zu sammeln, was Winston Churchill später einmal als eine "Bande außergewöhnlicher Persönlichkeiten" bezeichnet hat. Diese bildete den Kern, um den sich die politische Führungsmannschaft der geplanten Revolution aufbaute.

Obwohl er nach außen hin keine Mittel besaß, lebte Trotzki in einem modischen Apartment und ließ sich in einem Straßenkreuzer herumchauffieren. Häufig sah man ihn den palastähnlichen Wohnort von Jacob Schiff betreten, dem Rothschildagenten, der vor rund 40 Jahren die Kontrolle der Firma Kühn, Loeb and Co. übernommen hatte, einem internationalen Bankhaus, und zwar auf Geheiß seiner europäischen Meister.

Schiff hatte sich in den amerikanischen Finanzkreisen einige Jahre zuvor selbständig gemacht, als er in seiner Eigenschaft als der amerikanische Rothschildagent Nr. 1 die Finanzierung für die John D. Rockefeller gehörende Standard Oil, das Eisenbahnimperium von Edward Harri- man und das Stahlreich von Andrew Carnegie besorgt hatte.

Als Trotzki's private Armee aus skrupellosen Taugenichtsen, die ihr "Hammellager" auf dem Standard Oil-Gelände in New Jersey hatten, ausreichend für seinen Feldzug der Subversion und des Terrors ausgebildet war, verließen sie New York auf der SS "Kristianiafjord" in Rich- tung Rußland. Mit ihnen befanden sich an Bord 20 Millionen Dollar in Gold, die der interna- tionale Banker Jacob Schiff geliefert hatte. Diese Riesensumme sollte die unzähligen, ver- schiedenen Auslagen decken, die für ein solches Herkulesunternehmen benötigt würden.

Diese Tatsache ist später von Jacob Schiffs Enkelsohn, John, bestätigt worden (Knickerbocker Column, "New York Journal American", 3. Februar 1949).

Als ihr Schiff, das von Jacob Schiff gechartert war, am 3. April von kanadischen Behörden in Halifax, Neuschottland, festgehalten wurde, sah es für einen flüchtigen Moment so aus, als ob die Illuminaten-Verschwörung scheitern würde.

An dieser Stelle wurde die furchtbare, unsichtbare Macht des Jacob Schiff und seiner Big- Money-Freunde der kanadischen Regierung deutlich gemacht. Sie befahlen ihren Marionetten in Washington und London, sofort zu intervenieren.

Daraufhin befand sich die Trotzki-Bande innerhalb weniger Stunden wieder auf hoher See. In Europa angekommen, machte sich Trotzki auf den Weg in die Schweiz, wo er mit Lenin, Sta- lin, Kaganowitsch und Litwinow zusammenstieß, um die letzten Einzelheiten der Strategie zu klären, bevor man sich nach Rußland begab.

Die ehrenwerten Warburgs

Aber noch sahen sich die bolschewistischen Verschwörer vor ein scheinbar unüberwindliches Hindernis gestellt: wie sollten sie ihre "Armee" und Ausrüstung quer durch halb Europa und nach Rußland bringen? Die Antwort auf dieses Dilemma kam, als Max Warburg, der Roth- schildagent, der Leiter der deutschen Geheimpolizei war, sie alle in einen versiegelten Eisen- bahnwaggon packte und für ihre sichere Durchfahrt bis an die russische Grenze sorgte. Max Warburg war der Bruder von Paul Warburg, dem Erbauer, Gründer und ersten Vorsitzenden der amerikanischen Federal Reserve Corporation.

Nachdem sie einmal in Rußland waren, wendeten Lenin, Trotzki und ihre erbarmungslose Bande von Raubmördern die teuflischen Lehren mit unermüdlichem Eifer an, die Sergei Ne- chayev in seinem "Revolutionären Katechismus" niedergelegt hatte. In Lenins eigenen Worten mußten die ergebenen Anhänger "zu jedem und allen Opfern bereit sein und zu allen nur denkbaren Mitteln, Manövern und illegalen Methoden, zu Lügen und Verleumdungen", um die Zielsetzung zu verwirklichen.

Die Rote Armee der Banker

Im Juli 1917 erlitt das von den internationalen Banken unterstützte Komplott einen anfängli- chen Rückschlag, und Lenin und einige seiner Mitarbeiter mußten nach Finnland fliehen. Ei- nige Monate danach kehrten sie wieder nach Rußland zurück, wo sie eine stattliche Zahl von Einzelpersonen in den Griff bekamen, die, bestürzt von den entsetzlichen Zuständen in Ruß- land infolge des drei Jahre währenden Krieges, leichtgläubig ihren Versprechungen Glauben schenkten, man werde die großen Landgüter untereinander aufteilen und sie mit vielen An- nehmllichkeiten des Lebens versehen.

Die Bolschewiken taten sich auch mit Tausenden von böswilligen, anarchistischen Atheisten zusammen, denen von der provisorischen Regierung unter Alexander Kerenski nach Abdankung des Zaren eine Amnestie gewährt worden war.

Im November 1917 ließen die Bolschewisten ihre Revolution steigen und diesmal mit Erfolg. Zunächst ergriffen sie die Kontrolle über Petrograd und dann im Verlauf der nächsten zweieinhalb Jahre über ganz Rußland, wobei sie sich einer Terrorkampagne bedienten, die in der Geschichte der Menschheit ohne Beispiel war.

Während des blutigen Bürgerkrieges, der auf die bolschewistische Revolution folgte, war Lenin der unangefochtene Führer der politischen Aktivitäten und Trotzki organisierte den militärischen Zweig der Organisation die Rote Armee. Der Name "Rote Armee" war keine falsche Benennung oder ein zufällig gesuchter Name.

Die bolschewistische Rote Armee unter der Führung von Trotzki war das tödliche Werkzeug der von Rothschilds (Rotes Schild) beherrschten internationalen Banken. Es war nur allzu passend, daß sie das "Rote" Etikett oder Schild trug.

Zwischen 1917 und 1921 durchlebte Rußland eine Zeit des unvorstellbaren politischen und wirtschaftlichen Chaos. Wirtschaftlich und sozial war der äußerste Ruin erreicht. Die industrielle Produktion brach durch die Unterbrechung der Transportlinien zusammen, die Versorgung mit Rohstoffen und Krediten war unzulänglich, so daß es fast überhaupt keine Waren wie Kleidung, Schuhe oder landwirtschaftliche Gerätschaften gab.

Im Jahr 1920 belief sich die Industrieproduktion auf 13 Prozent des Wertes von 1913. Gleichzeitig wurde Papiergeld so großzügig gedruckt, daß der Rubel so gut wie wertlos war.

Der Plan der Illuminaten erfüllte sich

Die Kommunisten haben die immer tiefer greifende nationale Tragödie ausgebeutet sowie die Uneinigkeit und Unentschlossenheit ihrer Gegner. Sie führten ihren diabolischen Plan mit fanatischer Grausamkeit aus. Terror a la "Revolutionärer Katechismus" hieß die Losung des Tages - jeden Tag, jede Woche und jeden Monat. Die Werkzeuge, die diese gnadenlosen Terroristen einsetzten, war die Rote Armee unter Leitung von Leo Trotzki sowie die Geheimpolizei, die systematisch alle tatsächlichen, potentiellen oder eingebildeten Gegner ermordete.

Diese Terroristen wurden für ihre blutbesudelten Dienste reich belohnt. Sie erhielten guten Lohn und eine umfangreiche Lebensmittelration. Sie waren "das Gesetz", wo immer sie hingingen.

Wahrlich, die Situation in Rußland "schrie laut" nach Maßnahmen seitens der westlichen "Nationen, die sich selbstgefällig soviel auf ihre "Menschlichkeit" zugute hielten. Aber keine einzige Nation rührte sich, um die Vernichtung der unschuldigen Massen in Rußland zu verhindern.

Ihre Regierungen wurden allesamt von derselben Kraft kontrolliert, die geschäftig dabei war, Rußland gemäß dem Plan zu erdrosseln, den der Illuminaten "Alleiniger Oberbefehlshaber" Albert Pike in seinem berühmten Brief an Mazzini im Jahre 1871 beschrieben hatte.

Trotzki, der der Hauptanstifter dieses Gemetzels war, rechtfertigte seine Taten damit, daß sie "eine Demonstration des Willens und der Stärke des Proletariats" seien.

Winston Churchill bemerkte in seinem Artikel in der "Illustrated Sunday Herald" am 8. Februar

1920, daß die "weltweite und stetig wachsende "Illuminaten-Verschwörung" eine klar erkennbare Rolle in der Tragödie der Französischen Revolution gespielt hat. Sie ist die Antriebsfeder einer jeden subversiven Bewegung des 19. Jahrhunderts gewesen; und nun, zuletzt, hat diese Bande außergewöhnlicher Persönlichkeiten aus der Unterwelt der Großstädte Europas und Amerikas das russische Volk bei den Haaren gepackt und sind praktisch die unangefochtenen Herren dieses riesigen Reiches."

Die Französische Revolution, von Winston Churchill als die "klar erkennbare" Arbeit der Il-

luminatenverschwörung gekennzeichnet, war eine Zeit voller Blutvergießen und Gewalttaten, eine Terrorherrschaft, die den Tod von Hunderttausenden von Menschen gefordert hatte.

Mit der von den Illuminaten geplanten und finanzierten Russischen Revolution von 1917 wird das frühere Ereignis an Intensität und Dauer völlig in den Schatten gestellt. In Frankreich hatte sich das rot-hitze Fieber des mordenden Pöbel in wenigen Monaten von selbst ausgebrannt.

In Rußland wurde das kalt berechnete Abschachten des Volkes und die systematische Vernichtung der alten Ordnung mit einem religiösen Eifer weitergeführt, der all die sadistischen, vom Teufel inspirierten Anweisungen in sich vereinigte, die in dem "Revolutionären Katechismus" niedergelegt sind, einem verwunderlichen Dokument.

Bevor das Blutvergießen ein Ende nahm, waren mehr als 30 Millionen Menschen unter dem gnadenlosen Schwert des von den internationalen Banken erschaffenen roten Ungeheuers umgekommen.

Mehreren Millionen gelang es, den Krallen der kommunistischen Schlächter zu entgehen und in Nachbarländer zu fliehen.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete später (am 1. November 2017): >>**Die Ausbreitung der Barbarei**

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland war der "bis dahin gewaltigste Vorstoß der 'Ewigen Linken', ... das heißt einer Empfindungs- und Denktendenz, die an den vorhandenen gesellschaftlichen Verhältnissen Anstoß nimmt, weil sie sie für 'ungerecht' hält".

Für ungerecht gehalten wurde die ungleichmäßige Verteilung von Gütern und Lebensmöglichkeiten, die gegen den Gedanken der Brüderlichkeit aller Menschen verstieß. Diese Empfindung ist beispielhaft festgehalten in dem Vers des Priesters John Ball, der im 14. Jahrhundert in England predigte und als Rebell hingerichtet wurde: "Als Adam grub und Eva spann, wer war da der Edelmann?"

In Rußland gab es 1917 riesige soziale Unterschiede und eine furchtbare Massenarmut, die sämtliche Mißstände in Westeuropa übertraf. Das erklärt die Wut der Massen, die sich in Grausamkeiten gegen den Adel und das Bürgertum entlud. Neben dem spontanen gab es den planvollen Terror. Die Revolutionsführer ließen keinen Zweifel daran, daß sie es wörtlich meinten, wenn sie von der Vernichtung der parasitären Ausbeuterklassen und anderer sogenannter Volksfeinde sprachen. Das historische Recht dazu entnahmen sie dem Marxismus-Leninismus, der die uralte Utopie von einer gerechten Welt in eine angeblich wissenschaftliche Weltanschauung übersetzte.

Doch bald zeigte sich, daß die soziale, ökonomische, kulturelle Wirklichkeit einer Gesellschaft nicht in der Theorie vom Klassenkampf aufging. Also mußte die Realität zurechtgestutzt werden, um der Weltanschauung zu entsprechen. Das Mittel dazu war der stalinistische Massenterror, von dem viele Linke im Westen lange Zeit nichts wissen wollten oder den sie sogar rechtfertigten.

Der Zerfall des sowjetischen Imperiums seit 1989 markierte das Ende des linken Traums, die Utopie von der gerechten Welt in einer sozialistischen Gesellschaft zu verwirklichen. Die orientierungslose Linke ist seither zum Claqueur der globalisierten Wirtschaft und Finanzindustrie herabgesunken.

Deren Wunsch nach freier Verfügbarkeit über die Ressourcen, nach ungehindertem Warenfluß und grenzenlos kompatiblen Arbeitsnomaden und Konsumenten liefert sie ideologischen Flankenschutz, indem sie namens der globalen Gerechtigkeit offene Grenzen für alle fordert und diese, wo sie kann, auch durchsetzt.

Die Folgen sind die Zerstörung von Heimat und die sukzessive Ausbreitung der Barbarei. Diese strukturelle Gewalt von links wirkt schlimmer und nachhaltiger als der punktuelle Terror, der von linksideologisch aufmunitionierten Schlägertrupps gegen jene Minderheit verübt wird, die Widerstand leistet. Hundert Jahre nach der Oktoberrevolution ist die "Ewige Linke"

nur noch ein bösartiges und destruktives Phänomen.<<

Die Zeitung "Prawda" berichtete am 20. November 1917 (x191/20): >>Die Armee der russischen Revolution stützt sich auf unerschöpfliche Reserven. Die unterdrückten Nationen Asiens (China, Indien, Persien) warten ebenso leidenschaftlich auf den Sturz des kapitalistischen Regimes der Gewalt wie die unterdrückten proletarischen Massen ganz Europas.

Diese Kräfte zu einer Weltrevolution zu verschmelzen, ist die historische Aufgabe der Arbeiter und Bauern in Rußland.<<

Maxim Gorki veröffentlichte am 21. November 1917 in der Zeitung "Neues Leben" einen kritischen Artikel über die "Oktober-Revolution" (x191/18): >>Das Proletariat hat nicht gesiegt; im ganzen Land tobt der Bürgerkrieg; Hunderte und Tausende von Menschen morden einander hin. ...

Das Menschenleben wird ebenso niedrig eingeschätzt wie vorher. Die Gewohnheiten des alten Regimes verschwinden nicht. Die "neue Obrigkeit" ist ebenso grob wie die alte und hat sogar noch schlechtere Manieren als diese. In den neuen Polizeirevieren schreit man und stampft man mit den Füßen genauso wie früher. Die neuen Beamten lassen sich auch ebenso gerne bestechen und schicken die Leute herdenweise ins Gefängnis. Alles Alte und Häßliche ist noch lange nicht überwunden. ...<<

Während und nach der "Oktoberrevolution" begann die größte Christenverfolgung der russischen Geschichte. Von 1917 bis 1940 wurden ungezählte Priester, Mönche, Nonnen und andere Geistliche verhaftet, verschleppt oder ermordet.

Der Volkskommissar für das Kriegswesen, Leo Trotzki, verkündete am 1. Dezember 1917 vor den Delegierten des zentralen Exekutivkomitees der Sowjets (x046/189): >>In weniger als einem Monat wird der Terror extrem gewaltsame Formen annehmen, so wie es auch bei der Großen Französischen Revolution gekommen ist. ...<<

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes schlug dem Kaiser am 3. Dezember 1917 vor, Friedensverhandlungen mit Rußland einzuleiten (x191/19-20): >>Die Bolschewiki sind nun zur Herrschaft gelangt; wie lange sie sich an der Macht werden halten können, ist noch nicht zu übersehen. Sie brauchen zur Befestigung ihrer eigenen Stellung den Frieden; auf der anderen Seite haben wir alles Interesse daran, ihre vielleicht nur kurze Regierungszeit auszunutzen, um zunächst zu einem Waffenstillstand, und dann, wenn möglich, auch zum Frieden zu gelangen.

Der Abschluß eines Separatfriedens würde die Verwirklichung des erstrebten Kriegszieles, den Bruch Rußlands mit seinen Verbündeten, bedeuten. ...<<

Nach der bolschewistischen Machtübernahme in Rußland erklärte sich Finnland am 4. Dezember 1917 von Rußland unabhängig.

Am 11. Dezember 1917 gelang es den Litauern, die Unabhängigkeit wieder herzustellen und die Republik Litauen (Hauptstadt = Kowno) zu gründen.

Im Jahre 1935 betrug die Bevölkerung rd. 2.471.000 Einwohner (Konfession: 80 % römisch-katholisch, 9,5 % Protestanten, 2,5 % griechisch-orthodox, 7,3 % israelitisch (x019/139).

Wesentliche Städte waren z.B.: Kowno, Wilna, Schaulen.

Der spätere deutsche Außenminister Walther Rathenau schrieb am 15. Dezember 1917 an einen Freund (x267/274): >>... An eine baldige Kriegsbeendigung glaube ich nicht ... Man tut sehr unrecht, Amerika zu unterschätzen, und irrt sich, wenn man jede neue Kriegserklärung aus Südamerika oder Übersee lächerlich findet. Es gibt im Drama Spieler, die im ersten Akt auftreten, dann unsichtbar bleiben und schließlich im fünften Akt als bedeutende Figuren hervortreten.<<

Nach der erfolgreichen "Oktober-Revolution" schlossen die Bolschewisten und das Deutsche Reich am 15. Dezember 1917 einen Waffenstillstand.

Ein 21jähriger deutscher Soldat berichtete über Weihnachten an der Westfront (x274/55-57):

>>... Es ist Weihnachten 1917. Wir liegen im vordersten Graben an der Westfront. Man darf nicht über den Grabenrand sehen, schon knallt es. So belauern wir uns mit Grabenspiegeln.

Das Heimweh quält uns. Einer fängt an zu singen: "Stille Nacht, Heilige Nacht". Bald singen alle, so wie man eben singt, wenn man fast erstickt.

Plötzlich springt unser Hauptmann aus dem Graben und geht singend zu den Franzosen hinüber. Wir denken, daß die ihn gleich abknallen werden. Aber es fällt kein Schuß. Einer nach dem anderen klettert aus dem Graben und singend geht er hinüber zu den Franzosen. Auch die Franzosen kommen und zwischen den Gräbern fallen wir uns in die Arme, lachen und weinen zugleich.

Dann feiern wir. Deutsche und Franzosen, hüben wie drüben, gemeinsam Weihnachten. Die Franzosen spendieren Rotwein. Mitleidig kosten sie unser armseliges Brot. Ich, der Älteste in unserem Graben, habe mich mit einem blutjungen Leutnant angefreundet. Er zeigt mir Bilder von seinem Schloß, er gehört zum französischen Hochadel. Und er zeigt mir das Bild seiner Mutter, die er sehr liebt und verehrt. Ich müsse ihn unbedingt nach dem Kriege besuchen. Seine Mama würde sich sehr freuen.

Damit man weiter hinten nichts merkt, ballern wir vergnügt in die Luft.

In der übernächsten Nacht bekommen wir den Befehl "Fertigmachen zum Stürmen des französischen Grabens".

Wo wir uns vor zwei Tagen in den Armen lagen, fallen wir im Nahkampf übereinander her. Vor mir taucht ein Franzose auf und hebt seine Pistole. Da renne ich ihm mein Bajonett in den Leib. Und merke, das ist mein Freund!

Ich lasse die anderen stürmen und sich umbringen, es ist mir alles egal, ich bleibe bei meinem Freund. Und der bittet mich, ich möge seine Brieftasche nehmen und nach dem Krieg seiner Mutter zustellen. Es sei ein Brief drin für sie. Dann stirbt er. Er war 19 Jahre alt! ...

Nach dem Krieg konnte ich die Brieftasche ... zustellen. Dann kam ein Brief von ihr. Sie bedankte sich, daß ausgerechnet ein Deutscher sich um ihren toten Sohn gekümmert habe. Ich möge ihr die Freude machen und sie als ihr Gast besuchen. Aber ich habe mich nicht einmal für die Einladung bedankt. Ich konnte nicht hinfahren. Ich hätte der Mutter sagen müssen, daß ich ihren Sohn umgebracht habe. ... Das konnte ich nicht. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Walter Flex (1887-1917, fiel im Oktober 1917 an der deutsch-russischen Ostfront) verfaßte im Jahre 1917 den Text des Soldatenliedes "Wildgänse rauschen durch die Nacht ..." (x846/...):

>>1. Wildgänse rauschen durch die Nacht

Mit schrillum Schrei nach Norden;

Unstete Fahrt habt Acht, habt Acht,

Die Welt ist voller Morden.

2. Fahrt durch die nachtdurchwogte Welt,

Graureisige Geschwader!

Fahlhelle zuckt und Schlachtruf gellt,

Weit wallt und wogt der Hader.

3. Rausch zu, fahr zu, du graues Heer!

Rauscht zu, fahrt zu nach Norden!

Fahrt ihr nach Süden übers Meer,

Was ist aus uns geworden?

4. Wir sind wie ihr ein graues Heer

Und fahr'n in Kaisers Namen
Und fahr'n wir ohne Wiederkehr,
Rauscht uns im Herbst ein Amen.<<

Der tschechische Panslawist Hanus Kuffner (1861-1929) verlangte im Jahre 1917 bereits die Elbe-Linie als zukünftige Westgrenze der "Slawenzone" (x025/177).

H. Kuffner forderte in seiner Publikation "Unser Staat und der Weltfriede" für den tschechischen Staat folgende Gebiete: Teile von Österreich, Bayern, Brandenburg, Sachsen und Schlesien bis zur Oder (x206/25).

Im Jahre 1917 verfügten die Vereinigten Staaten bereits über mehr Einwohner, als jedes europäische Land (mit Ausnahme Rußlands).

1918

US-Präsident Wilson gab am 8. Januar 1918 in einer Rede vor dem US-Kongreß vierzehn Punkte bekannt, die als zukünftige Richtlinien für die Erhaltung des Weltfriedens dienen sollten.

Wilson forderte zur friedlichen Regelung aller Streitfragen (wie z.B. Sicherung der territorialen Unverletzlichkeit und politischen Unabhängigkeit aller Staaten) die Gründung eines Völkerbundes (x058/293-294): >>Wir traten in den Krieg ein, da Rechtsverletzungen vorgekommen waren, die uns aufs tiefste kränkten und unserem Volk das Leben zu einer Unmöglichkeit gestalteten, bevor sie nicht wieder gutgemacht waren und die Welt ein für allemal gegen deren Wiederholung gesichert war.

Wir beanspruchen daher in diesem Kriege nichts Besonderes für uns selbst. Die Welt muß tauglich und sicher gemacht werden, um in ihr leben zu können; und besonders muß sie für jede friedliebende Nation gleich der unseren sicher gemacht werden, die ihr eigenes Leben zu leben, ihre eigenen Einrichtungen zu bestimmen wünscht.

Gerechtigkeit und faires Handeln der anderen Völker der Welt müssen gegen Gewalt und Angriffsgestalt gesichert werden. Sämtliche Völker sind in Wahrheit Genossen in diesem Interesse, und wir unsererseits erkennen mit äußerster Klarheit, daß, wenn anderen keine Gerechtigkeit gewährt wird, sie auch uns nicht gewährt werden kann.

Das Programm des Weltfriedens ist daher unser Programm, und dieses Programm, das einzig mögliche Programm wie wir es sehen, lautet:

I. Öffentliche Friedensverträge, öffentlich beschlossen, nach denen es keine privaten internationalen Abmachungen irgendwelcher Art geben darf. Vielmehr soll die Diplomatie stets frei und vor aller Öffentlichkeit sich abspielen.

II. Absolute Freiheit der Schifffahrt auf der See außerhalb der territorialen Gewässer ...

III. Soweit als möglich die Aufhebung sämtlicher wirtschaftlicher Schranken und die Fortsetzung gleichmäßiger Handelsbeziehungen zwischen sämtlichen Nationen, die dem Frieden zustimmen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

IV. Angemessene Garantien, ... daß die nationalen Rüstungen ... herabgesetzt werden.

V. Eine freie, offenherzige und absolut unparteiische Ordnung aller kolonialen Ansprüche, gegründet auf strenge Beachtung des Prinzips, daß bei Bestimmung aller derartigen Fragen der Souveränität das Interesse der betreffenden Bevölkerung gleiches Gewicht haben muß wie die billigen Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel festgesetzt werden soll ...

VI. Die Räumung des gesamten russischen Gebietes und eine derartige Erledigung aller Rußland berührenden Fragen, um die beste und freieste Zusammenarbeit der übrigen Nationen der Welt zu sichern ...

VII. Belgien, dem wird die ganze Welt zustimmen, muß, ohne jeden Versuch, die Souveränität, deren es sich gleich allen anderen Nationen erfreut, zu beschränken, geräumt und wiederhergestellt werden ...

VIII. Das gesamte französische Gebiet muß befreit und die verwüsteten Teile wieder herge-

stellt werden. Ebenso müßte das Frankreich durch Preußen 1871 in Sachen Elsaß-Lothringen angetane Unrecht, das den Weltfrieden nahezu 50 Jahre bedroht hat, berichtigt werden, um den Frieden im Interesse aller wieder Sicherheit zu verleihen.

IX. Eine Berichtigung der Grenzen Italiens sollte gemäß den klar erkennbaren Nationalitätenslinien bewirkt werden.

X. Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir gefestigt und gesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Möglichkeit autonomer Entwicklung gewährt werden (nicht identisch mit Zerschlagung der Donaumonarchie) ...

XI. Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt werden, besetzte Gebiete wieder hergestellt, Serbien freier und gesicherter Zugang zum Meere gewährt und die Beziehungen der verschiedenen Balkanstaaten zueinander auf Grund freundschaftlicher Verabredung gemäß den historisch festgesetzten Grenzen der Untertanenpflicht und der Nationalität festgelegt werden. ...

XII. Dem türkischen Teil des gegenwärtigen ottomanischen Reiches sollte eine gesicherte Souveränität gewährleistet werden ...

XIII. Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der die von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete umfassen soll, denen ein freier und sicherer Zugang zum Meere gewährleistet und dessen politische und ökonomische Unabhängigkeit sowie dessen territoriale Integrität durch internationalen Vertrag garantiert werden sollen.

XIV. Eine allgemeine Gesellschaft der Nationen muß auf Grund eines besonderen Bundesvertrages gebildet werden zum Zweck der Gewährung gegenseitiger Garantien für politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität in gleicher Weise für die großen und kleinen Staaten. In bezug auf diese notwendige Berichtigung von Unrecht und Sicherung des Rechtes betrachten wir uns als intime Genossen sämtlicher Regierungen und Völker, die sich gegen die Imperialisten zusammengeschlossen haben. Es gibt für uns keine Sonderinteressen oder andersartige Ziele. Bis zum Ende stehen wir zusammen.<<

Wilson dachte bei der "Zusicherung eines freien und sicheren Zugangs zum Meer" nur an "Wegerechte", während die polnischen Parteien die ehemaligen Grenzen von 1772 anstrebten (x041/71, x064/125).

Später warf man mehrere Millionen Druckschriften des "14 Punkte-Friedens-Programms" mit Flugzeugen über dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn ab, um den Widerstandswillen der Bevölkerung und der Truppen zu schwächen (x177/85).

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den Vierzehn-Punkte-Friedensplan (x051/606):

>>Vierzehn-Punkte, aus 14 Punkten bestehendes Programm von US-Präsident Wilson zur Beendigung des Ersten Weltkrieges und zur Gestaltung einer zukünftigen Friedensordnung, am 8.1.18 im Kongreß verkündet:

Öffentliche Friedensverhandlungen und Abschaffung der Geheimdiplomatie;

Freiheit der Meere;

Freiheit des internationalen Handels;

Einschränkung der staatlichen Rüstungen und deren Garantie;

"unparteiische" Regelung der kolonialen Ansprüche;

Räumung Rußlands durch die Mittelmächte;

Wiederherstellung der Souveränität Belgiens;

Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich;

Festlegung der Grenzen Italiens nach dem nationalen Prinzip;

Autonomie für die Völker der Donaumonarchie;

Räumung Rumäniens, Serbiens und Montenegros durch die Mittelmächte;

Unabhängigkeit des türkischen Staates,

Autonomie für seine nichttürkischen Nationalitäten und Öffnung der Meerengen;

Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates;
Gründung eines Völkerbundes.

Bei den Friedensverhandlungen konnte sich Wilson gegen seine Verbündeten aber nicht durchsetzen; der Versailler Vertrag und die anderen Pariser Vorortverträge widersprachen in wesentlichen Teilen und dem Geist nach den Vierzehn Punkten.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" (x051/535): >>Selbstbestimmungsrecht der Völker, völkerrechtlicher Grundsatz, nach dem einerseits jeder Staat seine innere Organisationsform frei bestimmen kann und nach dem andererseits jedes Volk das Recht auf staatliche Verwirklichung hat.

Auf die Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht der Völker gingen die Einigungsbewegungen des 19. Jahrhunderts zurück, das Selbstbestimmungsrecht sollte u.a. nach den Vierzehn Punkten des US-Präsidenten Wilson Grundlage der europäischen Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg werden.

Die Chance war günstig, weil das dem Selbstbestimmungsrecht der Völker oft entgegenstehende Souveränitätsprinzip zumindest hinsichtlich der Verliererstaaten wenig wog. So wurden die Vielvölkerstaaten Rußland, Osmanisches Reich und Österreich-Ungarn konsequenterweise aufgelöst oder stark beschnitten, doch ließ sich das Selbstbestimmungsprinzip in der ethnischen Gemengelage v.a. Südosteuropas aus sicherheits- und wirtschaftspolitischen Gründen nicht ohne Kompromisse durchhalten, so daß neue Minderheiten entstanden.

Auch Interessen der Siegermächte standen einer durchgängigen Anwendung des Selbstbestimmungsrechts entgegen: So mußte das Deutsche Reich zahlreiche Gebiete ohne Befragung der Bevölkerung abtreten und die Abstimmungsgebiete wurden nicht immer gerecht abgegrenzt; Österreich verlor Südtirol zugunsten der dennoch unzufriedenen italienischen Siegermacht; das Sudetengebiet wurde zur Sicherung des neuen Staates der Tschechoslowakei zugeschlagen; der Anschluß Österreichs an Deutschland wurde untersagt usw.

Zwar versuchte man, durch Etablierung eines Rechts der Minderheiten auf Autonomie die programmierten Konflikte zu entschärfen, doch diskreditierte die gewaltsame Behandlung des Selbstbestimmungsrechts die Friedensverträge nachhaltig. Daher wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu einem der wirksamsten Argumente der Revisionspolitik, wie sie v.a. Hitler erfolgreich handhabte.

Nach Abschluß dieser ersten Phase seiner Außenpolitik, als das Selbstbestimmungsrecht die weitere Expansion behinderte, wurde es zu einem bloßen Recht auf Heimat ohne staatliche Option oder doch mit eingeschränkter Souveränität herabgestuft. Schließlich verschwand es ganz aus der deutschen politischen Argumentation. Auch die alliierte Antwort auf die so entstandenen neuen territorialen und ethnischen Probleme orientierte sich auf den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam nur begrenzt am Selbstbestimmungsrecht, das Entschädigungsregelungen und Sicherheitserwägungen behindert hätte.

Zwar beruft sich das Grundgesetz bei seinem Wiedervereinigungsgebot ebenso auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker wie die Vertriebenenverbände das Recht auf Heimat darin verankert sehen, doch konnten diese Forderungen bei der ganz anderen Machtkonstellation nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa nicht mehr die politische Sprengkraft entwickeln wie 1918. Das Selbstbestimmungsrecht wurde aber in der Nachkriegszeit Motor der Entkolonialisierung und fand Eingang in die UN-Charta.<<

Der deutsche Journalist Bruno Bandulet berichtete später in seinem Buch "Als Deutschland Großmacht war" über ein gemeinsames Gebet der Abgeordneten des US-Kongresses während der Eröffnung der neuen Sitzungsperiode am 10. Januar 1918 (x847/...): >>Du weißt, O Herr, daß wir in einem Kampf auf Leben und Tod stehen, mit einer der schändlichsten, gemeinsten, gierigsten, geizigsten, blutdürstigsten, wollüstigsten und tückischsten Nationen, die jemals die Seiten der Geschichte entehrt haben.

Wir bitten Dich, entblöße Deinen mächtigen Arm und schlage zurück das große Pack hungriger, wölfischer Hunnen, von deren Fängen Blut und Geronnenes tropfen.

Und Dir sei Lob immerdar durch Jesus Christus, Amen.<<

Der deutsche Nationalökonom und Soziologe Max Weber schrieb am 13. Januar 1918 über die geplante Frühjahrsoffensive, die endlich die Entscheidung im Westen bringen sollte (x267/282-283): >>Die große Offensive im Westen ist beschlossen; die Verluste für uns sind auf 600.000 Tote allein (!) kalkuliert. ...

Politisch ist das hier ein Irrenhaus, und die verständigen Leute sind machtlos. ...

Was im Osten zustande kommt (Brest-Litowsk), weiß niemand ... Ludendorff ist in allem Nichtmilitärischen völlig blind. ...<<

Der britische Premierminister Lloyd George unterstützte am 15. Januar 1918 die polnischen Gebietsforderungen und definierte Polen wie folgt (x064/125): >>... umfassend all jene wahrhaft polnischen Elemente, die wünschen, Teil Polens zu werden ...<<

Lenin rechtfertigte am 20. Januar 1918 die deutsch-russischen Friedensverhandlungen (x191/-20): >>Indem wir einen Separatfrieden schließen, befreien wir uns ... für den gegebenen Augenblick ... von beiden einander bekämpfenden imperialistischen Gruppen, nutzen ihre Feindschaft und ihren Krieg ... aus, bekommen für eine gewisse Periode die Hände frei, um die sozialistische Revolution fortzusetzen und zu festigen.<<

In England und Frankreich übernahmen Anfang 1918 Lloyd George und Georges Clemenceau die Leitung des Krieges (Oberbefehl: Frankreich).

Der britische Premierminister David Lloyd George (Mitglied des Obersten Kriegsrates der Entente) vertrat die bedingungslose "Knock-out-Methode" (x041/68).

Britische und französische Befürworter eines Verständigungsfriedens wurden damals kurzerhand verhaftet (x054/184).

Das Deutsche Reich schloß mit der Ukraine am 9. Februar 1918 einen Friedensvertrag (sogeannter "Brotfrieden"). Die Ukraine erhielt äußerst günstige Westgrenzen und Autonomie-Zusagen für Ostgalizien. Die Mittelmächte sollten dafür Getreidelieferungen bekommen (x092/760).

Nach dem Scheitern der deutsch-russischen Friedensverhandlungen griffen die deutschen Truppen am 18. Februar 1918 Rußland erneut an.

Nach erfolgreichen Freiheitskämpfen gegen die Bolschewisten entstand am 24. Februar 1918 die Republik Estland (Hauptstadt = Reval). Estland wurde aus den russischen Provinzen Estland und Nordlivland gegründet.

Im Jahre 1935 betrug die Bevölkerung rd. 1.128.000 Einwohner (87,7 % Esten, 10 % Russen, 1,7 % Deutsche, 0,6 % Sonstige). Konfession: 79 % Protestanten, 19 % griechisch-orthodox (x019/136).

Größere Städte waren z.B.: Narwa, Dorpat, Reval, Fellin, Pernau, Wesenberg.

Die sowjetisch-russische Regierung kapitulierte am 3. März 1918 und erkannte das "deutsche Friedensdiktat" von Brest-Litowsk an.

Infolge der Kriegsmüdigkeit der russischen Soldaten und der bevorstehenden Kämpfe gegen die "Weiße Armee" (russische Gegenrevolution bzw. Bürgerkrieg) schlossen die Kommunisten schließlich nach schwierigen Friedensverhandlungen notgedrungen den "russisch-deutschen Frieden um jeden Preis". Sowjet-Rußland verzichtete auch auf seine bisherigen Hoheitsrechte in Polen, Litauen und in Kurland. Die Ukraine und Finnland wurden als selbständige Staaten anerkannt, während Estland und Lettland zunächst deutsche Besatzungsgebiete blieben.

Der russische Bürgerkrieg von 1918-20

Rußland wurde von 1918-20 durch einen verheerenden Bürgerkrieg verwüstet. Während des russischen Bürgerkrieges bekämpften sich die Truppen der "Roten Armee" und der "Weißen

Armee" mit gnadenloser Härte. Nach den erbitterten Kämpfen wurden oftmals alle Gefangenen niedergemetzelt oder z.B. in Säcke gesteckt und in der Wolga ertränkt. Unzählige Frauen und Mädchen fielen barbarischen Massenvergewaltigungen zum Opfer.

Ein Zeitzeuge berichtete Ende 1920 in der "Brünner Zeitung" über die Revolution in Sowjet-Rußland (x120/33): >>... Ich sah die Schreckenstaten der bolschewistischen Revolution mit meinen eigenen Augen. Sie enthüllten eine fast barbarische Grausamkeit ... Ich fühlte den tiefsten moralischen Abscheu für die offensichtlich überflüssige Opferung menschlicher Leben.<<

Der deutsche Historiker Jörg Baberowski schrieb später über das Schicksal der Kosaken am Don in den Jahren 1919-1920 (x289/30-31): >>... Im Januar 1919 erteilte das Zentralkomitee der Roten Armee den Befehl, "Massenterror" gegen die Kosaken in der Don-Region auszuüben und ihre Oberschicht "vollständig zu vernichten". Allein im Februar 1919 verurteilten die Revolutionstribunale mehr als 8.000 Kosaken zum Tod, und auch in den nachfolgenden Monaten setzte sich das Morden fort. Während des Jahres 1920 wurden 300.000 Kosaken aus ihrer Heimat vertrieben, in Konzentrationslager eingesperrt oder als Zwangsarbeiter in die Industriezentren des Donbass verschleppt.

Auch in anderen Regionen entfachten die Bolschewiki solchen Terror: gegen ethnische Minoritäten, renitente nationale Eliten und Bauern, die sich ihnen widersetzen. Die Bolschewiki eroberten die Macht unter den Bedingungen des Bürgerkrieges, und sie machten die Erfahrung, daß in diesem Krieg nur obsiegen konnte, wer seine Feinde vernichtete oder auf eine Weise niederwarf, daß sie sich nicht mehr erheben konnten.

Die Bolschewiki fanden, wovon sie ohnehin überzeugt waren, daß nämlich soziale und ethnische Gegensätze Bürgerkriege und Anarchie hervorriefen. Deshalb begannen sie nach dem Krieg, an der Neuordnung des Imperiums zu arbeiten.<<

Der französische Historiker Nicolas Werth schrieb später über das Schicksal der Kosaken am Don und am Kuban in den Jahren 1919-1920 sowie über die sowjetischen Massaker auf der Krim Ende 1920 (x265/117,122): >>... In den Kosakengebieten am Don und Kuban zahlte man für den Widerstand gegen die Bolschewiki einen hohen Preis. Nach den glaubwürdigsten Schätzungen wurden in den Jahren 1919 und 1920 zwischen 300.000 und 500.000 Menschen getötet oder deportiert, wobei die Zahl der Gesamtbevölkerung nicht über drei Millionen hinausging.<<

>>... Auf der Krim erreichten die Massaker bei der Evakuierung der letzten weißen Einheiten Wrangels und der Zivilisten, die vor dem Vormarsch der Bolschewiki geflüchtet waren, ihren Höhepunkt. In den wenigen Wochen von Mitte November bis Ende Dezember 1920 wurden an die 50.000 Menschen erschossen oder erhängt. Zahlreiche Hinrichtungen fanden kurz nach der Einschiffung der Wrangel-Truppen statt. Am 26. November wurden in Sewastopol mehrere hundert Hafenarbeiter erschossen, weil sie bei der Evakuierung der Weißen geholfen hatten. ...<<

Während Nordamerika im Verlauf des Ersten Weltkrieges mindestens 1,4 Millionen US-Soldaten und gewaltige Kriegsmateriallieferungen nach Europa schickte, um das "gefährliche" Deutsche Reich zu zertrümmern und den Weltfrieden zu retten, wurde die Gefahr, die von den radikalen sowjetischen Kommunisten drohte, völlig falsch eingeschätzt bzw. ignoriert.

Als sich die kriegsmüden europäischen Westmächte und die gleichgültigen Japaner ab September 1918 in Nordrußland bzw. in Sibirien am russischen Bürgerkrieg beteiligten, stellte Nordamerika vorübergehend nur etwa 35.000 Soldaten.

Anstatt die gemäßigten bürgerlichen Kräfte der "Weißen Armee" mit allen Mitteln zu unterstützen, um den "sowjetischen Weltfrieden" bzw. die "kommunistische Weltrevolution" bereits im Keim zu ersticken, zog Nordamerika bereits 1920 alle US-Truppen aus Rußland ab. Nach dem nordamerikanischen Rückzug verließen auch die Briten, Franzosen und Japaner die

russischen Bürgerkriegsgebiete, so daß sich schließlich die linksradikalen Bolschewisten bzw. Kommunisten (bis 1917 = Bolschewisten, "Mehrheitler") nach ungewöhnlich verlustreichen Kämpfen durchsetzen konnten.

Der russische Bürgerkrieg von 1918-20 und während des Krieges auftretende Epidemien forderten mindestens 6,0 Millionen Todesopfer (x076/287).

Die Oberste Heeresleitung (OHL) ordnete am 21. März 1918 an der Westfront eine Reihe von Offensiven an, um den "Siegfrieden" durchzusetzen.

Nach Einstellung der russisch-deutschen Kämpfe wurden die deutschen Ostfront-Truppen größtenteils von März-Juni 1918 mit der Bahn abtransportiert und verstärkt an der Westfront eingesetzt. An der deutsch-russischen Front blieben aber weiterhin über 1,0 Millionen deutsche Soldaten.

Der Rat der Volkskommissare erließ am 28. Juni 1918 ein Dekret über die Verstaatlichung der industriellen Unternehmen (x058/305): >>Um den Zusammenbruch im Wirtschaftsleben und in der Lebensmittelversorgung energisch zu bekämpfen und um die Diktatur der Arbeiterklasse und der Dorfarmut energisch zu unterstützen, beschloß der Rat der Volkskommissare:

1. Die unten aufgeführten (Unternehmen der Bergbau-, Metall-, Textil-, elektronischen und Holzindustrie, die Aktiengesellschaften sind oder ein bestimmtes Kapital besitzen), in der Sowjetrepublik liegenden industriellen und kommerziell-industriellen Unternehmen mit allem ihrem Kapital und Eigentum, woraus es auch bestehe, zum Besitz der RSFSR (Russische Sozialistische Sowjetrepublik) zu erklären. ...

IV. Vom Augenblick der Veröffentlichung dieses Dekrets an sind die Verwaltungsmitglieder, die Direktoren und anderen verantwortlichen Leiter der verstaatlichten Unternehmungen der Sowjetrepublik sowohl für die Unversehrtheit als auch die Instandhaltung und den richtigen Betrieb des Unternehmens verantwortlich.

Im Falle, daß jemand seinen Posten ohne die Zustimmung der zuständigen Organisationen des Obersten Wirtschaftsrates verläßt, oder in dem Falle unentschuldbarer Vernachlässigung in der Leitung des Unternehmens werden die Schuldigen nicht nur der Republik mit allem ihrem Vermögen zu haften haben, sondern es erwartet sie auch ernste Strafverfolgung seitens der Gerichte. ...<<

Im Verlauf der letzten großen deutschen Westoffensive (März bis Juni 1918) konnten die deutschen Truppen (200-220 Divisionen mit 3,5-4,0 Millionen Soldaten) bei Amiens und an der Aisne erstmalig im März 1918 durch die feindlichen Fronten brechen (x041/71, x065/366). Aufgrund fehlender "Beweglichkeit", Treibstoff- und Munitionsmangel sowie totaler Erschöpfung mußten die deutschen Truppen im Juni 1918 jedoch alle eroberten Stellungen wieder aufgeben und den Rückzug hinter die bisherigen Frontlinien antreten.

Im Juni 1918 landeten die ersten US-Marinetruppen in Murmansk, um die Gegner der Bolschewisten zu unterstützen.

Der Chef der Tscheka (Lenins geheime Staatspolizei, die nach der "Oktoberrevolution" von 1917-22 unter diesem Namen operiert) berichtete im Juni 1918 (x243/126): >>... Wir treten für den organisierten Terror ein. ... Terror ist in Zeiten der Revolution eine absolute Notwendigkeit. ... Die Tscheka ist verpflichtet, die Revolution zu verteidigen und den Gegner zu vernichten, auch wenn das Schwert manchmal die Köpfe von Unschuldigen trifft. ...<<

US-Präsident Wilson erklärte am 4. Juli 1918, daß die neuen Grenzen auch die Interessen von ethnischen Gruppen und die Volkszugehörigkeit berücksichtigen müssen (x028/41).

Am 10. Juli 1918 wurde die erste Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) angenommen.

Lenin ließ am 17. Juli 1918 den letzten russischen Zaren Nikolaus II. Alexandrowitsch Romanow (1868-1918) mit seiner gesamten Familie in Jekaterinburg erschießen (x080/178).

Lenin erklärte später, daß der Terror für das kommunistische System in manchen Situationen dringend erforderlich wäre (x099/58, x245/176): >>... Es ist unsere Pflicht als Kommunisten alle Kampfformen zu beherrschen ... und unsere Taktik jeweils der Lage anzupassen. ...

Die eigenen Hände im voraus zu binden, dem gegenwärtig besser bewaffneten Feind offen zu verkünden, ob und wann wir beginnen, ist Dummheit, aber keine Revolution. ...

Der Terror ist eine nützliche, ja in manchen Augenblicken eine lebenswichtige militärische Operation. ...<<

>>... Die Sowjetrepublik ist eine vom Weltkapital belagerte Festung. ... Daraus ergibt sich unser Recht und unsere Pflicht, die Bevölkerung restlos für den Krieg zu mobilisieren. ...

Wir kennen den "Nährboden", der konterrevolutionäre Unternehmungen, Putsche, Verschwörungen usw. hervorbringt. Wir kennen dieses Milieu sehr gut. Das ist das Milieu der Bourgeoisie, der bürgerlichen Intelligenz, der Kulaken auf dem Lande, des "parteilosen" Publikums überall, dann der Sozialrevolutionäre und Menschewiki.

Die Überwachung dieses Milieus muß verdreifacht und verzehnfacht werden. Die Wachsamkeit muß verzehnfacht werden, denn konterrevolutionäre Anschläge von dieser Seite her sind im gegenwärtigen Augenblick und in der nächsten Zukunft absolut unvermeidlich. ...<<

Die Sozialistin Rosa Luxemburg (gründete 1917 mit Karl Liebknecht den Spartakusbund) kritisierte später Lenins Terrormethoden (x243/127): >>Lenin vergreift sich völlig im Mittel.

...

Der einzige Weg zur Wiedergeburt ist die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkste breiteste Demokratie, öffentliche Meinung. Gerade die Schreckensherrschaft demoralisiert. ...

Mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in dem die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.

Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgebeten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. eine Diktatur im bürgerlichen Sinne. ...

Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei – mögen sie auch noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden. ...<<

Mit ausgeruhten, frischen Truppen (unterstützt von 9 nordamerikanischen Divisionen) und unerschöpflichen Kriegsmaterialvorräten begannen die Ententetruppen am 18. Juli 1918 eine großangelegte Gegenoffensive, aber die abgekämpften deutschen Kampfverbände wehrten sich erbittert.

Nach harten Kämpfen brachen am 8. August 1918 etwa 450 britische und nordamerikanische Panzer bei Amiens durch die deutsche Front (x041/71). Die deutschen Truppen zogen sich danach in schweren Abwehrschlachten auf die Antwerpen-Maas-Stellungen zurück, die man schließlich bis zum Kriegsende halten konnte.

Ludendorff bezeichnete den 8. August 1918 später als den "Schwarzen Tag des deutschen Heeres".

Erich Maria Remarque (1898-1970, deutscher Schriftsteller, Soldat im Ersten Weltkrieg) berichtete später in seinem Roman "Im Westen nichts Neues" über die Schlußkämpfe an der Westfront (x105/154-155): >>... Unsere Linien werden zurückgenommen. Es gibt drüben zu

viele englische und amerikanische Regimenter. Es gibt zu viel Corned beef und weißes Weizenmehl. Und zu viel neue Geschütze. Zu viel Flugzeuge.

Wir aber sind mager und ausgehungert. Unser Essen ist so schlecht und mit so vielen Ersatzmitteln gestreckt, daß wir krank davon werden. Die Fabrikbesitzer in Deutschland sind reiche Leute geworden – uns zerschneidet die Ruhr die Därme. Die Latrinestangen sind stets dicht gehockt voll; - man sollte den Leuten zu Hause diese grauen, elenden, ergebenen Gesichter hier zeigen, diese verkrümmten Gestalten, denen die Kolik das Blut aus dem Leibe quetscht und die höchstens mit verzerrten, noch schmerzbebenden Lippen sich angrinsen: "Es hat gar keinen Zweck, die Hose wieder hochzuziehen –"

Unsere Artillerie ist ausgeschossen – sie hat zu wenig Munition – und ihre Rohre sind so ausgeleiert, daß sie unsicher schießen und bis zu uns herüberstreuen. Wir haben zu wenig Pferde. Unsere frischen Truppen sind blutarme, erholungsbedürftige Knaben, die keinen Tornister tragen können, aber zu sterben wissen. Zu Tausenden. Sie verstehen nichts vom Kriege, sie gehen nur vor und lassen sich abschießen. Ein einziger Flieger knallte aus Spaß zwei Kompanien von ihnen weg, ehe sie etwas von Deckung wußten, als sie frisch aus dem Zuge kamen.

...

Die Tanks sind vom Gespött zu einer schweren Waffe geworden. Sie kommen, gepanzert, in langer Reihe gerollt und verkörpern uns mehr als anderes das Grauen des Krieges.

Die Geschütze, die uns das Trommelfeuer herüberschicken, sehen wir nicht, die angreifenden Linien der Gegner sind Menschen wie wir – aber diese Tanks sind Maschinen, ihre Kettenbänder laufen endlos wie der Krieg, wenn sie fühllos in Trichter hineinrollen und wieder hochklettern, unaufhaltsam, eine Flotte brüllender, rauchspeiender Panzer, unverwundbare, Tote und Verwundete zerquetschende Stahltiere – wir schrumpfen zusammen vor ihnen in unserer dünnen Haut, vor ihrer kolossalen Wucht werden unsere Arme zu Strohhalmen und unsere Handgranaten zu Streichhölzern.

Granaten, Gasschwaden und Tankflottillen – Zerstampfen, Zerfressen, Tod.

Ruhr, Grippe, Typhus – Würgen, Verbrennen, Tod.

Graben, Lazarett, Massengrab – mehr Möglichkeiten gibt es nicht. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Verlauf des Ersten Weltkrieges von 1914-1918 (x068/190-194): >>... In den ersten fünf Wochen des Krieges schien es, als sei der Sieg Deutschlands fast sicher. Der Schlieffenplan - nach der durch Nachfolger Moltke veränderten Vernichtungsstrategie des preußischen Generalfeldmarschalls praktiziert - lief ab wie auf dem Papier. Und in den letzten zwei Kriegsjahren wurde das deutsche Heer durch Materialmangel nie ernsthaft behindert. Ja, die Pulverproduktion, die zunächst seine Schlagkraft beeinträchtigt hatte, erklomm im Oktober 1918 den Höchststand.

Bei den Westmächten aber folgt im vorletzten Jahr des Krieges ein Mißerfolg und Rückschlag dem anderen. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg Deutschlands - am 31. Januar 1917 (den USA) angekündigt, am 1. Februar begonnen - kulminierte bald. Die deutschen U-Boote schickten Schiff um Schiff auf den Meeresgrund, monatlich 500.000 bis 600.000 Tonnen, von Februar bis September 1917 beinahe 4,7 Millionen Tonnen, im ganzen Jahr 1917 rund 6.500.000 Tonnen, während die Alliierten nur 2.700.000 bauten.

"Sie werden gewinnen", sagte der britische Admiral Sir John Jellicoe zu US-Admiral Sims, "wenn wir unsere Verluste nicht aufhalten können - und zwar sehr schnell". Die Lebensmittelversorgung wird prekär: England hat im April 1917 Vorräte für nur noch zwei Monate.

Die französischen Offensiven scheitern, Meutereien beginnen. Die britische Somme-Offensive bricht zusammen.

Wichtige Verbündete scheiden mehr oder weniger aus. Rußland ist am Ende und kapituliert (wenn auch die faktische Beendigung des Kampfes für die Mittelmächte zu spät kommt, weil

die USA eben schon in den Krieg eingetreten waren). Die im Süden angreifenden Italiener erleiden im Oktober 1917 eine katastrophale Niederlage, die Mittelmächte durchstoßen die Isonzofront. Italien, Frankreich und England bitten um sofortige militärische Hilfe, und Wilson erklärt prompt auch Österreich-Ungarn den Krieg, da die Donaumonarchie "augenblicklich nicht ihr eigener Herr sei, sondern Vasall der deutschen Regierung".

Gewiß waren die Kräfteverhältnisse auch ohne Amerikas Eingreifen zugunsten der Entente, war sie an Menschen und Material überlegen. Im Herbst 1916 treffen auf 7.345.000 Soldaten der Mittelmächte 14.308.000 der Entente, auf 20.042 Maschinengewehre der Mittelmächte 76.276 der Entente, auf 1.200 Flugzeuge der Mittelmächte 3.163 der Entente. Aber der britische Marschall Douglas Earl of Haig betonte mit Recht am 25. Oktober 1918 gegenüber Marschall Foch: "Germany is not broken in a military sense".

Gewiß drohte auch Deutschland der Ermattungsstrategie seiner Gegner zu erliegen. Konnte es doch nicht, wie sie, wichtige Bedarfsgüter aus Übersee beziehen. Und gerade die an sich großen Erfolge seiner Rüstungsproduktion nach 1916 führten zu immer ernsteren Funktionsstörungen der deutschen Volkswirtschaft insgesamt.

Doch die deutschen Armeen standen noch nach der Niederlage auf französischem Boden. Und ohne die militärische Intervention der Vereinigten Staaten, die eine Division nach der anderen an die Fronten warfen, die in dem Augenblick in den Krieg eintraten, als die Alliierten ihn zu verlieren drohten, hätten sie ihn wohl auch verloren - wie wahrscheinlich ebenso den Zweiten Weltkrieg. Jedenfalls veränderte erst der Kriegseintritt der USA das Kräfteverhältnis entscheidend. Er machte die Blockade gegen die Mittelmächte weltweit wirksam, auch China und lateinamerikanische Staaten erklärten jetzt Deutschland zumindest formal den Krieg.

Zwar waren die USA, versessen auf das große Geschäft, weniger vorbereitet, den Krieg zu führen, als darauf, jene, die ihn führten, zu schröpfen. Kriegsminister Newton D. Baker, wie sein Chef Pazifist, hatte nur ein stehendes Heer von allenfalls 300.000 Mann, Nationalgarde und Reserve eingeschlossen. Doch wie der Chef bezwang auch Baker seinen Abscheu vor jedem Militarismus. Schon im Mai 1917 verfügte man die Wehrpflicht, schon im Juni wurden zehn Millionen Mann gemustert.

Und ... (im Juni) 1917 landeten die ersten Amerikaner unter John J. Pershing, dem Oberkommandierenden des Expeditionsheeres, in Europa. Der General hatte bereits Erfahrungen in Kuba gesammelt, auf den Philippinen, beim Raubkrieg in Mexiko. Und war sein Erscheinen gewiß auch noch keine materielle Hilfe, so doch eine starke "moralische".

Immer neue US-Einheiten wurden nach Frankreich verschifft, auf englisch-amerikanischen Truppentransportern, wovon infolge des hervorragenden Geleitschutzes angeblich nur zwei torpediert worden sind und nur ein einziges Schiff sank. Während der Offensive in der Champagne griffen bereits acht US-Divisionen ein.

Im September stürmte die Erste amerikanische Armee unter Pershings persönlichem Befehl die Höhe Saint-Mihiel, eroberte 443 Kanonen und machte 16.000 Gefangene. Und Ende 1918 beliefen sich die Expeditionstruppen auf mehr als zwei Millionen Mann, auf 42 Infanterie-Divisionen (die allerdings, um Zeit und Schiffsraum zu sparen, erst in Europa ausgerüstet worden sind). Insgesamt dienten im November 1918 fast 4.800.000 amerikanische Männer und Frauen in der Armee, und 24,2 Millionen hatte das Selective Service Act bereits im Mai 1918 für den Militärdienst erfaßt.

Wie entscheidend Amerikas Kriegseintritt war, zeigt auch die Versorgung Frankreichs mit Nahrungsmitteln. Seine Getreideernte fiel von ihrem Durchschnitt von 8,5 Millionen Tonnen in den unmittelbaren Vorkriegsjahren auf 3,1 Millionen Tonnen 1917. Einmal hatte selbst die französische Armee Getreidevorräte nur noch für zwei Tage. Die Zufuhr aus Übersee verhin-derte die Katastrophe.

Bis November 1918 befördern alliierte Handelsschiffe nicht weniger als 4,4 Millionen Tonnen

Nachschubgüter nach Frankreich. Selbst die französische Industrie, die eigentliche Waffenschmiede der Alliierten im Ersten Weltkrieg, geriet zeitweise "ins Stolpern", doch erhielt man knapp werdende kriegswichtige Güter von Großbritannien oder den Vereinigten Staaten.

Gerade die Käufe in Übersee ermöglichten es den Franzosen, ihre eigenen Ressourcen in großem Umfang auf die Rüstungsproduktion und den Kampf an der Front zu konzentrieren. Fast alle Geschütze und Tanks der Expeditionstruppen stammten von den Franzosen, ebenso zehn Millionen 7,5-cm-Granaten und 4.791 von insgesamt 6.287 Flugzeugen.

Es ist klar, zu den größten Kriegsgewinnlern, neben den Finanziers, gehörte die Kriegsindustrie auf allen Seiten. Also hatte auch sie wohl, neben den Finanziers, das größte Interesse gehabt, den Kriegsausbruch zu betreiben. ...

In Frankreich übernahm schließlich statt des Kriegsministers das Rüstungsministerium unter Étienne Clémentel die Führung bei der Koordinierung der Kriegsproduktion. Eine ökonomische Kooperation zwischen Frankreich, England und Italien begann, die auch im Frieden das industrielle Übergewicht dieser Staaten über Deutschland sichern sollte.

Doch die USA fürchteten diesen entstehenden Wirtschaftsblock, und nach ihrem Eintritt in den Krieg mußte Clémentel seine Pläne mit Rücksicht auf den amerikanischen Argwohn und die amerikanische Industrie begraben.<<

Da die drohende Niederlage unabwendbar und die Fortführung des Krieges aussichtslos war, drängte die Oberste Heeresleitung den Kaiser und die deutsche Reichsregierung am 14. August 1918, Friedensverhandlungen einzuleiten (x099/44).

Kaiser Wilhelm II. erklärte danach am 14. August 1918 vor hohen Generälen und Beamten (x059/26): >>Der Krieg muß beendet werden! ...<<

Das Protokoll der Sitzung des Kronrats vom 14. August 1918 lautete wie folgt (x237/239):

>>Der Reichskanzler ausführt die innere Lage. Stimmung kriegsmüde – Ernährung unzureichend, noch schlimmer Bekleidungsmangel, Wahlrechtsreform ...

Der Staatssekretär (Außenminister) äußert sich über die äußere Lage. Die Siegeszuversicht des Feindes und sein Kriegswille seien zur Zeit gehobener denn je.

Der Grund seien zum Teil die letzten militärischen Erfolge im Westen; der Hauptpunkt aber sei die ursprüngliche und stets zunehmende Überzeugung, daß die Alliierten mit ihren vergleichsweise unerschöpflichen Reserven an Menschen, Rohstoffen und Fabrikaten allein mit der Zeit die verbündeten Zentralmächte zerschmettern müßten. Nach Ansicht unserer Feinde arbeitet die Zeit für sie. ...

Verbündete: Österreich erklärt, ... daß es am Ende seiner Kräfte angelangt sei. ...

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres hat die kriegerische Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen unserer Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürfen. ...<<

Gemäß alter Habsburger Tradition versuchte der österreichische Kaiser Karl I. noch rechtzeitig, das "sinkende Schiff" zu verlassen. Er bat US-Präsident Wilson am 14. August 1918 um separate Friedensverhandlungen, aber alle österreichischen Versprechungen und Geheimverhandlungen waren letzten Endes vergeblich (x041/72).

Ein Zeitzeuge schrieb am 19. August 1918 über die allgemeine Stimmung in Bayern (x267/302): >>... Keiner glaubt mehr, daß wir den Krieg gewinnen. Alle wissen, daß wir ihn verloren haben, und doch rückt keiner mit der Sprache heraus.

Wir sind gereizt, sogar, wenn der andere dieselbe Meinung äußert, die wir im stillen selbst hegen; als wären wir abergläubisch, daß sie nicht ausgesprochen werden dürfe. Wir gehen gereizt und verstimmt auseinander, wenn wir es uns auch nicht einzugestehen wagen.

Auch in Gesellschaft sind wir allein mit unseren Gedanken und Befürchtungen. ...<<

Die Postüberwachungsstelle berichtete Ende August 1918 über die Stimmung der deutschen Soldaten (x256/35): >>Die Briefschreiber haben sich mit der nackten Tatsache "Wir können

nicht siegen" abgefunden und knüpfen daran sogar zum Teil die Anschauung, daß Deutschland unterliegen müsse. Ein Gefühl der Vaterlandsliebe wird in den Briefen fast gar nicht geäußert.<<

Im August 1918 landeten weitere US-Marinetruppen in Wladiwostok.

Lenin forderte am 5. September 1918 die Einrichtung von "Konzentrationslagern" und "summarische Erschießungen".

Die Tscheka (von 1917-1922 staatliche Geheimpolizei der Bolschewisten) richtete danach innerhalb von 2 Monaten etwa 10.000-15.000 Menschewiken, Adelige, Offiziere, Polizisten, Verwaltungsbeamte und sonstige "Staatsfeinde" hin (x087/125).

US-Präsident Wilson lehnte separate Friedensverhandlungen mit Österreich-Ungarn am 14. September 1918 ab (x041/72).

Der bolschewistische Parteiführer Grigorij Sinowjew (1883-1936, eigentlicher Name: Hirsch Apfelbaum, hingerichtet) forderte am 19. September 1918 in der Zeitung "Sernawaja Komuna", daß von den 100 Millionen Einwohnern Rußlands etwa 10 Millionen durch den eigenen sozialistischen Terror vernichtet werden müßten (x046/189, x087/125).

Masaryk (Staatspräsident) und Benesch (Außenminister) bildeten am 26. September 1918 in Paris eine provisorische tschechoslowakische Regierung.

Frankreich, England, Italien und die USA erkannten am 26. September 1918 in Pittsburg die Selbständigkeit der Tschechoslowakei an.

US-Präsident Wilson warb am 27. September 1918 in einer Rede in New York für einen dauerhaften Frieden (x149/6): >>Wenn es wirklich und wahrhaftig das gemeinsame Ziel der gegen Deutschland verbündeten Regierungen und der Länder, die sie regieren, ist, durch die kommenden Regelungen ... einen sicheren und dauerhaften Frieden zu erzielen, wird es notwendig sein, daß alle ... bereit und gewillt sind, den Preis zu bezahlen, den einzigen Preis, der den Frieden herbeiführt ...

Dieser Preis ist unparteiische Gerechtigkeit in jedem Punkt der Regelungen, ganz gleich, wessen Interessen berührt werden, und ... die Zustimmung der einzelnen Völker, deren Schicksal betroffen ist.<<

Ein Staatssekretär des Auswärtigen Amtes informierte die deutsche Regierung am 29. September 1918 über ein Gespräch mit General Ludendorff (x191/21): >>General Ludendorff legte die militärische Lage dar; er ließ die Darlegung in der Erklärung gipfeln: die Lage der Armee bedinge sofortigen Waffenstillstand, um einer Katastrophe vorzubeugen. ... Sieg wäre ausgeschlossen.<<

Der deutsche Reichskanzler Georg Graf Hertling wurde am 30. September 1918 entlassen.

Der bayerische Schriftsteller und Literaturkritiker Josef Hofmiller (1872-1933) berichtete über der Stimmung der Bevölkerung im September 1918 (x149/31): >>Alles ist seelisch erschüttert.

Erschüttert ... (sind) 1. der Arbeiter, 2. die Bauern, 3. eigentlich hätte ich sagen sollen 1. das Militär, 4. die Frauen, 5. alle Angestellten, 6. alle Beamten, 7. die Presse.

Die Demobilisierung hat bei den Gemütern begonnen. ... Die Stimmung ist früher da als die Ereignisse. Keine Hemmungen, keine Dämme, die Stimmung im Land ist furchtbar.

Wer glaubt denn noch an einen guten Ausgang? ...<<

Im September 1918 kämpften etwa 900.000 Europäer, Japaner und Nordamerikaner sowie weißrussische und mongolische Truppen gegen die Bolschewisten (x068/190).

Die deutsche Regierung berichtete über ein Telegramm der deutschen Heeresleitung vom 1. Oktober 1918 (x243/10): >>General Ludendorff bat, ... seine dringende Bitte zu übermitteln, daß unser Friedensangebot sofort hinausgehe.

Heute halte die Truppe, was morgen geschehen könne, sei nicht vorauszusehen. ...<<

Kaiser Wilhelm II. schrieb am 1. Oktober 1918 an einen Vertrauten (x191/24): >>Ich denke

gar nicht daran, wegen der paar 100 Juden und der 1.000 Arbeiter den Thron zu verlassen. ... Und das sage ich Ihnen, wenn nur das Geringste passiert, dann schreib' ich denen die Antwort mit Maschinengewehren auf die Pflaster, und wenn ich mir mein eigenes Schloß zerschiesse; aber Ordnung soll sein!<<

Die deutsche Heeresleitung (Generalfeldmarschall von Hindenburg) teilte der deutschen Regierung am 3. Oktober 1918 per Telegramm den bevorstehenden Zusammenbruch mit (x191/21-22): >>Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, dem 29. September 1918, gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedenangebotes an unsere Feinde bestehen. Infolge ... der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feind den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue frische Reserven in die Schlacht.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.<<

Prinz Max von Baden (1867-1929) wurde am 3. Oktober 1918 zum Reichskanzler ernannt. Er bildete danach eine Regierung der Mehrheitsparteien (Sozialdemokraten, Links- und National-liberale, Zentrum).

Der letzte Reichskanzler des deutschen Kaiserreiches, Prinz Max von Baden, unterbreitete US-Präsident Wilson in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober 1918 ein deutsches Waffenstillstandsangebot, auf der Grundlage des 14-Punkte-Programms (x243/12): >>Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen. ...

Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen ... aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. ...<<

Österreich-Ungarn trat dem deutschen Waffenstillstandsangebot am 4. Oktober 1918 bei.

Das provisorische österreichische Parlament erklärte am 6. Oktober 1918 (x028/43): >>Wir erkennen das Selbstbestimmungsrecht der slawischen und romanischen Nationen Österreichs an und nehmen das gleiche Recht für das Volk Österreichs in Anspruch ...

Wir erklären, daß sich das deutsche Volk Österreichs mit allen Mitteln dagegen wehren wird, daß seine staatsrechtliche Stellung oder diejenige eines seiner Teile über seinen Kopf hinweg durch die Staatsgewalt oder das Schwert eines fremden Eroberers bestimmt wird. Jedem solchen Versuch gegenüber wird das deutsche Volk in Österreich sein unbeschränktes Selbstbestimmungsrecht mit allen Mitteln verteidigen.<<

Der spätere Außenminister Walther Rathenau lehnte das deutsche Waffenstillstandsangebot als übereilt ab und forderte am 7. Oktober 1918 in der "Vossischen Zeitung" zum "Letzten Aufgebot" auf (x267/312-313, x1.142): >>Kommt die unbefriedigende Antwort, die den Lebensraum uns kürzt, so müssen wir vorbereitet sein. Die nationale Verteidigung, die Erhebung des Volkes muß eingeleitet, ein Verteidigungsamt errichtet werden. Beides tritt nur dann in Kraft, wenn die Not es fordert, wenn man uns zurückstößt; doch darf kein Tag verlorengehen. Das Amt ist keiner bestehenden Behörde anzugliedern, es besteht aus Bürgern und Soldaten und hat weite Vollmacht. Seine Aufgabe ist dreifach.

Erstens wendet es sich in einem Aufruf an das Volk, in einer Sprache der Rückhaltlosigkeit und Wahrheit. Wer sich berufen fühlt, mag sich melden, es gibt ältere Männer genug, die gesund, voll Leidenschaft und bereit sind, ermüdeten Brüdern an der Front mit Leib und Seele zu helfen.

Zweitens müssen alle die Feldgrauen zur Front zurück, die man heute in Städten, auf Bahnhöfen und in Eisenbahnen sieht, wenn es auch für manchen hart sein mag, den schwerverdienten

Urlaub zu unterbrechen.

Drittens müssen in Ost und West, in Etappen und im Hinterland aus Kanzleien, Wachtstuben und Truppenplätzen die Waffentragenden ausgesiebt werden. Was nützen uns heute noch Besatzungen und Expeditionen in Rußland? Schwerlich ist in diesem Augenblick mehr als die Hälfte unserer Truppen an der Westfront. Einer erneuten Front werden andere Bedingungen geboten als einer ermüdeten. Wir wollen nicht Krieg, sondern Frieden. Doch nicht den Frieden der Unterwerfung. ...<<

Roman Dmowski (1864-1939, Führer der antisemitischen und antideutschen polnischen Nationaldemokraten) verlangte am 8. Oktober 1918 die polnischen Grenzen von 1772 und forderte die Abtretung von Ost- und Westpreußen, Oberschlesien, von großen Teilen Mittelschlesiens sowie die Eingliederung dieser "unzweifelhaft polnisch besiedelten Gebiete" (x070/146).

US-Präsident Wilson lehnte am 8. Oktober 1918 das deutsche Waffenstillstandsangebot und jegliche Friedensverhandlungen ab (x243/12): >>... (Kein) Waffenstillstand ... solange die fremden Heere auf (fremdem) Boden stehen. ...<<

Der Bund der Deutschen in Böhmen protestierte am 13. Oktober 1918 (x206/25): >>Die deutschen Gebiete in Böhmen dürfen nie und nimmer einem tschechoslowakischen Staat einverleibt werden ...<<

Trotz der ausweglosen militärischen Lage weigerte sich die deutsche Heeresleitung am 14. Oktober 1918, eine Kapitulation ohne verbindliche Zusagen abzuschließen.

Wilson forderte am 14. Oktober 1918, mit äußerster Schärfe gegen die Kriegsverursacher vorzugehen (x063/502): >>...Vernichtung jeder militärischen Macht überall, welche es in Händen hat, allein, geheim und auf eigene Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht. ...<<

Als Ungarn nachträglich über die österreichischen Geheimverhandlungen vom 14. September 1918 informiert wurde, kam es am 17. Oktober 1918 zum endgültigen Bruch mit Österreich.

Ungarn proklamierte am 17. Oktober 1918 die Unabhängigkeit und am 16.11.1918 die Gründung der Republik Ungarn (x041/72).

US-Präsident Wilson beantwortete am 20. Oktober 1918 das österreichisch-ungarische Waffenstillstandsangebot vom 4. Oktober 1918. Er forderte, daß die Selbständigkeitswünsche der Völker der Monarchie anerkannt werden müssen (x041/72).

Die provisorische österreichische Nationalversammlung erklärte am 21. Oktober 1918 (x028/-43): >>Das deutsche Volk in Österreich ist entschlossen, seine künftige staatliche Ordnung selbst zu bestimmen, einen selbständigen deutsch-österreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu den anderen Nationen durch freie Vereinbarungen mit ihnen zu regeln.

Der deutsch-österreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere aber auch in den Sudetenländern. ...

Jeder Annexion von Gebieten, die von deutschen Bauern, Arbeitern oder Bürgern bewohnt werden, durch andere Nationen wird sich der deutsch-österreichische Staat widersetzen ...<<

Die sudetendeutschen Abgeordneten erklärten während dieser Sitzung (x028/43): >>Wir, vom deutschen Volk Böhmens auf Grund des allgemeinen gleichen und unmittelbaren Wahlrechts gewählte Abgeordnete, haben uns zu dieser vorläufigen Landesversammlung vereinigt, um auf Grund des allgemein anerkannten Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Beschlüsse der deutsch-österreichischen Nationalversammlung in unserem Siedlungsgebiet eine geordnete Verwaltung aufzurichten und so unser Volk vor Fremdherrschaft und wirtschaftlichem Elend zu bewahren ...

... Die Provinz Deutschböhmen steht somit zu gleichen Rechten und Pflichten den übrigen Ländern Deutsch-Österreichs zur Seite und gelobt, deren Schicksal mit unverbrüchlicher Ge-

meinschaft und Treue zu teilen.<<

US-Präsident Wilson forderte in der dritten Note vom 23. Oktober 1918 den Rücktritt des deutschen Kaisers, um Friedensverhandlungen zu ermöglichen (x243/12): >>(Der) Waffenstillstand (muß) ... eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschland unmöglich ... machen. ...

Die ... Vereinigten Staaten (werden nur) ... mit Vertretern des deutschen Volkes verhandeln. ... Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, ... kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben. ...<<

Am 24. Oktober 1918 wurde in Preußen das seit 1849 gültige Dreiklassenwahlrecht aufgehoben und durch ein "gleiches Wahlrecht" ersetzt.

Nach dem Abzug der ungarischen Truppen brachen am 24. Oktober 1918 die italienischen Truppen an der unteren Piave (Fluß in Norditalien) durch die österreichische Front.

Am 28. Oktober 1918 wurde die deutsche Reichsverfassung per Gesetz geändert (x243/12): >>... Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages erforderlich.

Friedensverträge sowie ... Verträge mit fremden Staaten ... bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags. ...

Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Der Reichskanzler trägt die Verantwortung für alle Handlungen von politischer Bedeutung, die der Kaiser ... vornimmt. Der Reichskanzler und sein Stellvertreter sind für ihre Amtsführung dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich. ...<<

Die Tschechoslowakische Republik (Tschechoslowakei) bzw. Ceskoslovenska Republica (CSR) wurde am 28. Oktober 1918 offiziell in Prag gegründet.

Ceskoslovenska Republica (CSR)

Das Kernland des neuen Staates Böhmen war im Mittelalter ein selbständiges Königreich und kam im Jahre 1526 zur habsburgischen Krone.

Im neuen Vielvölkerstaat Tschechoslowakei lebten 1919 rd. 46 % Tschechen, 28 % Deutsche (3,3 Mio), 13 % Slowaken, 8 % Magyaren, 3 % Ukrainer und 2 % sonstige Minderheiten (x061/435). Die Bevölkerung bezifferte sich 1934 auf 15.057.000 Einwohner (x019/79).

In Wien wurden am 29. Oktober 1918 die Provinzen Deutschböhmen und Sudetenland gegründet.

Nach Zerschlagung der türkischen Palästinafront gab das Osmanische Reich den erbitterten Widerstand auf und schloß am 30. Oktober 1918 einen Waffenstillstand.

Im Oktober 1918 geriet Hitler in einen britischen Gasangriff und erblindete vorübergehend. Hitler beendete den Ersten Weltkrieg als Gefreiter in einem Lazarett in Pasewalk/Pommern.

Graf Michael Károlyi gründete am 1. November 1918 eine selbständige ungarische Regierung.

Matrosen der Kriegsmarine riefen am 3. November 1918 in Kiel zum Aufstand auf, der in den folgenden Tagen auch auf viele große deutsche Städte übergriff.

Ein Matrose berichtete damals über die Meuterei der Kriegsflotte in Kiel (x191/22): >>Der Kommandant (des Kriegsschiffes) "Thüringen" sagte: "Wir verfeuern unsere letzten 2.000 Schuß und wollen mit wehender Flagge untergehen." Darauf haben sie (die Soldaten) ihm gesagt, er solle allein losfahren und nun ging der Krach los. ...

Den Zweck haben sie ja erreicht, die Flotte wird in der nächsten Zeit nicht auslaufen, und wenn wir jedenfalls auch darunter leiden müssen, aber unsere Zeit kommt bald, oder der Friede muß bald kommen, sonst machen wir ihn uns selber. Die Marine macht nicht mehr mit. ...<<

Der russische Schriftsteller Nicolai Starikow schrieb später über die deutsche Revolution im November 1918 (x337/147): >>Warum also fand die Revolution statt? Weil sie in Gang gesetzt wurde.

Die gleichen Kräfte, die das russische Reich im Februar und Oktober (1917) zu Boden warfen, standen nun bereit, seinen zweiten geopolitischen Rivalen zu begraben - das Reich Kaiser Wilhelms. Und begraben haben sie es! Der künstliche Zusammenbruch Deutschlands schuf den fruchtbaren Boden für die Nazis. ...<<

Österreich und die Ententemächte schlossen am 3. November 1918 einen Waffenstillstand (x041/77). Damit beendete Österreich den Ersten Weltkrieg genauso eigenmächtig wie es den Krieg eröffnet hatte.

Die "Frankfurter Zeitung" berichtete am 5. November 1918 über die ungewisse Zukunft des deutschen Kaisers (x267/315-317): >>... Denn, was in diesen fünf Wochen vor sich gegangen ist, das ist, nach innen und nach außen, die Liquidation der dreißigjährigen Regierungszeit Kaiser Wilhelms II., oder dessen, was von ihr noch übrig geblieben ist in der fürchterlichen Katastrophe dieses Krieges, die eben auch die Katastrophe des Kaisers ist.

Was wir jetzt erleben, ist Ende und Abschluß: unmöglich schien der Gedanke, daß der Anfang des Neuen, das nun kommen muß, unter demselben Zeichen der Regierung Wilhelms II. (oder seines Sohnes) begonnen werden könnte.

Nicht um die schwere Frage der Schuld handelt es sich dabei in erster Reihe; denn ebenso schuldig wie der Kaiser waren die Jämmerlichen, die ihm knechtisch dienten, statt ihn mannhaft in die Grenzen seiner Rechte und seiner Fähigkeiten zu verweisen.

Aber der Kaiser selbst hat sich vor der ganzen Welt zum Symbol der Politik gemacht, die Deutschland in den Abgrund geführt hat; als sein System hatte diese immer in der Ichform geführte Politik vor der Zeit und vor der Geschichte gelten sollen – so gebietet es die Würde, daß er verzichte, wenn diese furchtbare Politik zusammenbricht.

Was jetzt geschieht, ist das diametrale Gegenteil von dem, was er dreißig Jahre hindurch, nur allzu oft und allzu laut, als seinen Glauben bekundet, gelehrt, gehandelt hat. Wohl bekundet er jetzt, daß es ihm ernst sei auch mit dem Neuen, und wir achten in dieser Bekundung die späte Einsicht – aber kann der Sechzigjährige wirklich selbst glauben, daß er nochmals berufen sei, uns herrlichen Zeiten entgegenzuführen?<<

Die deutsche Waffenstillstandskommission wurde am 5. November 1918 durch Marschall Foch empfangen.

In Berlin verlangte die SPD am 7. November 1918 den sofortigen Rücktritt des Kaisers.

Der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert erklärte während eines Gespräches mit Reichskanzler Prinz Max von Baden (x149/33): >>... Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Aber ich will sie nicht. Ja ich hasse sie wie die Sünde.<<

In München brach am 7. November 1918 eine Revolution aus. Als in München ein Soldaten-, Arbeiter- und Bauernrat gebildet wurde, floh der König von Bayern.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Berlin forderte am 8. November 1918 die Einführung eines Rätestaates (x243/19): >>Wir fordern nicht Abdankung einer Person, sondern (die) Republik! Die sozialistische Republik mit allen ihren Konsequenzen. ...

Heraus aus den Betrieben, heraus aus den Kasernen! ...<<

Der radikale USPD-Politiker Kurt Eisner (1867-1919) proklamierte am 8. November 1918 in München die Räterepublik Bayern.

Ernst F. Däumig (1866-1922, Journalist und USPD-Politiker) setzte sich damals für die Einführung des Räteystems ein (x149/34): >>... Wie der Sozialismus als neues Grundprinzip der Welt aufzieht, so ist selbstverständlich damit auch verbunden, daß (der) bürgerlichen Demokratie die proletarische Demokratie folgen muß: wie sie ihren organisatorischen Ausdruck in dem Räteystem findet. ...

Ich weiß, daß diesem System der Ludergeruch des Bolschewismus anhaftet ... Die Diktatur ist zweifellos mit dem Räteystem verbunden; aber was in Rußland geschehen ist, braucht nicht in Deutschland nachgeahmt zu werden.<<

Der damalige Kölner Erzbischof Felix Kardinal von Hartmann (1851-1919, ein persönlicher Freund des deutschen Kaisers Wilhelm II.) schrieb am 8. November 1918 an den damaligen Münchener Erzbischof Eugenio Pacelli, den späteren Papst Pius XII. (x340/116): >>Seine Majestät der Kaiser läßt mir soeben mitteilen, daß nach ihm gestern zugegangenen Nachrichten der Groß-Orient beschlossen habe, zunächst alle Souveräne in erster Linie ihn, den Kaiser, abzusetzen etc. und schließlich eine Weltrepublik unter Führung des amerikanischen Großkapitals auf den Trümmern der bisherigen bürgerlichen Gesellschaft aufzurichten. Die deutschen Freimaurer seien dem Kaiser treu (was sehr zu bezweifeln ist!) und hätten ihn das wissen lassen. ...

Ich habe geglaubt, verpflichtet zu sein, dies Euer Excellenz zur Kenntnis zu bringen, und muß Eurem weisen Ermessen überlassen, ob ihr die Mitteilung nach Rom weitergeben wollt. Das stürmische Verlangen der Sozialdemokraten, der Kaiser solle abdanken, gibt der Nachricht eine gewisse Bestätigung. ...<<

Die deutsche Waffenstillstandskommission (Verhandlungsführer: Matthias Erzberger, ab 1919 Finanzminister, wurde später als "Novemberverschörer" von Rechtsradikalen ermordet) verhandelte vom 8. bis zum 11. November 1918 in Compiègne (französische Stadt an der Aisne) über die Waffenstillstandsbedingungen.

Marschall Ferdinand Foch (1851-1921, französischer Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte) lehnte während der rücksichtslosen Verhandlungen fast alle Änderungswünsche der Deutschen ab.

In Berlin brach eine Revolution aus. Am Morgen rief der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat zum Generalstreik auf. Trotz Massendemonstrationen von Arbeitern und Soldaten erhielt das Militär um 13 Uhr Schießverbot.

Reichskanzler Prinz Max von Baden gab am 9. November 1918 eigenmächtig, ohne die Zustimmung des Kaisers, den Rücktritt des deutschen Kaisers Wilhelm II. bekannt und trat danach ebenfalls zurück.

Die 2. Extraausgabe der SPD-Zeitung "Vorwärts" (Berliner Volksblatt) berichtete am 9. November 1918 (x256/38): >>Der Kaiser hat abgedankt!

Der Reichskanzler hat folgenden Erlaß herausgegeben:

Seine Majestät der Kaiser und König haben sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.

Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte; bis die mit der Abdankung Seiner Majestät, dem Thronverzicht Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind.

Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen der Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsgebende Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volks einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler.

Prinz Max von Baden.

Es wird nicht geschossen!

Der Reichskanzler hat angeordnet, daß seitens des Militärs von der Waffe kein Gebrauch gemacht werde.<<

Philipp Scheidemann (1865-1939, SPD-Politiker, ab 1903 Mitglied des Reichstages, seit Fe-

bruar 1919 erster Ministerpräsident der Weimarer Republik, lehnte die Unterzeichnung des Versailler Vertrages ab und trat Juni 1919 als Ministerpräsident zurück, von 1920-1933 Mitglied des Reichstages) rief am 9. November 1918 die Deutsche Republik aus.

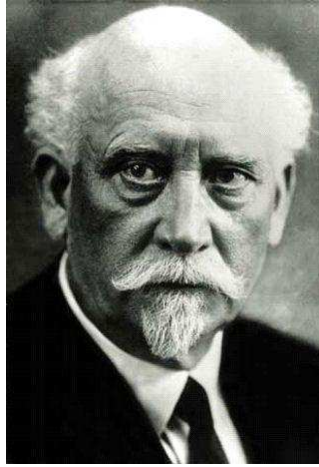


Abb. 53 (x051/514): Philipp Scheidemann

Philipp Scheidemann verkündete am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und übertrug die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25): >>Arbeiter und Soldaten!

Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das Alte, Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt. Die Hohenzollern haben abgedankt!

Es lebe die Deutsche Republik!

Der Abgeordnete Ebert ist zum Reichskanzler ausgerufen worden. Ebert ist damit beauftragt worden, eine neue Regierung zusammenzustellen. Dieser Regierung werden alle sozialistischen Parteien angehören.

Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen glänzenden Sieg, diesen vollen Sieg des deutschen Volkes nicht beschmutzen zu lassen, und deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß keine Störung der Sicherheit eintrete!

Wir müssen stolz sein können, in alle Zukunft auf diesen Tag! Ruhe, Ordnung und Sicherheit das ist das, was wir jetzt brauchen! ...

Es lebe die Deutsche Republik!<<

Der neue Reichskanzler Friedrich Ebert forderte am 9. November 1918 die Bevölkerung in einer schriftlichen "Kundgebung" zur Ruhe und Ordnung auf (x256/67):

>>Mahnung zur Ruhe und Ordnung!

Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler, Prinz Max von Baden, hat mir unter Zustimmung sämtlicher Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriffe, die neue Regierung im Envernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Öffentlichkeit in Kürze berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger!

Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unserer harret. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören, es muß erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr

in die Städte nicht zu verhindern, sondern zu fördern. Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderung und Not mit Elend für Alle. Die Ärmsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten betroffen werden.

Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich auf das Schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger!

Ich bitte euch dringend, verlaßt die Straßen! Sorgt für Ruhe und Ordnung!

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler

Ebert.<<

Die Unabhängigen Sozialdemokraten (der Spartakusbund und andere radikale Gruppen) verlangten am 9. November 1918 die Errichtung eines Rätestaates nach dem Vorbild Sowjet-Rußlands. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Karl Radek, die tatkräftigen und zielbewußten Anführer der Spartakisten, forderten die sofortige Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft.

Der Spartakusbund-Mitbegründer Karl Liebknecht proklamierte am 9. November 1918, um 16 Uhr, vom kaiserlichen Schloß in Berlin die "Freie Sozialistische Republik Deutschland" (x191/25-26): >>Der Tag der Revolution ist gekommen ...

Die Herrschaft der Hohenzollern, die in diesem Schloß jahrhundertlang gewohnt haben, ist vorüber. In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland, ... die alle Stämme umfassen soll, in der es keine Knechte geben wird, in der jeder ehrliche Arbeiter den ehrlichen Lohn seiner Arbeit finden wird. Die Herrschaft des Kapitalismus, der Europa in ein Leichenfeld verwandelt hat, ist gebrochen. ...

Wenn auch das Alte niedergerissen ist, dürfen wir doch nicht glauben, daß unsere Aufgabe getan sei. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf.<<

Der "Vorwärts" (Zentralorgan der SPD) berichtete in der 3. Extraausgabe am 9. November 1918 (x149/33): >>Arbeiter, Soldaten, Mitbürger!

Der freie Volksstaat ist da!

Kaiser und Kronprinz haben abgedankt! Fritz Ebert der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, ist Reichskanzler geworden und bildet im Reiche und in Preußen eine neue Regierung aus Männern, die das Vertrauen des werktätigen Volkes in Stadt und Land, der Arbeiter und Soldaten haben. Damit ist die öffentliche Gewalt in die Hände des Volkes übergegangen.

Eine verfassunggebende Nationalversammlung tritt schnellstens zusammen.

Arbeiter, Soldaten, Bürger!

Der Sieg des Volkes ist errungen, er darf nicht durch Unbesonnenheiten entehrt und gefährdet werden. Wirtschaftsleben und Verkehr müssen unbedingt aufrecht erhalten werden, damit die Volksregierung unter allen Umständen gesichert wird.

Folgt allen Weisungen der neuen Volksregierung und ihren Beauftragten. Sie handelt im engsten Einvernehmen mit den Arbeitern und Soldaten.

Hoch die deutsche Republik!

Der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.<<

Die große Mehrheit der SPD lehnte gewaltsame, undemokratische Veränderungen (wie z.B. eine Diktatur der Arbeiterklasse) entschieden ab, deshalb bildete man eine demokratische Republik. Diese neue deutsche Republik war keine Staatsgründung, denn die staats- und völker-

rechtliche Persönlichkeit des Deutschen Reiches änderte sich nicht (x063/512).

Der SPD-Vorstand schrieb am 9. November 1918, abends um 20.30 Uhr, an den Vorstand der USPD (x128/101): >>... Von dem aufrichtigen Wunsch geleitet, zu einer Einigung zu gelangen, müssen wir Ihnen unsere grundsätzliche Stellung zu Ihren Forderungen klarlegen. Sie fordern:

1. Deutschland soll eine sozialistische Republik sein.

Antwort: Diese Forderung ist das Ziel unserer eigenen Politik. Indessen hat darüber das Volk durch die konstituierende Versammlung zu entscheiden.

2. In dieser Republik soll die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein.

Antwort: Ist mit diesem Verlangen die Diktatur eines Teils einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, so müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie unseren demokratischen Grundsätzen widerspricht.

3. Ausschluß aller Mitglieder aus der Regierung.

Antwort: Diese Forderung müssen wir ablehnen, weil ihre Erfüllung die Volksernährung erheblich gefährden, wenn nicht unmöglich machen würde. - -

Es ist von der Einsicht der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu erhoffen, daß sie mit der Sozialdemokratischen Partei noch zu einer Verständigung gelangt.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.<<

Die Abendausgabe des "Berliner Tageblatts" berichtete am 9. November 1918 über die Abdankung des deutschen Kaisers Wilhelm II. (x267/323-324): >>So sicher es ist, daß der von der Höhe herabfallende Stein nicht in der Luft hängen bleiben kann, so sicher stand, nach dem Gesetz der Schwere, seit Wochen diese Lösung der großen Frage fest. Besser wäre es auch hier gewesen, dem Willen des Volkes nicht hinterdrein zu folgen, sondern ihm mit Herrscherwürde voranzugehen.

Aber trifft die Könige die alleinige Schuld, wenn sie zu lange glauben, das ganze Volk sei in liebender Anhänglichkeit um sie geschart? Wann tritt, zwischen huldigenden Bürgermeistern, Ehrenjungfrauen, Spalierenthusiasten, Lakaien und Triariern (altrömische Legionsveteranen), die Wahrheit an sie heran? Und wie sollen sie verstehen, daß plötzlich so mancher, der gestern noch den Roten Adlerorden vierter Klasse glückstrahlend entgegennahm, heute die demokratische Überzeugung möglichst sichtbar ins Knopfloch steckt?

Es ist verzeihlich, wenn sie an eine so schnelle Wandlung nicht glauben wollen, die doch nur dartut, daß selbst in der furchtbarsten geschichtlichen Tragödie die menschliche Komödie unverändert weitergeht.

Wer dem Kaiser nie die Rosen, die aus den Gärten von Byzanz stammen, dargebracht hat, wird in diesem Augenblick verzichten, auf die Schwelle, über die er hinausschreitet, nur Beschuldigungen zu streuen.

Er hat dreißig Jahre lang regiert, und er ist das Opfer von Eigenschaften geworden, die ein Teil seiner Natur waren und von fatalen Persönlichkeiten falscher Ziele ausgebeutet worden sind. Man kann ihn nicht mit wenigen Worten und Strichen zeichnen, denn sein Wesen ist sehr gemischt, und es geht in ihm vieles, was unvereinbar scheint, durcheinander und nebeneinander. Er schien, wie ein moderner Mensch, überall Wissen und Berührung zu suchen, und er war doch offenbar überzeugt, Gott habe ihn und sein Haus zu Sendboten, zu Vollstreckern seines Willens gewählt. ...

Es wäre eine gewaltsame Ungerechtigkeit, zu behaupten, er habe alle Fehler selbst begangen, uns allein so weit gebracht. In der Marokkopolitik hatte Wilhelm II. instinktiv richtiger als Fürst Bülow gesehen. Aber er operierte doch auch mit phantastischer Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse auf eigene Hand. ... Die Reden, die vielen Reden kamen hinzu.

Wilhelm II. war kein "Aldeutscher" er ist von den Aldeutschen lange als ein friedliebender Schwächling angesehen worden, und er hat doch das aldeutsche Vokabularium abwechselnd bereichert und ausgeschöpft. Wie er Berlin mit Statuen anfüllte, so waren seine Reden mit historischen Bildern und Symbolen angefüllt. ... Kriegerische Worte zählten, wenn er sie ausgesprochen hatte, gewöhnlich nicht mehr für ihn. Aber der Eindruck im Ausland blieb.

Kann man behaupten, er habe diesen entsetzlichen Krieg gewollt?

Er war nie der "Attila", dessen blutgieriges, grausames Bild die Ententepresse so rastlos malt. Über den Ursprung dieser Menschheitskatastrophe werden wir sprechen, wenn der Frieden geschlossen sein wird.

Wilhelm II. hat dabei nicht die Rolle des Führenden und Voranschreitenden, sondern nur die Rolle des Gedrängten und Geschobenen gespielt. Seine Ratgeber, verantwortliche und unverantwortliche, hielten, wenn man die Aktion bis ans Ende durchführte, in ihrer Ahnungslosigkeit einen glänzenden diplomatischen Erfolg für gewiß. Andere flüsterten, wenn der Krieg doch einmal kommen müsse, sei es besser, er komme jetzt. Die offizielle Weisheit spielte Vabanque (alles aufs Spiel setzen). Der Kaiser wich schrittweise zurück. Bis zu dem entscheidenden Schritt. ...

Das alles wird später in Ruhe – denn einmal werden wir doch wieder zur Ruhe kommen müssen – besser und gründlicher zu zeigen sein. Wilhelm II. war nicht der alleinige Urheber, aber der Repräsentant einer aberwitzig kurzsichtigen, alle Kräfte und Ideen des Auslands falsch schätzenden Politik, und war das Symbol einer Zeit und eines Geistes, der, in Machtbegehren und Selbstüberhebung, die Katastrophe herbeigeführt hat. Er mußte abdanken, auch wenn die Aufstandsbewegung im ganzen Land nicht so brausend und unbezwingbar angeschwollen wäre, wie es niemand erwartet hat.

Nur diejenigen sollten ihn heute nicht anklagen, die Hurra gerufen haben, als er ihnen "herrliche Zeiten" und, im August 1914, die glanzvollsten Siege versprach.<<

Der Unternehmer und spätere Außenminister Walther Rathenau schrieb später über die "Novemberrevolution 1918" (x128/104): >> Mißtrauen gebührt jedem Zufallsgeschenk und jedem Verzweiflungsprodukt.

Nicht eine Kette wurde aufgesprengt durch das Schwellen eines Geistes und Willens, sondern ein Schloß ist durchgerostet. Die Kette fiel ab, und die Befreiten standen verblüfft, hilflos, verlegen und mußten sich wider Willen rühren. Am schnellsten rührten sich, die ihren Vorteil erkannten.

Den Generalstreik einer besiegten Armee nennen wir deutsche Revolution. Die Arbeitsaufnahme einer neuen Versuchsarmee nennen wir die deutsche Gegenrevolution.

Die Arbeiterschaft ließ sich in den Sattel setzen und reitet den alten Streiktrab. Das Volk blieb abseits und wählte ein bürgerliches Parlament. Die verbürgerlichte Sozialdemokratie ließ sich im Bürgerhause bewirten und die Führung aufnötigen. Führung ohne Macht. Die Extremisten laufen neben dem Gaul und peitschen ihn mit der Knute des Bolschewismus.

Kein Wunder, denn nichts war vorbereitet.

Noch vor 5 Jahren wußte die deutsche Sozialdemokratie nicht, ob sie auch nur die parlamentarische Regierungsform ernstlich wünschen sollte. Sie stimmte dem Kriege zu, weil sie fühlte, daß ihre Massen es verlangten. Sie billigten den Unterseekrieg. Noch im letzten Kriegsjahr ließ die Frage des preußischen Wahlrechts die Massen vollkommen gleichgültig. Die beiden russischen Revolutionen von 1917 und der Friede von Brest wurden unbewegt hingenommen. Bis in die Novembertage 1918 gab es keine Revolutionsstimmung, nur Müdigkeit im Lande und Verdrossenheit an der Front.

Die äußere Revolution ist der inneren vorausgeeilt. Deshalb trägt sie schon heute alle entwürdigenden Zeichen des Interessenkampfes. Interessierte Romantik herrscht auf der Rechten, interessierter Radikalismus auf der Linken, und in der Mitte wird um Besitz und Einkommen

gehandelt. Ein spießiges Parlament bürgerlichen Mittelmaßes, verkrampt und erstarrt in unversöhnlichen Gegensätzlichkeiten, entkernt und entgeistet jede seiner Aufgaben und rüstet die Gegenrevolution. Die verbürgte Gefahrlosigkeit radikaler Tiraden ermutigt ungelernete Tribunen, das Pathos ihrer früheren Kriegsberichte und die Schlagworte Sozialisierung und Rätesystem abzustellen.

Das zerfleischte, blutleere Land aber verkommt von Tag zu Tag. Wille und Arbeitskraft sind gebrochen. Widerliche Leidenschaften wachsen, Spekulationen, Genußsucht, Spiel, Bestechung, Müßigkeit und Geschwätz gedeihen, Arbeitsmittel und Werte, Häuser, Felder, Vieh verderben, die Jugend erwächst roh und unwissend. Dämmernde Gleichgültigkeit und Verzagtheit sinkt herab. Zuversicht, Vertrauen und Respekt sind gewesen, der Geist erstickt im endlosen Gerede. ...

Gelingt es nicht, die Revolution aus den Fesseln der Interessen, des Wahns und der Schlagwörter zu reißen, so erleben wir eine aufgeklärte Demokratie der Verlogenheit, des bösen Gewissens und der Unterdrückung, die alles übertrifft, was der alte Westen an verhülltem und beschönigtem Klassen- und Cliquenwesen geschaffen hat.<<

Die deutsche Heeresleitung (Generalfeldmarschall von Hindenburg) telegraphierte am 10. November 1918 an die Deutsche Waffenstillstandskommission (x243/10): >>In den Waffenstillstandsbedingungen muß versucht werden, Erleichterungen ... zu erreichen. ... Gelingt Durchsetzung ... nicht, so wäre trotzdem abzuschließen. ... Flammenden Protest unter Berufung auf Wilson ... erheben. ...<<

Kaiser Wilhelm II. floh am 10. November 1918 nach Holland. Alle deutschen Landesfürsten traten anschließend widerstandslos zurück.

Die Deutschen fühlten sich von der Staatsführung hintergangen. Besonders in der Arbeiterschaft regte sich offene Feindschaft gegen den Kaiser. Der Adel und das Großbürgertum, die größtenteils ebenfalls nicht informiert waren, reagierten ratlos und verwirrt.

Das "Berliner Tageblatt" berichtete am 10. November 1918 über das unrühmliche Ende der Monarchie (x191/26): >>Eine riesige Militärorganisation schien alles zu umfassen, in den Ämtern und Ministerien thronte eine scheinbar unbesiegbare Bürokratie. Gestern früh war das alles noch da, gestern nachmittag existierte nichts mehr davon. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den letzten deutschen Kaiser "Wilhelm II." (x051/645): >>Wilhelm II., geboren in Potsdam, 27.1.1859, gestorben in Doorn (Niederlande) 4.6.1941, deutscher Kaiser und König von Preußen (1888-1918).

Der von starkem monarchischem Sendungsbewußtsein durchdrungene Wilhelm geriet nach der Thronbesteigung rasch in Konflikt mit dem Reichsgründer Bismarck, der im Innern seinem Popularitätsdrang (sozialpolitische Scheinprogressivität) entgegenstand und es nach außen nach Wilhelms Meinung an selbstbewußtem Auftreten fehlen ließ.

Die Nach-Bismarck-Ära war dann auch gekennzeichnet von sozialpolitischen Rückzügen und konzeptlos-martialischem Auftreten. Konnten die innenpolitischen Gegensätze noch durch eine relative Prosperität unter Kontrolle gehalten werden, so führte das außenpolitische Draufgängertum (Flottenrüstung, wechselnde Annäherungen, "Nibelungentreue" zu Wien, naive Taktlosigkeiten) zur außenpolitischen Isolierung des Reiches und in den Ersten Weltkrieg.

Nach dem Sturz der Monarchie ging Wilhelm am 10.11.18 ins holländische Exil, dankte am 28.11.18 ab und setzte auf baldige Restauration in Deutschland. V.a. vom nationalsozialistischen Aufstieg erhoffte er sich die Rückberufung (Januar 31 und Mai 32 Besuche Görings in Doorn), mußte aber nach Hindenburgs Tod (2.8.34) diese Illusion begraben und sprach vom Dritten Reich fortan nur als "Mostrichrepublik" ("braun und scharf").

Beim Einmarsch deutscher Truppen in Holland 1940 war höheren Offizieren der Kontakt mit Wilhelm untersagt, dem aber militärische Ehren bei der Beisetzung gewährt wurden. Den heu-

tigen Leser der Reden und Notizen Wilhelms erstaunt die Ähnlichkeit mit Hitlers Simplifizierungen, nur waren sie im Gegensatz zum Diktator beim Kaiser bloße Pose.<<

Die Spartakisten riefen am 10. November 1918 in Berlin zum Sturz der "Deutschen Republik" auf (x073/100-101): >>Arbeiter und Soldaten!

Eine jahrtausende alte Knechtschaft geht zu Ende; aus den unsäglichen Leiden eines Krieges steigt die neue Freiheit empor. Vier lange Jahre haben die Scheidemänner, die Regierungssozialisten, euch durch die Schrecken eines Krieges gejagt, haben euch gesagt, man müsse "das Vaterland" verteidigen, wo es sich nur um die nackten Raubinteressen des Imperialismus handelte.

Jetzt, da der deutsche Imperialismus zusammenbricht, suchen sie für die Bourgeoisie zu retten, was noch zu retten ist, und suchen die revolutionäre Energie der Massen zu ersticken.

Es darf kein "Scheidemann" mehr in der Regierung sitzen; es darf kein Sozialist in die Regierung eintreten, solange ein Regierungssozialist noch in ihr sitzt. Es gibt keine Gemeinschaft mit denen, die euch vier Jahre lang verraten haben.

Nieder mit dem Kapitalismus und seinen Agenten! Es lebe die Revolution! Es lebe die Internationale!<<

Die "Rote Fahne" veröffentlichte am 10. November 1918 in Berlin das Kampfprogramm der Spartakusgruppe (x128/102):

>>1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der Soldaten, die nicht auf dem Boden der neuen Ordnung stehen; Bewaffnung des Volkes; alle Soldaten und Proletarier, die bewaffnet sind, behalten ihre Waffen.

2. Übernahme sämtlicher militärischen und zivilen Behörden und Kommandostellen durch Vertrauensmänner des Arbeiter- und Soldatenrates.

Übergabe aller Waffen- und Munitionsbestände durch den Arbeiter- und Soldatenrat.

4. Kontrolle über alle Verkehrsmittel durch den Arbeiter- und Soldatenrat.

5. Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit. Ersetzung des militärischen Kadavergehorsams durch freiwillige Disziplin der Soldaten unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates.

6. Beseitigung des Reichstages und aller Parlamente sowie der bestehenden Reichsregierung; Übernahme der Regierung durch den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat bis zur Errichtung eines Reichs-Arbeiter- und Soldatenrates.

7. Abschaffung aller Dynastien und Einzelstaaten; unsere Parole lautet: einheitliche sozialistische Republik Deutschland.

8. Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Deutschland, in deren Hand ausschließlich Gesetzgebung und Verwaltung liegen. Zur Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte schreitet das gesamte erwachsene werktätige Volk in Stadt und Land und ohne Unterschied der Geschlechter.

9. Sofortige Aufnahme der Verbindung mit allen in Deutschland bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten und den sozialistischen Bruderparteien des Auslandes. ...<<

General Wilhelm Groener (1867-1939, seit Oktober 1918 Nachfolger Ludendorffs als Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung, leitete nach dem Kriegsende die Rückführung und Demobilisierung des deutschen Heeres) führte am 10. November 1918 geheime Verhandlungen mit Friedrich Ebert.

General Wilhelm Groener berichtete später über dieses Gespräch mit Friedrich Ebert (x058/-322-323): >>Die Aufgabe der Heeresleitung mußte es jetzt sein, den Rest des Heeres rechtzeitig und in Ordnung, aber vor allem innerlich gesund in die Heimat zu bringen und dem Offizierskorps als dem Träger des Wehrgedankens einen Weg in die neuen Verhältnisse zu ermöglichen.

Die seit Jahrhunderten im preußisch-deutschen Offizierskorps angesammelte moralisch-geistige Kraft mußte in ihrem Kern für die Wehrmacht der Zukunft erhalten werden.

Der Sturz des Kaisertums entzog den Offizieren den Boden ihres Daseins, ihren Sammel- und Ausrichtepunkt. Es mußte ihm ein Ziel gewiesen werden, das des Einsatzes wert war und ihm die innere Sicherheit wiedergab. Es mußte das Gefühl wachgerufen werden der Verpflichtung nicht nur gegenüber einer bestimmten Staatsform, sondern für Deutschland schlechthin. Daß Hindenburg auf seinem Posten blieb und den Oberbefehl über das gesamte Heer übernahm, ja daß dieser ihm vom Kaiser übertragen worden war, machte den Übergang möglich und erleichterte ihn.

Das Offizierskorps konnte aber nur mit einer Regierung zusammengehen, die den Kampf gegen den Radikalismus und Bolschewismus aufnahm. Dazu war Ebert bereit, aber er hielt sich nur mühsam am Steuer und war nahe daran, von den Unabhängigen und der Liebknechtgruppe über den Haufen gerannt zu werden. Was war demnach näherliegend, als Ebert, den ich als anständigen, zuverlässigen Charakter und unter der Schar seiner Parteigenossen als den staatspolitisch weitsichtigsten Kopf kennengelernt hatte, die Unterstützung des Heeres und des Offizierskorps anzubieten? ...

Am Abend (des 10. November) rief ich die Reichskanzlei an und teilte Ebert mit, daß das Heer sich seiner Regierung zur Verfügung stelle, daß dafür der Feldmarschall und das Offizierskorps von der Regierung Unterstützung erwarteten bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin im Heer. Das Offizierskorps verlange von der Regierung die Bekämpfung des Bolschewismus und sei dafür zum Einsatz bereit.

Ebert ging auf meinen Bündnisvorschlag ein. Von da ab besprachen wir uns täglich abends auf einer geheimen Leitung zwischen der Reichskanzlei und der Heeresleitung über die notwendigen Maßnahmen. Das Bündnis hat sich bewährt.

Für den Schritt des 10. November habe ich allein die Verantwortung zu übernehmen. Hindenburg wußte nichts von ihm, billigte ihn aber, nachdem ich die innenpolitische Lage in der Heimat eingehend mit ihm besprochen hatte. ...

Wir (die Offiziere der O. H. L.) hofften, durch unsere Tätigkeit einen Teil der Macht im neuen Staat an Heer und Offizierskorps zu bringen, gelang das, so war der Revolution zum Trotz das beste und stärkste Element des alten Preußentums in das neue Deutschland hinübergerettet.

Zunächst galt es freilich, Zugeständnisse zu machen, denn die Entwicklung im Heer und in der Heimat war solche Wege gegangen, daß es sich vorerst nicht um rücksichtsloses Befehlen von seiten der O. H. L. handeln konnte, sondern um Auffangen und Unschädlichenmachen der revolutionären Strömungen.<<

Ein Göttinger Student berichtete am 10. November 1918 über die revolutionären Umsturzbewegungen im Deutschen Reich (x149/32-33): >>Deutsche Republik! Man gewöhnt sich recht schnell an den ungewohnten Klang der Worte. ...

Die bisherige Entwicklung schmeckt verdammt nach Rußland. Ausgangspunkt der Revolution: Die Flotte. Überall Arbeiter- und Soldatenräte. Zersetzung der Front, während gleichzeitig der Feind im Westen militärisch nachdringt und die Lage zur äußersten Steigerung seiner Friedensforderung ausbeutet.

Dies alles ist ganz wie in Rußland im Herbst 1917. Ganz wie dort erscheint auch hier alles auf den Gegensatz zweier Parteien gegründet: der Menschewiki, der Sozialrevolutionäre, unsere Mehrheitssozialisten, und der Bolschewiki, unsere Unabhängigen.

Freilich ist der Gegensatz nicht hoffnungslos; abgesehen davon, daß in vielen Arbeiter- und Soldatenräten eine Einigung der Parteien erzielt ist, sind die Unabhängigen-Sozialisten zum Eintritt in die Regierung bereit, wenn dieselbe rein sozialistisch ist, während ... Ebert und Scheidemann auch zur Aufnahme bürgerlicher Kabinettsmitglieder geneigt sind.<<

Pilsudski traf nach der Haftentlassung am 10. November 1918 in Warschau ein.

Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichneten die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, daß

wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthielt. Danach schwiegen an den europäischen Fronten die Waffen.

Der nordamerikanische Journalist Oswald G. Villard, der sich nach dem Waffenstillstand in Deutschland aufhielt, schrieb damals über die allgemeine Stimmung (x063/521-522): >>... Man hörte keine Haßgesänge, keine Revanchereden; weder Engländer noch Franzosen ... waren unbeliebt; Amerikaner wurden als die besten Freunde willkommen geheißen ...<<

Der Abschluß des Waffenstillstandes war völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Entente-mächten. Die deutschen Truppen waren zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen zwar schwer angeschlagen, aber bis zum Waffenstillstand konnten fast keine feindlichen Truppen in das Deutsche Reich eindringen. Nur einige Gebiete in Elsaß-Lothringen waren bereits von französischen Truppen besetzt.

Nach dem 11. November 1918 war das Deutsche Reich schließlich den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Die Waffenstillstandsbedingungen der Siegermächte waren ungewöhnlich brutal und gnadenlos. Auch die unmenschliche Hungerblockade blieb weiterhin in Kraft.

Die Deutschen mußten innerhalb von 15 Tagen alle besetzten Gebiete sowie Elsaß-Lothringen räumen und sämtliche Waffen abliefern (x041/78). Der Rückzug der riesigen deutschen Truppenverbände wurde termingerecht durchgeführt. Nach dieser erstaunlichen Leistung des deutschen Heeres befanden sich Ende November 1918 alle deutschen Truppen 50 km östlich des Rheins. Das Deutsche Reich mußte alle Kriegsgefangenen entlassen, während die deutschen Kriegsgefangenen zunächst nicht heimkehren durften.

Der Waffenstillstand wurde monatlich erneuert, so daß die Sieger jeweils neue Forderungen durchsetzen konnten (x054/186). Für die mehrmalige Verlängerung des Waffenstillstandes mußte das ausgehungerte Deutsche Reich später 140.000 Milchkühe, 120.000 Schafe, eine Unmenge Pferde, landwirtschaftliche Maschinen und den größten Teil der Handelsflotte an die Siegermächte abliefern (x069/114).

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schrieb später über den Abschluß des rechtsverbindlichen Waffenstillstandsvertrages (x063/514): >>Die Natur des Abkommens zwischen Deutschland und den Alliierten ist auf Grund des Austausches der Urkunden klar und eindeutig.

Die Friedensbedingungen (so war vereinbart) sollten die in den Ansprachen des Präsidenten genannten sein und die Aufgabe der Friedenskonferenz, "die Einzelheiten ihrer Anwendung zu besprechen".

Das Zustandekommen des Vertrages vollzog sich auf ungewöhnlich feierliche und rechtsverbindliche Art; eine der Bedingungen war die Zustimmung zu dem Waffenstillstandsabkommen, das so gehalten war, daß es Deutschland wehrlos machen würde.

Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf den Vertrag selber wehrlos gemacht hatte, wurde es zu einer besonderen Ehrenpflicht der Alliierten, ihren Teil des Vertrages zu erfüllen und etwaige Zweifelsfragen nicht auf Grund ihrer Machtstellung auszunützen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Wilsons berühmtes "Vierzehn-Punkte-Programm" (x068/194-195): >>**Heil Wilson, dem Gerechten!**

Am 8. Januar 1918 gab Wilson in einer Rede vor dem Kongreß sein berühmtes Vierzehn-Punkte-Programm für den Frieden bekannt. Es enthielt die Forderung öffentlicher Verhandlungen ohne Geheimverträge, allgemeine Grundsätze wie Freiheit der Meere, Beschränkung der Rüstung, Aufhebung wirtschaftlicher Barrieren, unparteiische Lösung des Kolonialproblems sowie gerechte und maßvolle Regelung territorialer Fragen. Am 11. Februar ergänzte der Präsident dieses Programm durch die "Four Principles", am 27. September durch die "Five

Particulars", die wieder große Allgemeinheiten brachten. Beides sollte den Abschluß eines Friedensvertrages mit den Mittelmächten begründen.

Bevor Deutschland 1918 aufgab, gelang es seiner Führung, den Waffenstillstandsvertrag ausdrücklich auf der Grundlage der 14 Punkte und der "Prinzipien" Wilsons abzuschließen, was auch Franzosen und Briten, mit drei unbedeutenden Einschränkungen akzeptierten.

Als Wilson am 5. Dezember 1918, labil, krank, doch hochgradig von sich überzeugt, an Bord des Riesendampfers George Washington unter Salutschüssen, begleitenden Flugzeugen das Flaggenmeer des New Yorker Hafens verließ, wartete Europa auf ihn wie auf einen Erlöser. Wo immer er dann einzog, in Paris, London, in Rom, überall erlebte er sagenhafte Triumphe, Ovationen der Massen, die sich da und dort zu Adorationen (Anbetungen) steigerten, geradezu hysterische Formen annahmen. In Polen grüßten einander Gebildete mit dem Ruf "Wilson!" In Italien entzündeten Bauern Opferkerzen vor seinem Bild. Und als er am 14. Dezember 1918, von Volksmassen umjubelt, die Champs-Elysees entlang fährt, überspannt ein großes Spruchband die Straße: "Heil Wilson, dem Gerechten!"

Woodrow Wilson, der 13 für seine Glückszahl hielt, war am 13. Dezember 1918, einem Freitag, auf französischem Boden gelandet. Ob in guter, in böser Absicht, wer weiß es. Wer weiß, ob er mit seiner Friedensordnung die Mittelmächte von Anfang an getäuscht, bewußt in Sicherheit gewogen, ob er ihr Vertrauen in den zu schließenden Vertrag arglistig erschlichen hat. Nach außen zumindest tat er, als ginge es ihm nicht um Vernichtung, nicht einmal um Sieg, hielt er doch an seiner Formel "Frieden ohne Sieg" anscheinend fest, an den hehrsten Zielen, den höchsten Idealen Amerikas.

Tatsächlich aber trat er nicht mehr dafür ein, nachdem der Gegner gefallen war. Ganz bewußt hatte das Deutsche Reich sein Waffenstillstandsgesuch nicht an den Obersten Kriegsrat der Alliierten gerichtet, sondern an den höchsten Repräsentanten der USA, der freilich in Paris jeder Kraftprobe, die er, wie die Dinge standen, hätte bestehen können und müssen, bald mehr und mehr aus dem Weg ging.

Dabei war der Schottenabkömmling, der Mann mit dem grobknochigen Kleppergesicht, dem angriffigen Kinn, der Mensch, von dem ein Freund meinte, Gott habe ihn häßlich geschaffen, aber er selbst sich ein gutes Aussehen gegeben, dabei war dieser Präsident doch sonst so selbstsicher, so von sich eingenommen, daß er in seinem intellektuellen Hochmut kaum zugänglich für andere Ansichten war, daß er keinen Widerspruch duldete und gern bemerkte: "Ein Yankee glaubt immer, daß er Recht hat, ein Schotte weiß, daß er Recht hat".

Ja, dieser Präsident hielt sich für so messiasgleich, daß Journalisten höhnten, er sei inmitten des Atlantiks vom Schiff in die Tiefe gesprungen, Begleitern, die ihn hindern wollten, zurufend: "Er ist doch auch auf dem Meere gewandelt!" (Indes war Wilson nicht verrückt, wie ... Pius XL, der Verkünder der Päpstlichen Unfehlbarkeit, der nicht nur das Christuswort "Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben" auf sich angewandt, sondern 1870 durch den Zuruf an einen Krüppel "Stehe auf und gehe!", auch eine mißglückte Wunderheilung zu verzeichnen hatte). ...<<

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schrieb später über den Abschluß des rechtsverbindlichen Waffenstillstandsvertrages (x321/40-44): >>**Falsche Versprechungen**

Deutschland willigte nur in den Waffenstillstand ein, weil es sich auf die Zusagen des amerikanischen Präsidenten verließ, die in einem diplomatischen Notenwechsel gegeben worden waren.

... Zwei Pläne für die zukünftige Gestaltung der Welt machten sich den Platz streitig: die 14 Punkte des Präsidenten und der Karthago-Friede* Clemenceaus. ...

* Anspielung auf die totale Zerstörung Karthagos durch das Römische Reich. ...

Wilson's Erklärung

Am 5. November 1918 übermittelte der Präsident Deutschland die Antwort, die er von den mit ihm verbündeten Regierungen bekommen hatte, und fügte hinzu, daß Marschall Foch* bevollmächtigt worden sei, gehörig beglaubigten Vertretern die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen.

In dieser Antwort "erklärten die verbündeten Regierungen mit den folgenden Einschränkungen ihre Bereitwilligkeit zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung aufgrund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918 sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind". ...

Die Natur des Abkommens zwischen Deutschland und den Alliierten, die sich aus diesem Notenwechsel ergibt, ist klar und unzweideutig. Die Friedensbedingungen sollen den Ansprachen des Präsidenten gemäß sein, und der Zweck der Friedenskonferenz ist, "die Einzelheiten ihrer Anwendung zu erörtern". Die Umstände des Abkommens trugen ein ungewöhnlich feierliches und verpflichtendes Gepräge, denn eine dieser Bedingungen war, daß Deutschland Waffenstillstandsbedingungen annehmen solle, die es wehrlos machen würden. Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf das Abkommen wehrlos gemacht hatte, erforderte es die Ehre der Verbündeten, auch ihre Verpflichtungen zu erfüllen und, wenn es Zweideutigkeiten enthielt, aus ihrer Lage keinen Vorteil zu ziehen.

* Ferdinand Jean Marie Foch (1851-1929), Marschall von Frankreich im Ersten Weltkrieg. ...

Die deutsche Antwort

Die deutschen Bemerkungen über den Friedensvertragsentwurf bestanden größtenteils in einem Vergleich zwischen den Bedingungen des Abkommens, aufgrund dessen das deutsche Volk eingewilligt hatte, die Waffen niederzulegen, und den wirklichen Bestimmungen der Urkunde, die ihm dann zur Unterzeichnung vorgelegt wurde. Den deutschen Auslegern fiel es nicht schwer, zu zeigen, daß der Vertragsentwurf einen Bruch von Verpflichtungen und internationaler Sittlichkeit bedeute, der mit ihrer eigenen Schuld am Einfall in Belgien zu vergleichen sei. ...

Der Vertrag bezweckte die systematische Vernichtung der deutschen Wirtschaft.

... Das Wirtschaftssystem Deutschlands vor dem Kriege beruhte auf drei Hauptfaktoren: I. seinem Überseehandel, verkörpert in seiner Handelsflotte, seinen Kolonien, seinen Auslandsanlagen, seiner Ausfuhr und den Überseeverbindungen seiner Kaufleute; II. der Ausbeutung seiner Kohle und seines Eisens und der darauf gegründeten Industrien; III. seinem Verkehrs- und Zollsystem. Von diesen Faktoren war der erste zwar nicht der wenigst wichtige, aber sicher der verwundbarste. Der Friedensvertrag bezweckt die systematische Vernichtung aller drei, vornehmlich jedoch der ersten beiden.<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über Wilsons Friedensangebote (x320/17): >>Das deutsche Drama nach dem Ersten Weltkrieg beginnt damit, daß US-Präsident Wilson der deutschen Seite noch während des Krieges einen Friedensschluß anbietet, den die Sieger später ignorieren. Wilsons Friedensangebot - die sogenannten 14 Punkte - endet mit den Sätzen: "Wir sind nicht eifersüchtig auf die deutsche Größe, und es ist nichts in diesem Angebot, das sie verringert. ... Wir wünschen nicht, Deutschland zu verletzen oder in irgendeiner Weise seinen berechtigten Einfluß oder seine Macht zu hemmen. ... Wir wünschen nur, daß Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt, statt eines Platzes der Vorherrschaft."

Dem US-Angebot folgen außerdem fünf Notenwechsel zwischen Deutschland und den USA, in denen beide Seiten die 14 Punkte als verbindlich anerkennen. Sie hatten damit den Charakter eines Vorvertrags. Die einzige Abtrennung deutsch besiedelten Gebietes, die schon dort vereinbart wird, ist die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich. Mit der Zusicherung "Wir

wünschen nur, daß Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt" legt Deutschland seine Waffen nieder und beginnt, seine Truppen aufzulösen. ...<<
Der deutsche Historiker Karlheinz Weißmann berichtete später über Abschluß des Waffenstillstands vom 11. November 1918 (x1.035/...): >>>Der Beginn unserer Katastrophe

Das deutsche Unglück begann mit dem Jahr 1918

Wenn die ehemaligen Siegermächte des Ersten Weltkriegs den 11. November feierlich begehen, so hat das seinen Grund nicht nur darin, daß man am "Waffenstillstandstag" oder "Tag des Sieges und des Friedens" der Gefallenen gedenken will, sondern auch darin, daß das Erinnerungsbild von Briten und Franzosen ein anderes ist als das der Deutschen.

Um genau zu sein: ein anderes war als das der Deutschen. Denn hierzulande verliert sich im Zeichen gelungener Verwestlichung allmählich das Bewußtsein, daß die Deutschen nichts zu feiern haben, wenn es um das Datum 1918 geht, noch weniger, als im Hinblick auf das Datum 1945.

Das deutsche Unglück begann mit dem Jahr 1918,

weil die Politik der Sieger von Anfang an auf Irreführung beruhte und die deutsche auf Illusion, weil die Verhetzung der Briten, Franzosen, Italiener und Belgier, denen man die Deutschen als "Menschheitsfeinde", "Hunnen" und "Schweine" präsentiert hatte, nicht rückgängig zu machen war,

weil der Krieg gegen Deutschland nach dem Abschluß des Waffenstillstands fortgesetzt wurde, "alle gegen einen, wenn auch ohne Sprengstoffe" (Walther Rathenau),

weil man die Entwaffnung der Deutschen betrieb, um sie jeder Forderung unterwerfen zu können,

weil die von Großbritannien gegen Deutschland bis zum Juni 1919 aufrechterhaltene Hungerblockade 1 Million Ziviltote forderte - vor allem Kinder, Frauen, Alte und Kranke,

weil die Alliierten die ersten großen Vertreibungen in Mitteleuropa ins Werk setzten oder duldeten,

weil man unsere Nation demütigte und ihr alle Rechte vorenthielt, die großartig als "universal" und "ewig" deklariert worden waren,

weil man Deutschland den Versailler Vertrag - diese "Friedensvertrag genannte Kriegserklärung" (Gustav Bauer) - aufzwang,

weil man damit ein tiefes Mißtrauen gegen die westliche Demokratie einpflanzte, die offenbar nur ein Herrschaftsmittel wie alle anderen war.

Der 11. November 1918 beendete das Sterben an den Fronten im Westen, der Kampf im Osten dauerte an und wurde von deutschen Soldaten getragen, die unter Befehl der Entente gegen bolschewistische Truppen zu fechten hatten, er begann neu in den Gebieten, die fremden Herren ausgeliefert wurden, und an den inneren Fronten eines Bürgerkrieges, den die Sieger wesentlich mitverursacht hatten.

Zwischen dem Waffenstillstand und dem Inkrafttreten des Versailler Vertrags stand Deutschland unter der dauernden Drohung eines alliierten Einmarschs, mußte mit schwächer werdenden Kräften Aufstands- und Separationsversuche abwehren, die mit fremdem Geld finanziert wurden, und einen vollständigen Kollaps der inneren Ordnung verhindern. Das alles in dem Bewußtsein, daß die Sieger - so oder so - den Vorwand deutscher Alleinkriegsschuld nutzen würden, um das Land wirtschaftlich auszubluten.

Ein Amerikaner, der Ölmagnat Paul Getty, hat geurteilt: Der Vertrag von Versailles "war rachsüchtig, er legte Deutschland unbezahlbare Reparationen auf, der dümmste Student der Wirtschaftswissenschaften sah sogleich, daß eine nur notdürftig funktionierende deutsche Wirtschaft auf diese Weise total zerrüttet werden mußte. Die als Strafe gedachten Artikel dieses Vertrags mußten in Deutschland eine heftige nationalistische Reaktion in Gang setzen. Ein vernünftigerer und gerechterer Friede an Stelle des Vertrages von Versailles hätte zwischen

1919 und 1932 in Deutschland ein demokratisches System befestigt."

Fazit

Der 11. November mag Deutsche an eine nationale Katastrophe erinnern, auch an die erste Phase des "Dreißigjährigen Krieges" zwischen 1914-1945. Zu feiern gibt es nichts. Wer das erkennt, hat - gegen jede Beteuerung - nichts verstanden vom Besonderen unserer Geschichte im 20. Jahrhundert. ...<<

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches", daß US-Präsident Wilsons "14-Punkte-Friedensplan" nicht der letzte große Betrug der globalen Kriegstreiber blieb (x340/216-217): >>... Die Kriegstreiber von heute sind wie 1914 und 1939 kühl kalkulierende, machtbesessene und menschenverachtende Hasardeure. Sie finden sich unter Spekulationsbankern und Inhabern von Rüstungs-großkonzernen, vor allem in den transnationalen Konzernen und dem transnationalen Kapital. Es gibt also erneut Warnungen, Wetterleuchten und Vorbeben vor einem Unglück, das sich wie schon einmal vor 1914 kaum jemand vorstellen kann. Das Ereignis ist nicht unvermeidlich, dennoch ist es wahrscheinlich.

Die endlosen Kriege der infrastrukturell und ökonomisch weitgehend verkommenen USA haben jetzt im 21. Jahrhundert nach den Worten von Willy Wimmer, einst Staatssekretär des bundesdeutschen Verteidigungsministerium, zu einer Flut von zurückkehrenden Särgen geführt, die Fragen aufwerfen. ...

Dabei deckte er eine interessante Parallele auf: Wie die Mittelmächte 1918 an einen gerechten Frieden nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons vertrauten und die Waffen streckten, glaubte die sowjetische Führung 1990, auf die Feststellungen in den "Zwei-plus-Vier-Verträgen" zur Wiedervereinigung Deutschlands vertrauen zu dürfen, nach denen die NATO keinesfalls über die Oder als polnisch-deutsche Grenze nach Osten hinaus ausgedehnt werden sollte.

Die Russen zogen aus Osteuropa ab. Heute steht die NATO in den baltischen Staaten. Alles war Lüge.

Am Ende des Ersten Weltkrieges gingen am 11. November 1918 die Tore zur Hölle auf! Bis heute hat sie niemand wieder geschlossen.<<

Die Verluste des Ersten Weltkrieges

Der Erste Weltkrieg war mit Abstand der verlustreichste Krieg der damaligen Weltgeschichte. Die Zahl der Kriegstoten und Verwundeten erreichte noch nicht gekannte, nie für möglich gehaltene Ausmaße. Europa ging regelrecht in Blut und Tränen unter.

Im Verlauf des Ersten Weltkrieges von 1914-18 fielen rd. 8.551.000 Soldaten (davon waren rd. 1.809.000 Deutsche) und 19.536.000 wurden verwundet (davon waren 4.247.000 Deutsche) - (x041/77, x056/319, x061/404).

Die deutsche Zivilbevölkerung blieb im Ersten Weltkrieg zwar größtenteils von direkten Kriegseinwirkungen (Kampfhandlungen, Luftangriffe etc.) verschont (Ausnahme: Ostpreußen), aber die jahrelange Hungerblockade der Ententemächte verursachte unermeßliche Leiden, Not und Entbehrungen. Während der Kriegsjahre 1914 bis 1918 erhielten die Deutschen nur unzureichende tägliche Nahrungsmittelzuteilungen, so daß in den Kriegsjahren mehr als 750.000 deutsche Zivilisten verhungerten (x049/15, x267/329).

Nach dem Waffenstillstand bekam die deutsche Bevölkerung nur noch eine tägliche Nahrungsmittelzuteilung von etwa 1.000 Kalorien (obgleich der tägliche Mindestbedarf eines Erwachsenen damals etwa 2.600 bis 3.000 Kalorien betrug). Die nach den langen Kriegsjahren ausgehungerte deutsche Bevölkerung streckte damals z.B. das Brot, indem man Getreide- und Holzmehl vermischte.

Im Verlauf der "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919, die eindeutig gegen

die Grundsätze des Völkerrechts verstieß, verhungerten nochmals etwa 300.000 deutsche Zivilisten, bis die Siegermächte ihren sogenannten "Friedensplan von Versailles" schließlich durchsetzen konnten (x063/521). In den anderen "Mittelmächten" starben ebenfalls Tausende den Hungertod.

Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtete später in seinem Buch "Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands" über den Ersten Weltkrieg (x313/292-299): >>... Niemals vorher sah die Welt eine solche gigantische Materialschlacht wie während des Ersten Weltkrieges. Und niemals vorher starben so viele Menschen wie in diesem schrecklichen Krieg. ...

Als am 28. Juni 1914 der österreichische Thronfolger von einem Serben ermordet wurde, der damit die Unabhängigkeitsbestrebungen der verschiedenen Nationalitäten innerhalb Österreich-Ungarns in das öffentliche Bewußtsein heben wollte, flog das Pulverfaß in die Luft.

Deutschland versicherte Österreich-Ungarn sofort, man stünde, komme was da wolle, an der Seite des deutschen Bruderstaates, sollte es zu einem Krieg kommen.

Also trat Österreich-Ungarn gegen Serbien in den Krieg ein. Serbien wiederum war durch einen Pakt mit Rußland geschützt, das jetzt ebenfalls mobil machte. Rußland seinerseits war Frankreich in einem Pakt verbunden - und Frankreich (mit) England. Eine Kettenreaktion setzte ein.

Mit anderen Worten: England, Frankreich, Rußland und Serbien befanden plötzlich mit Österreich-Ungarn und Deutschland im Krieg. (Später traten zahlreiche weitere Nationen in den Krieg ein, aber so gestaltete sich der Beginn.)

Die Menschen in Deutschland jubelten, als sie in den Krieg zogen. Man nahm an, alles werde lediglich ein "Spaziergang". Blumen steckten in den Gewehrläufen und hübsche Frauen warfen Kußhände, als Eisenbahnwaggons mit deutschen Soldaten (in) Richtung Front abfuhr.

Auf den Waggons standen flotte Sprüche wie "Auf in den Kampf, mir juckt die Säbelspitze" oder "Nach Paris!" Hunderttausende meldeten sich freiwillig.

Der deutsche "Blitzkrieg", der zuerst Frankreich lahmlegen sollte, wurde jedoch vor Paris jäh gestoppt. Dank englischer und französischer Truppen wandelte sich der Krieg schon bald zu einem mörderischen Stellungskrieg.

Die Heere krallten sich förmlich in ihren Stellungen in den Boden. Drahtverhaue und Schützengräben beschrieben die Situation auf beiden Seiten. Ein Durchbruch durch die Linien war praktisch unmöglich, gelang er einmal kurzzeitig, forderte das unvorstellbare Menschenopfer. Doch nicht nur an der Westfront geriet der Krieg zu einem Stellungskrieg, sondern auch an der Ostfront, wo die Russen standen.

Zwei Jahre lang wurden nun auf beiden Seiten geschossen und gemetzelt, ohne daß sich die Fronten bedeutsam bewegten. Man warf seine gesamte Wirtschaftskraft in die Waagschale, legte kostspieligste Rüstungsprogramme auf und setzte alle Finanzreserven ein.

Man zog auch Zivilisten in den Krieg hinein, denn sie mußten Waffen und Munition herstellen; selbst Frauen arbeiteten auf einmal in Rüstungsbetrieben.

Schon nach relativ kurzer Zeit wurden in Deutschland die Lebensmittel knapp. Die Regierung gab Lebensmittelkarten an die deutsche Bevölkerung aus, das Essen wurde also rationiert.

Zusätzlich wurden weitere Länder in diesen unseligen Krieg hineingezogen: Die Türkei hatte sich schon im Jahre 1914 auf die Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns geschlagen, so daß nun auch im Vorderen Orient gekämpft wurde, im heutigen Irak und Israel. 1915 trat Italien in den Krieg ein und unterstützte die Franzosen, Russen und Engländer. Außerdem wurde in den deutschen Kolonien in Afrika gekämpft, im Südatlantik und im Pazifik.

Im Jahre 1916 beschloß die deutsche Oberste Heeresleitung (OHL), mit Ludendorff und Hindenburg an der Spitze, an der Westfront die Wende erzwingen. Es kam zu einer verheerenden Materialschlacht bei Verdun (Frankreich), in deren Verlauf die unvorstellbare Zahl von

700.000 Menschen starb.

Trotzdem bewegte sich nichts.

Im Jahre 1917 schließlich hagelte es Kriegserklärungen aus aller Welt - an Deutschland und Österreich gerichtet. Zahlreiche Länder traten in den Krieg ein, so etwa Bolivien, Brasilien, China, Kuba, Griechenland, Japan, Liberia, Panama, Persien, Peru, Portugal, Rumänien, Uruguay und noch ein paar Staaten mehr, die Partei für die "Feinde" ergriffen.

Ein echter Weltkrieg entspann sich, in den drei Viertel der Erdbevölkerung verwickelt wurden.

Als sich sogar die USA einmischten, schien der Anfang vom Ende gekommen. Denn die Vereinigten Staaten waren in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht haushoch überlegen. Doch auf deutscher Seite flackerte noch einmal Hoffnung auf: An der Ostfront, genauer gesagt in Rußland, war es zu inneren Unruhen gekommen. Hunger und Unzufriedenheit hatten auch hier Einzug gehalten, die Menschen murrten wider den Zar.

Die russische Wirtschaft war zusammengebrochen, es mangelte an Roh- und Brennstoffen und auf dem Land fehlte es an Pferden und Bauern. Arbeiter demonstrierten auf den Straßen. Mit einem Wort: Die Revolution stand vor der Tür.

Genervt und überfordert trat der Zar zurück.

In Deutschland rieb man sich die Hände.

Eine neue russische Regierung trat auf den Plan. Sie bestand im Jahre 1916 aus zwei Flügeln: der rechten gemäßigten, konservativen Provisorischen Regierung und dem linken Petrograder Sovet (russisch sovet = Rat, das Wort "Sowjets" wurde hieraus gebildet; Petrograd = heute Sankt Petersburg). In diesem Sankt Petersburger Rat waren die Bolschewiki nur eine Splittergruppe. Trotz ihrer minimalen Größe hatten sie sich selbst jedoch den Namen Bolschewiki (= Mehrheitler) gegeben.

In Deutschland war klar: Man mußte das Feuer schüren, solange es heiß war. Hinter den Kulissen und unbemerkt von allen kam es zu dem seltsamsten Bündnis, das man sich vorstellen kann: Einem Bündnis zwischen dem deutschen Kaiserreich und einem russischen Revolutionär namens Lenin!

Kurz gesagt unterstützte das deutsche Kaiserreich jetzt diesen Lenin, der im Exil in der Schweiz festsaß. In einer hochgeheimen Aktion erlaubte man Lenin, in einem deutschen Güterzug durch Deutschland über Finnland in Rußland einzureisen, nachdem man ihm die Hände gesalbt, also mit ordentlichen Bestechungsgeldern versehen hatte.

Er sollte für weitere Unruhe hinter den Linien zu sorgen, der neuen russischen Regierung die Hölle heiß zu machen, Öl in das Feuer zu gießen und Aufstände zu entfachen. Deutschland half den Bolschewiki hierbei mit Munition und Waffen und insgesamt 26 Millionen Mark, nach heutigem Wert rund 80 Millionen Euro.

"Lenins Eintritt in Rußland geglückt. Er arbeitet völlig nach Wunsch", drahtete im Jahre 1917 der Leiter des deutschen Nachrichtendienstes in Stockholm an den Generalstab nach Berlin. Lenin wurde jetzt in Rußland aktiv, der Berufsrevolutionär sorgte geschickt für weitere Unruhen: Der rhetorisch hochbegabte, scharfzüngige Marxist propagierte unermüdlich seine Parolen und rührte die Trommel für die "kommunistische Weltrevolution". Deutschland unterstützte Lenin nach Kräften. Weitere Züge aus der Schweiz mit Hunderten von Revolutionären wurden heimlich nach Rußland geschleust. Die zerstörerische Propaganda in Rußland erreichte unvorstellbare Ausmaße.

Lenin und seine Helfershelfer forderte nun lautstark Frieden sowie ein Um- und Neuverteilung des Landes. Die Basis und der Einfluß der Bolschewiki vergrößerten sich, weitere deutsche Gelder halfen Lenin, Leute zu kaufen und Bestechungsgelder in die richtigen Taschen zu stecken.

Schließlich stürzte die konservative Provisorische Regierung. Lenin trat in dem geschickt her-

beigeführten Tumult schnell an die Spitze der russischen Regierung. Damit begann eine schreckliche Zeit für das Land: die kommunistische Diktatur.

Aber in Deutschland jubelte man zu diesem Zeitpunkt: Der neue Sowjetstaat schloß 1917 Frieden mit Deutschland - einen Frieden, der Deutschland viele Gebiete überließ. Der Mann, der diesen Frieden auf russischer Seite diktierte, war Lenin, ein Mann, den man selbst bezahlt hatte!

Deutschland fühlte sich als Sieger. ...

Auf der anderen Seite waren ... die USA in diesen massenmörderischen Krieg eingetreten. ... Kein Geringerer als der damalige Marineminister Winston Churchill hatte einen Coup besonderer Güte gelandet, um die Vereinigten Staaten von Amerika zum Kriegseintritt zu bewegen - obwohl die USA eigentlich neutral waren und die Bevölkerung dort von einem Krieg nichts wissen wollte.

Wie gelang es Churchill, den US-Präsidenten und mit ihm das amerikanische Volk auf die Seite Englands zu ziehen?

Das hatte mit der Lusitania zu tun - einem britischen Passagierschiff und Luxusdampfer, der im Zuge des Krieges von England als "bewaffneter Hilfskreuzer" in die britische Kriegsflotte aufgenommen worden war.

Dieses Schiff mußte kriegswichtiges Material, wie Waffen und Munition, von New York nach Liverpool bringen. Damit es von den deutschen U-Booten angegriffen wurde, fälschte man die Papiere. Man fuhr unter "neutraler Flagge" und transportierte angeblich keinerlei Waffen, obwohl das nicht der Wahrheit entsprach. Offiziell fuhr man lediglich amerikanische Passagiere spazieren, VIPs, Urlaubsreisende und Weltenbummler.

Als die kaiserliche deutsche Botschaft von dem Schwindel Wind bekam, warnte sie Washington - vergebens. Die Lusitania überquerte im Jahre 1917 mit 1.258 Passagieren und 701 Besatzungsmitgliedern, 1.248 Kisten Granaten, 4.927 Kisten mit Gewehrpatronen und 2.000 Kisten Munition für Handfeuerwaffen den Atlantik. Das deutsche U-Boot U 20 entdeckte den Dampfer und gab Feuerbefehl. Die Lusitania wurde getroffen und sank nach 18 Minuten. 1.198 Menschen kamen ums Leben, darunter 94 Kinder und 287 Frauen. Unter den Opfern befanden sich auch rund 125 Amerikaner.

Das war eine der größten Schiffskatastrophen der Geschichte!

In England und den USA schrie man auf. Was unterstanden sich die Deutschen? Was dachten sie sich dabei, ein friedliches Schiff zu versenken, auf dem sich neutrale Amerikaner befanden?

Um es kurz zu machen: Die US-amerikanische Öffentlichkeit, die gewonnen werden mußte, wenn man die Vereinigten Staaten in den Krieg treiben wollte, war verunsichert. Natürlich wurde das Ereignis in den Medien der USA und Englands nicht der Wahrheit gemäß dargestellt. Die Tatsache des Munitions- und Waffentransportes verschwieg man wohlweislich.

Der alte Fuchs Winston Churchill rieb sich die Hände. Ein erstklassiger PR-Coup war geglückt, die amerikanische Öffentlichkeit begann, auf seine Linie einzuschwenken. Der größte Verbündete, den man sich vorstellen konnte, dachte darüber nach, in den Krieg einzutreten.

Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson besaß jetzt einen Hebel, mit dem er ansetzen konnte. Zweimal wurde Deutschland in scharfem Ton aufgefordert, die Versenkung der Lusitania als Verbrechen zu verurteilen. Das zweite Mal kam die Aufforderung einem Ultimatum gleich.

Winston Churchill jubelte in England.

Später gestand Churchill ein, daß er gezielt auf eine Verschärfung des U-Boot-Krieges hingearbeitet hatte, ohne jedoch in seinen Erinnerungen konkreter zu werden.

Die Akten des British Naval Intelligence Departments (= der britische Geheimdienst der königlichen Marine) bezüglich dieses Vorfalles befinden sich noch heute (!) unter Verschuß und

unterliegen der Geheimhaltung.

Deutschland dachte nicht daran, sich zu entschuldigen. Es ist bis heute nicht geklärt, ob sich nicht deutsche Spione auf der Lusitania befanden, die die Wahrheit nach Berlin weitergegeben hatten. In Deutschland ging man jedenfalls davon aus, daß der "Feind" Kinder und Frauen nur als Schutzschilde in diesem Krieg benutzte. Und so erklärte Kaiser Wilhelm II. den unbegrenzten U-Boot-Krieg.

Damit trat die stärkste Macht der Welt, die USA, auf Seiten der Gegner Deutschlands im Jahre 1917 in den Krieg ein. ...

Mit einem Mal kam es im deutschen Reichstag und damit hinter der deutschen Front zu Protesten gegen den Krieg. Mahnende Stimmen plädierten für Frieden. Aber das Gespann Hindenburg/Ludendorff, die führenden Generale, scherten sich nicht um demokratische Stimmen oder die Vernunft. Sie setzten nun alles daran, auch im Westen eine Entscheidung zu erzwingen.

Zu Beginn des Jahres 1918 waren die Amerikaner nur mit bescheidenen Streitkräften auf Frankreichs Boden gelandet, doch die deutschen U-Boote konnten in der Folge den weiteren Transport der US-Soldaten nicht verhindern. Trotzdem entschloß sich Ludendorff, noch einmal alles auf eine Karte zu setzen.

Das Ziel war die endgültige "Niederwerfung Frankreichs". Eine blutige Schlacht, die alle bisherigen Schlachten in den Schatten stellte, wurde in Szene gesetzt - mit unvorstellbaren Verlusten auf beiden Seiten - um die Linie der französisch-englischen Streitkräfte zu sprengen. Da geschah das Wunder: Deutsche Truppen erzwangen den Durchbruch.

Die OHL jubelte. Der Angriff wurde immer weiter ins Feindesland hineingetrieben, doch den Engländern und Franzosen gelang es, die Lücke wieder zu schließen. Erneut erstarrte der Kampf im Grabenkrieg. Ludendorff suchte verbissen einen zweiten und dritten Durchbruch zu erreichen. Wieder gelang er teilweise: Es wurden viele feindliche Waffen erbeutet und ein erheblicher Geländegewinn erzielt.

Aber die Kraft des deutschen Heeres war inzwischen erschöpft. Starke französische und frische amerikanische Kräfte drängten die Deutschen zurück, plötzlich standen 1,8 Millionen Amerikaner auf Seiten der Feinde, während das deutsche Westheer inzwischen auf 1 Million zusammengeschrumpft war.

Noch aber wollten Ludendorff und Hindenburg nicht aufgeben. Wieder verbiß man sich in einem Stellungskrieg, als die Gegenseite die Initiative ergriff. Die Amerikaner schlugen im Verbund mit den Engländern und Franzosen erbarmungslos zu. Das Ergebnis? Das deutsche Westheer wurde unaufhaltsam, Stück für Stück, zurückgedrängt.

Gleichzeitig erreichten die Oberste Heeresleitung schlechte Nachrichten von anderen Fronten. Als sich zusätzlich der Zerfall des österreichisch-ungarischen Kaiserreiches ankündigte, wußte man im deutschen Lager, daß der Krieg verloren war.

Um die Ehre der Armee zu retten, knobelte Ludendorff einen infamen Plan aus: Der Waffenstillstand sollte nicht von der OHL unterbreitet werden, sondern von den deutschen demokratischen Parteien, die man dafür im Gegenzug künftig an der Regierung beteiligen würde. Den deutschen Parteien (Liberalen, der SPD und dem Zentrum) sollte die Schuld für den verlorenen Krieg in die Schuhe geschoben werden.

Aber die "Feinde", also die USA, England und Frankreich, waren nicht mehr an einem Waffenstillstand interessiert, man forderte die Kapitulation. Ludendorff zog sich geschwind aus der Affäre, indem er seine Entlassung einreichte. In Deutschland, so wußte er, brodelte es an allen Ecken und Enden, in Österreich-Ungarn zeichnete sich der Sturz der Monarchie ab. Eine Revolte machte sich außerdem in Wilhelmshaven und Kiel breit, wo Soldaten den Gehorsam verweigerten und nach russischem Vorbild Arbeiter- und Soldatenräte forderten.

Der Krieg war verloren - an der Westfront genauso wie an anderen Fronten, die die Türken

und die Deutschen in verschiedenen Teilen der Welt gehalten hatten und ebenfalls politisch und im Innern Deutschlands.

Die Kanonen hörten auf zu donnern, der Erste Weltkrieg war beendet.<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über den 1. Weltkrieg des 20. Jahrhunderts (x364/105-114): >>... **Der Glanz von Visionen**

Während der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts beschloß der Wiener Zweig des Hauses Rothschild, die Aktivitäten eines intelligenten und ehrgeizigen jungen Fürsten namens Otto von Bismarck zu finanzieren.

Mit ihrer Unterstützung ergriff der Fürst die Kontrolle über Preußen, dem größten der deutschsprachigen Kleinstaaten in Mitteleuropa und machte sich an die Expansion seiner Domäne. Im Jahre 1866 beseitigte Bismarck mit einem Sieg über Österreich den Einfluß dieses Landes in Deutschland und zog mit einer 700.000 Mann starken Armee zum Sieg gegen die Franzosen in die Schlacht bei Sedan.

Die Geschichtsschreibung belegt, daß die internationalen Banker die Ereignisse gelenkt haben, die zu der Schlacht führten.

Am 9. Januar 1871 wurde König Wilhelm I. von Preußen formal zum Kaiser des neuen Deutschen Reiches ausgerufen - worin sich vier Königreiche und 21 Fürstentümer in Mitteleuropa vereinigt hatten. Bismarck wurde der erste Kanzler Deutschlands.

Nachdem er, der "Eiserne Kanzler", von Wilhelm II. im Jahr 1880 demissioniert worden war, zeigten sich die deutschen Kanzler zunehmend aggressiver gegenüber den anderen Nationen. Rothschilds Plan begann fehlzuschlagen.

Deutschland war vor der scheinbar unüberwindlichen Macht des englischen Imperiums nicht in völliger Ehrfurcht erstarrt. Die Deutschen glaubten an die früher von Bismarck geäußerte Meinung: "England mit all seinem Getue und Gehabe hat hundert schwache Stellen und es weiß, daß ein Konflikt mit einer fast gleichstarken Macht seinen Untergang bedeutet."

Das militärische Fieber war in den Anfangsjahren dieses Jahrhunderts so stark, daß deutsche Offiziere häufig auf "Den Tag" tranken, an dem England der Krieg erklärt werden würde.

Nicht wenige erkannten "den Glanz der Vision vor deutschen Augen", der dafür sorgte, daß "der Sieg so nah schien, um deutsches Blut in Erwartung des Triumphes schneller zirkulieren zu lassen".

Als eine Folge des unerwartet schnellen Aufstiegs des Deutschen Reiches in den Rang einer Weltgroßmacht fing das berühmte "Gleichgewicht der Mächte" in Europa an, abzubrockeln. Viele Nationen begannen, "ihren eigenen Kram zu machen".

Wie Nicholas John Spykman in seinem Buch "America's Strategy in World Politics", 1940, ausführt, hatte England "eine aktive Rolle bei den meisten Koalitionen gespielt, die zur Einschränkung der aufstrebenden Kontinentalmächte gebildet worden waren. Derjenige, der das Gleichgewicht der Mächte ausspielt, kann keine Freunde von Dauer haben.

Seine Hingabe kann für keinen spezifischen Staat bestimmt sein, sondern nur für das Machtgleichgewicht. Der Verbündete von Heute ist der Feind von Morgen. Es gehört zum Zauber der Machtpolitik, daß er einem keine Zeit läßt, seiner Freunde überdrüssig zu werden. Englands Ruf als perfides Albion ist das unvermeidliche Ergebnis seiner Lieblingsbeschäftigung, das Gleichgewicht der Mächte aufrecht zu erhalten."

Mit dem Zusammenbruch der Struktur dieses Gleichgewichtes ging die Schwächung der wirtschaftlichen Hebelwirkung einher, die die Geldmonopolisten auf eine Nation ausüben konnten, die aus der Reihe tanzte.

V. Krieg der Welt

Der Zusammenschluß der deutschen Staaten unter Bismarck störte das "Gleichgewicht der Mächte", das seit über zwei Jahrhunderten in Europa bestanden hatte. Bis 1871 hatte England

- oder richtiger, die Krone - die Beherrschung des europäischen Kontinents genossen. Jene Oberherrschaft war zwar wiederholt von Mächten wie Spanien und Frankreich angegriffen worden, aber England war immer wieder siegreich gewesen. Das Erstarken der Deutschen stellte eine schwerwiegende Bedrohung für die Krone und ihre Beherrschung Europas dar, und zwar wirtschaftlich und militärisch. Sehr zu ihrem Verdruß "stellten die Engländer fest, daß die deutschen Lieferanten und ihre Vertreter bessere Dienstleistungen, bessere Bedingungen und niedrigere Preise für Güter von mindestens gleicher Qualität anboten".

Die Krone fürchtete um ihre Interessen

Nach 1884 erwarb Deutschland Kolonien in Afrika, die sich von Ost nach West quer über den Kontinent zu erstrecken und die Pläne der Krone zur weiteren Expansion auf dem schwarzen Erdteil schachmatt zu setzen drohten. Deutschland ermutigte ebenfalls die Buren im Transvaal und dem Freistaat Oranien, ehe es zum Krieg mit England 1889 bis 1902 kam. Im Pazifischen Ozean hatte Deutschland bis zum Jahre 1902 die Karolinischen-, Marschall- und die Marianen-Inseln erworben, Teile von Neu Guinea und Samoa sowie eine wichtige Marine- und Handelsbasis auf der Halbinsel Shantung in China.

Und weiter reckte sich der deutsche Löwe mit der Verabschiedung einer Reihe von Marinegesetzen in den Jahren 1898, 1900 und 1902, die für den Bau von vierzehn neuen Schlachtschiffen grünes Licht gaben. Diese Entwicklung stellte eindeutig eine ernsthafte Bedrohung für die Pläne der Krone dar.

Um der Gefahr entgegenzuwirken, suchten die internationalen Banker, die "weitgehend von der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ausgeschlossen waren", nach Mitteln und Wegen, um Deutschland einzudämmen und zu kontrollieren. Zwischen 1894 und 1907 wurden eine Reihe von Staatsverträgen und Abkommen geschlossen, die sicherstellten, daß Rußland, Frankreich, England und andere europäische Nationen sich im Falle eines Krieges gegen Deutschland vereinigen würden.

Alle Nationen mußten auf die Knie gezwungen werden

Zu denjenigen, die in diesem geheimen Abkommen schwerwiegende Folgen erkannten, gehörte W. Lyon Blease. In seinem bemerkenswerten tiefblickenden Buch "A Short History of English Liberalism", erschienen 1913, erklärte er, daß England "direkt auf einen Konflikt zusteuert, von dem nicht ein Engländer unter Zehntausend irgend etwas Bestimmtes und keiner unter Tausend überhaupt weiß".

Des weiteren warf er der englischen Regierung vor, "ihr eigenes Volk zu korrumpieren, indem sie sich letztendlich mit Regierungen einläßt, deren Methoden nicht nur verschieden, sondern absolut fremdartig von den eigenen sind. Eine Allianz mit Frankreich ist insofern schlecht, als sie in einen Zusammenschluß gegen Deutschland verwandelt wird. Eine Allianz mit Rußland ist an sich unnatürlich und erschreckend."

Äußerlich gesehen, befand sich die Welt zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Frieden. Allerdings wurden hinter den Kulissen fieberhafte Vorbereitungen getroffen, die Welt in ein internationales Blutbad zu tauchen, das die Zivilisation bis in ihr Mark erschüttern würde. Die Illuminaten hatten erkannt, daß sie, um ihren Plan zur Schaffung einer Eine-Welt-Regierung erfolgreich durchführen zu können, einen Zustand von solch niederträchtiger Verwüstung hervorrufen mußten, daß davon keine Nation unberührt bliebe. Alle Nationen dieser Welt mußten auf die Knie gezwungen werden, so daß sie nach Frieden um jeden Preis betteln würden.

Die meisten Historiker sind sich einig, daß der Funke, der den großen Krieg von 1914 bis 1918 entzündete, ein trivialer, lokal begrenzter Streitfall zwischen Österreich und Serbien war. Gewöhnlich hätte man diese Zänkereien in wenigen Tagen, wenn nicht Stunden beigelegt. Dieses Gezanke war anders.

Es wurde von den Mächten hinter den Kulissen benutzt, um den Weltkrieg zu bringen, den der

Illuminat Albert Pike mehr als 40 Jahre zuvor geplant hatte.

Österreich und Serbien eröffneten feindliche Handlungen am 2. August. Bereits zum 3. August waren Frankreich, und Belgien am 4. August daran beteiligt. Am 4. August erklärte England Deutschland den Krieg, obwohl das englische Kabinett sich einig war, daß die Ereignisse auf dem Kontinent "England rechtlich nicht zum Kriegseintritt verpflichteten". Es ist klar, daß die internationalen Banker alle Großmächte beteiligt sehen wollten. Sie wußten, daß ohne Englands sofortige Teilnahme die deutschen Streitkräfte nicht aufzuhalten waren.

Das sich anschließende Blutbad kennzeichnete das Ende einer Kriegsführung, die Hunderte, vielleicht Tausende Jahre alt war. Es führte zum ersten Mal in der Geschichte der Kriegsführung zum Einsatz von Maschinengewehren, Panzern und U-Booten. Es stimmt zwar, daß viele der historischen Kriege zu großen Gemetzeln geführt haben, aber im Ersten Weltkrieg hat das Wort "Gemetzeln" eine tiefere und ernüchternde Bedeutung erlangt.

Ein sinnloses Blutbad

Dies ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Militärs auf beiden Seiten sich weigerten anzuerkennen, daß ihre konventionellen Kriegsmethoden nunmehr veraltet waren und aufgegeben werden mußten. Die Tatsache, daß Angriffe einer mit Bajonetten ausgerüsteten Kavallerie und Infanterie angesichts der neu entwickelten Techniken wie Stacheldrahtfallen, tiefen Schützengräben und MGs nutzlos war, schien einfach nicht eher in das Bewußtsein von "Militär-Experten" zu dringen, als bis die meisten ihrer Truppen vernichtet worden waren.

Die Militärs auf beiden Seiten waren überzeugt, daß der Krieg unmöglich länger als höchstens 6 bis 8 Wochen dauern könnte und daß der Sieg für die Seite gesichert wäre, die den massivsten Angriff mit einem Minimum an Mobilmachungsfrist vornehmen könnte. Ein Vorsprung am Anfang wurde als entscheidend angesehen, da dies den Truppen einen psychologischen Vorteil gegenüber dem Feind verschaffen würde.

Nach der Invasion in Frankreich am 3. August durch die Deutschen setzten die Franzosen ihren Plan in Kraft, die Invasion in Lothringen aufzuhalten und in Süddeutschland zum Gegenangriff überzugehen. In nur 16 Tagen wurden knapp vier Millionen Soldaten in 7.000 Zügen an ihre vordere Front transportiert.

Zwischen dem 6. und 12. August brachte das deutsche Oberkommando 1,5 Millionen Truppen über den Rhein, den täglich 550 Züge passierten. Die Franzosen starteten am 14. August einen Massivangriff, aber mit katastrophalem Ergebnis. Innerhalb weniger Stunden hatte die französische Armee einen demoralisierenden Schlag von 300.000 Gefallenen erlitten (25 Prozent der gesamten Armee) und befand sich auf dem Rückzug. Das englische Expeditionskorps, das den Franzosen Beistand leisten sollte, trat den Rückzug noch schneller an als seine Verbündeten.

Der Rückzug wurde am 3. September zum Stillstand gebracht und am folgenden Tag eine allgemeine Gegenoffensive gestartet.

Die Deutschen wurden unter diesem Ansturm bis zur Aisne zurückgeworfen. Sie glaubten, sie würden ihren Vormarsch wiederaufnehmen können, sobald ihre Frontlinie verstärkt und ihre Nachschublinien besser funktionieren würden. Aber in den folgenden Monaten waren weder die Deutschen noch die "Verbündeten" in ihren Bemühungen erfolgreich, einen entscheidenden Vorteil zu erringen. Keiner der beiden Seiten gelang es, gegen die Feuerkraft der anderen anzukommen.

Eine Reihe von unnützen Anstrengungen beider Seiten, die Stellungen der anderen zu umgehen, führten dazu, daß sich die Gefechtslinie vom Ärmelkanal im Norden bis hin zur Schweizer Grenze im Süden zog. Heftige Kämpfe, mit Millionen Menschenopfern, tobten in den nächsten drei Jahren entlang der ganzen Front, ohne daß eine der beiden Seiten einen wirklichen Vorteil errungen hätte.

Ein blindes Völkermorden

Nach konventioneller Kriegsführung wird mit schwerem Artilleriefeuer die Verteidigungslinie

des Gegners aufgeweicht, dann folgen massive Kavallerie- oder Infanterieausfälle, die durch die Linie brechen und die feindlichen Kommunikations- und Versorgungslinien unterbrechen. Im Ersten Weltkrieg wurden derartige Truppenausfälle auf die am stärksten verteidigten Abschnitte der gegnerischen Front geworfen.

Einige wenige Zahlenbeispiele sind ausreichend, um die katastrophalen Menschenverluste zu zeigen, die mit diesen Wahnsinnsaktionen erlitten wurden.

In der Schlacht von Verdun im Jahre 1916 verloren die Franzosen insgesamt 350.000 und die Deutschen 300.000 Soldaten. In der Schlacht an der Somme im selben Jahr verloren die Engländer 410.000 und ihre Verbündeten, die Franzosen, 190.000 Männer. In derselben Schlacht verloren die Deutschen 450.000 Soldaten und das für einen Gewinn von höchstens sieben Meilen auf einer Front von nur 20 Meilen.

Auch 1917 wurde das sinnlose Abschlachten fortgesetzt. Im April des Jahres ging die französische Armee unter Robert Nivelle zu einem erbitterten Angriff bei Chemin des Dames über. Bei einem Artilleriegefecht, dessen Stärke in der ganzen Geschichte beispiellos ist, wurden von den Franzosen 11 Millionen Geschosse auf die deutschen Stellungen über eine 30 Meilen lange Front in nur 10 Tagen abgefeuert. In der anschließenden Infanterieattacke wurde das französische Heer zerschmettert. Viele der übriggebliebenen Soldaten meuterten gegen ihre Offiziere und wurden erschossen, um die Disziplin aufrechtzuerhalten.

Damit er in diesem Wettrennen um den Titel des Militäridioten des Jahrzehnts nicht zurückbliebe, bemühte sich der englische Kommandant Douglas Haig verzweifelt, Nivelles Akt des Völkermordes zu übertrumpfen. Nur wenige Wochen später hat Frankreichs Nationaltragöde, Haig, in Mißachtung der tragischen Lektion, die mit französischem Blut so beredt geschrieben stand, und der höchst genauen Nachrichtenberichte über die relative Stärke der Deutschen an seinem Abschnitt der Front, ein Artilleriebombardement und Infanterieangriff ähnlicher Art unternommen.

An der Front bei Passchendaele ließ Haig seine Artillerie einen Feuerteppich von 4.250.000 Geschossen legen und zwar auf einer 11 Meilen langen Front (das sind fünf Tonnen hochbrisanten Sprengstoff und Schrapnell pro Meter und ein Kostenaufwand von rund 100 Millionen Dollar) und verlor 400.000 Mann in der anschließenden Infanterieattacke.

Das englische Volk war über dieses sinnlose Morden von Hunderttausenden seiner besten jungen Männer derart empört, daß General Haig in Form einer Puppe auf dem Trafalgar Square in London aufgehängt wurde.

Rußland materiell unterlegen

An der Ostfront war der Aderlaß noch schrecklicher. Nachdem Japan Rußland 1905 besiegt hatte, erkannte der Zar, daß sein Land nicht für einen modernen Krieg vorbereitet war. Während sich die Kriegswolken über dem europäischen Kontinent zusammenbrauten, wurde klar, daß, wenn Rußland in der Lage sein sollte, sich zu verteidigen und seine vertraglichen Verpflichtungen ... einzuhalten, seine gesamte Armee neu organisiert, neu ausgerüstet und neu ausgebildet werden mußte.

Der Zar erklärte seinen Generälen, daß diese Mammutaufgabe, trotz eines sofortigen Bargeldprogrammes, nicht vor 1920 vollständig abgeschlossen werden könnte und daß es notwendig sei, den Frieden so lange zu erhalten, bis dieser Stand erreicht sei. Als der Krieg 1914 ausbrach, war Rußland, obwohl es die größte Armee der Welt besaß, für eine größere Auseinandersetzung erbarmungswürdig unvorbereitet.

Rußland sah sich vor eine schwere Entscheidung gestellt. Entweder mußte man zurückstehen, seine Vertragsverpflichtungen widerrufen, das Gesicht verlieren, zum Gespött der Welt und eine fünftklassige Macht werden - oder man mußte kämpfen. Rußland entschied sich zum letzteren, und zwar in dem Bewußtsein, daß der Sieg schnell erreicht werden müsse oder daß eine beispiellose nationale Katastrophe folgen werde.

Abgesehen von seiner Truppenstärke war Rußland materiell unterlegen. Das beste russische Geschütz konnte nur vier Meilen weit schießen, während die deutschen sieben Meilen erreichten: Artillerieduelle kamen einem Massenmord gleich. Rußlands elendes Los wurde noch durch die veralteten Kanonen verschlimmert, die nur einige Geschosse pro Tag abfeuern konnten. Das deutsche Heer verfügte über modernes Kriegsgeschütz, während viele russische Divisionen nur ein Gewehr je vier Mann hatten. Der Rest war mit Mistgabeln und Äxten bewaffnet.

Den Ruf, den die russischen Truppen weltweit besaßen, hat Professor Usher 1913 veranschaulicht, als er schrieb: "Die größten Schwierigkeiten für die russischen Generäle bestanden in der Qualität des Menschenmaterials, das ihnen zur Verfügung stand. Die Soldaten und selbst die Unteroffiziere waren häufig nicht intelligent genug, um eine Bewegung durchzuführen, die mehr verlangte als bloßen Gehorsam, einen Befehl buchstabengetreu auszuführen. Blinder Mut, die Fähigkeit, Hunger und Kälte zu erdulden, die die deutsche Armee zur Meuterei veranlaßt hätten, die Dumpfheit des wilden Tieres.

All dies besaßen die russischen Truppen. Intelligenz, Urteilsvermögen, Können und Initiative, all dies und vieles andere, für eine so komplexe Organisation wie eine moderne Armee lebenswichtigen Fähigkeiten fehlten der Masse der russischen Truppen ganz und gar."

Die Krone verrät Rußland

Vor Ausbruch der Feindhandlungen im Jahre 1914 hatte die Krone volle Hilfe und militärische Unterstützung an Rußland im Kriegsfall versprochen. Mit Kriegsbeginn verringerte England seine Hilfeleistungen an Rußland auf 10 Prozent der Vorkriegsleistung. Offensichtlich wollten die Geldmonopolisten - in perfekter Übereinstimmung mit dem von Albert Pike in seinem Brief vom 15. August 1871 aufgezeichneten Illuminatenplan - Rußland in eine möglichst gefährvolle Situation bringen.

General Nicholas, der Onkel des Zaren, erkannte, daß Rußlands einzige Hoffnung in einem sofortigen, entscheidenden Sieg lag. Mit dieser Zielsetzung vor Augen begann er unmittelbar mit zwei russischen Heeren einen rasanten Angriff auf Ostpreußen. Er wollte eine Bresche nach Berlin schlagen und den Sieg durch die Einnahme der deutschen Hauptstadt erringen.

In der Schlacht bei Tannenberg

(23. August bis 31. August 1914) brachte die russische Nordarmee Hindenburg zum Stillstand, während die Südarmee sich durch den Wald in Hindenburgs Rücken schlich. Als es sicher schien, daß Hindenburg zermalmt und Berlin eingenommen werden würde, kamen Befehle aus London, den Vormarsch zu stoppen und die Stellungen auf beiden Seiten zu halten. Klar, ein derartig verblüffender Sieg hätte für die Geldgeier sich als höchst unglücklich erwiesen, die eine unschätzbare Ernte aus dem Blutbad einzubringen gedachten, welches sie erst vor einigen Wochen in Europa angeheizt hatten.

Was dann an der Ostfront geschah, ist von allergrößter Bedeutung und beweist die Macht der "verborgenen Hand" im internationalen Ränkespiel um die Macht. Während die russische Armee unter dem Stillhaltebefehl stand, gab von Hindenburg, der später als ein "brillanter Militärstrateg" hochgejubelt wurde, die Front im Norden praktisch auf, indem er seine Truppen an den Südabschnitt verlegte - so daß seine Nordfront offen und ungedeckt vor der russischen Armee lag - und griff an. Von Hindenburgs vereinte Streitkräfte vernichteten die russische Südarmee in einem Kampf, dessen Todesopfer zahlenmäßig alles bisher an der Westfront Erlebte bei weitem übertraf.

Da die Hälfte ihrer regulären Streitmacht andernorts aufmarschiert war, warfen die Russen alles, was sie nur aufreiben konnten, zur Verstärkung an die Südfront, um in einem Verzweiflungskampf die anstürmenden Heere von Hindenburgs aufzuhalten. Ihr Kampf war vergebens. Die internationalen Banker bewerkstelligten die Niederlage bei Tannenberg und den Masurischen Seen und vernichteten die zweite russische Armee und gaben den Deutschen einen kla-

ren Vorsprung für die folgenden Monate. Die Russen wurden von vielen Slawen unterstützt, die von der deutschen Seite abfielen.

Daher konnte Rußland eine "Tschechische Legion" von mehr als 100.000 Mann aufstellen.

Rußland setzte seinen Kampf des Verlierers noch weitere zweieinhalb Jahre fort. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete später (am 10. November 2018): >>>**Die Urkatastrophe**

von Thorsten Hinz

Der November 1918 bescherte den Deutschen die Niederlage im Ersten Weltkrieg und die Revolution. Er markierte ein Ende und zugleich den Übergang in einen Latenzzustand, der noch hundert Jahre danach sein beunruhigendes Potential freisetzt. Um die Bedeutung und Dimension des Endes zu erschließen, muß man über den Kriegsausbruch 1914 hinaus wenigstens bis zur Reichsgründung 1871 zurückgehen.

Bis zu dem Zeitpunkt waren die deutschen Kleinstaaten und selbst Preußen als die kleinste unter den europäischen Großmächten vor allem Durchmarschgebiet, Manövriermasse, jedenfalls Objekte im europäischen Mächtespiel gewesen. Nun lebten die Deutschen im mächtigsten Land Europas, das allerdings aus geographischen, geschichtlichen und politischen Gründen permanent gefährdet war. Dieser Konflikt bildete den Ausgangspunkt für Bismarcks ausgleichende Politik, während die meisten Deutschen den rasanten Aufstieg, den das Deutsche Reich in der Wirtschaft, der Wissenschaft und dem Geistesleben nahm, für selbstverständlich und den Garanten seiner selbst hielten.

Das illusorische Gefühl der Unangreifbarkeit zeigte sich in der Erwartung eines heute vergessenen Historikers, der nächste Krieg würde "das rechte Exempel werden auf die Echtheit unserer Macht, auf die Zukunft unserer Kultur". Dieses Exempel war im November 1918 mit Aplomb gescheitert. Die deutsche Staatskunst in Berlin hatte nicht verhindern können, daß Deutschland von der halben Welt als Feind bekämpft wurde. Die Nation wurde brutal auf die Einsicht gestoßen, wie fragil der Erfolg und der Bestand ihres Nationalstaates waren.

Max Weber tobte vor Zorn

Die Reaktionen waren gespalten. Max Weber geriet außer sich vor Zorn über ein "Literatenvolk", das sich in Bezeichnungen einer deutschen "Kriegsschuld" erging und den unversöhnlichen Kriegsgegnern als Kronzeuge anbot. Die Niederlage, schrieb er im Januar 1919, mußte für diese Leute unbedingt die Folge einer Schuld sein, "dann nur entsprach sie jener 'Weltordnung', welche alle solche schwachen, dem Antlitz der Wirklichkeit nicht gewachsenen Naturen allein ertragen".

Weber skizzierte hier den Typus des Unpolitischen, der die Politik aus einer rein idealistischen Perspektive betrachtet und damit verkennt. Die Neigung, politischen Herausforderungen durch moralische Selbstanklagen, den Nachweis eigener Harmlosigkeit und durch exzessive Nachgiebigkeit zu begegnen, ist bis heute eine verbreitete deutsche Eigenschaft.

Ergänzend wies der Sozialpsychologe Kurt Baschwitz auf die Wirksamkeit des "Spiegelgedankens" hin. Als die alliierte Kriegspropaganda von abgehackten belgischen Kinderhänden berichtete, projizierte sie die Praxis der belgischen Kolonialtruppen im Kongo auf Deutschland. Gleichzeitig dienten solche Greuelberichte der moralischen Selbstentlastung angesichts der über Deutschland verhängten Hungerblockade, die tatsächlich Hunderttausende deutsche Kinder Leben und Gesundheit kostete. Trotzdem waren solche Spiegelprojektionen so übermächtig - und war die deutsche Gegenpropaganda derart hilflos -, daß sie sogar bei vielen Deutschen auf Resonanz stießen.

Die Folge in der Weimarer Republik war die unversöhnliche Konfrontation zwischen Linken und Rechten, zwischen "Novemberverbrechern" und "Kriegsverbrechern", zwischen erbitterten Stahlhelmen und "Soldaten sind Mörder-Skandierern", zwischen kosmopolitischen Überzeugungstätern, die sich lieber mit dem revolutionären Rußland oder den idealisierten westli-

chen Demokratien identifizierten, und den zunehmend aggressiven Nationalisten. Einen nationalen Konsens für ein Gefallenen-Gedenken gab es nicht.

Es war eine europäisch-abendländische Niederlage

Diesen nach innen und außen unerträglichen Zustand hätte man nur durch eine länderübergreifende "Staatsklugheit" (Baschwitz) überwinden können. Der braune Zampano aber, der 1933 die Macht ergriff, führte die innere Befriedung dadurch herbei, daß er das Pazifisten-Lager kurzerhand mit Gewalt zum Schweigen brachte. Um die Position Deutschlands im internationalen Gefüge wirklich unangreifbar zu machen, ging er mit Kontrahenten und Kriegsgegnern in einer Weise um, die jenem Horrorbild entsprach, das die Alliierten im Ersten Weltkrieg fälschlich von den Deutschen gezeichnet hatten. 1945 erschien die Propaganda von damals als eine hellsichtige Prophezeiung und damit gerechtfertigt.

Entsprechend frißt die manische Vergangenheitsbewältigung, die zunächst dem NS-Jahrzwölft galt, sich immer tiefer in die deutsche Geschichte ein. Der Erste Weltkrieg ist heute in der kollektiven Erinnerung weitgehend in die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs eingeschmolzen und gilt als zu Recht verloren. Bei den französischen Gedenkfeiern am 11. November 2009 übertrug Kanzlerin Merkel die deutschen Bußformeln, die dem Gedenken an die NS-Zeit vorbehalten sind, unbekümmert auf das Jahr 1918.

Aufmerksame Zeitgenossen bemerkten damals schon, daß die europäischen Gewinner des Krieges genauso in den Abgrund gezogen wurden wie die unterlegenen Mittelmächte. Besonders eindrücklich hat Oswald Spengler formuliert, daß die deutsche in Wahrheit eine europäisch-abendländische Niederlage war.

Indem die Nachbarländer Deutschlands sogar Hilfstruppen aus Afrika und Asien mobilisierten, um das Herzland des eigenen Kontinents zu erstürmen, hätten die europäischen Völker die Achtung der anderen verspielt und seien "von ihrem einstigen Rang herabgestiegen. Sie verhandeln heute, wo sie gestern befahlen, und werden morgen schmeicheln müssen, um verhandeln zu dürfen. Sie haben das Bewußtsein der Selbstverständlichkeit ihrer Macht verloren und merken es nicht einmal." Heute wird Wirklichkeit, was vor hundert Jahren als Flammenschrift an der Wand erschien.<<

Kriegsverluste des Ersten Weltkrieges (vom 28.07.1914 bis zum 11.11.1918)

Kriegsparteien, Truppenstärke, Gefallene, Verwundete und Gefangene des Ersten Weltkrieges (x041/60,77, x056/319, x061/404):

<u>Kriegsparteien</u>	<u>Truppen- stärke 1914</u>	<u>Truppen- stärke 1918</u>	<u>Gefallene</u>	<u>Verwun- dete</u>	<u>Kriegsge- fangene</u>
Deutsches Reich	4.500.000	11.000.000	1.809.000	4.247.000	618.000
Österreich-Ungarn	3.000.000	7.800.000	1.200.000	3.620.000	2.200.000
Osmanisches Reich	-	2.800.000	325.000	400.000	.
Bulgarien	-	1.200.000	.	.	.
Mittelmächte	7.500.000	22.800.000	3.334.000	8.267.000	2.818.000
Rußland	5.970.000	12.000.000	1.700.000	4.950.000	2.500.000
Frankreich	4.020.000	7.900.000	1.280.000	2.813.000	446.000
Französische Kolonien	-	600.000	105.000	231.000	.
Großbritannien	980.000	6.704.000	705.000	1.395.000	192.000
Britisches Weltreich	-	2.296.000	242.000	727.000	.
Serbien	200.000	700.000	360.000	.	.
Italien	-	5.500.000	460.000	947.000	530.000
Rumänien	-	750.000	250.000	.	.
USA	-	1.400.000	115.000	206.000	5.000
Ententemächte	11.170.000	37.850.000	5.217.000	11.269.000	3.673.000
Gesamt	18.670.000	60.650.000	8.551.000	19.536.000	6.491.000

Die provisorische Reichsregierung veröffentlichte am 11. November 1918 folgenden Erlaß (x243/20): >>Die Staatsbehörden und die Chefs der Reichsbehörden sind von der Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden.

Das Eindringen unbefugter Personen in die Geschäftsräume der Reichsbehörden und die Übernahme amtlicher Geschäfte durch solche Personen ist nicht gestattet. ...<<

Kaiser Karl I. ging am 11. November 1918 in die Schweiz ins Exil.

Der provisorische österreichische Staatsrat erklärte die Republik Österreich am 11. November 1918 zum Bestandteil der Deutschen Republik (x034/10).

Nach den "polnischen Teilungen" von 1772, 1793 und 1795 erfolgte am 11. November 1918 die Neugründung des polnischen Staates bzw. der Republik Polen (x051/447).

Der deutsche Theologe Prof. Dr. Georg May berichtete später (im Oktober 1989) in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 1989 (x853/...): >>>Die Wunde gegenüber Polen

(Bökmann) Das folgende Polen-Kapitel ist dem bedeutenden Werk von Professor Georg May entnommen:

Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz, Band I, S. 664-677, Verlag B. R. Grüner, Amsterdam 1981. ...

I.

Der neue polnische Staat

1. Abgetrennte deutsche Gebiete

Polen war aus dem Ersten Weltkrieg als eigener Staat hervorgegangen. Seine Grenzen waren

überall auf Kosten der Anrainer gezogen worden. Besonders schwer betroffen war das Deutsche Reich. Der Vertrag von Versailles¹⁾ gab Polen fast die gesamte Provinz Posen, ausgenommen einen schmalen Streifen im Westen, die Provinz Westpreußen, abgesehen von den rechts der Weichsel liegenden Kreisen, die Weichselniederung, die Kreise Flatow und Schlochau und Teile einiger Kreise in Ostpreußen und Niederschlesien. In einem Gebiet von ca. 43.000 km kamen beinahe drei Millionen Menschen an Polen, von denen etwa 1,1 Millionen Deutsche waren.

Danzig und ein kleines Territorium wurden zur Freien Stadt unter dem Schutz des Völkerbundes erhoben, gleichzeitig aber Polen eine bevorzugte Stellung eingeräumt. In Südostpreußen, den vier westpreußischen Kreisen, die östlich der Weichsel lagen, und in Oberschlesien wurden Volksabstimmungen angesetzt. Polen hatte mithin in Versailles eine gewaltige Beute auf Kosten Deutschlands erhalten. Das Land war daher einer der heftigsten Verfechter des Versailler Vertrages und ein zuverlässiger Verbündeter der französischen Deutschlandpolitik.

2. Polnische Gewaltakte

Gegenüber Deutschland hatten die Polen mehrfach vollendete Tatsachen zu schaffen versucht und waren zu Gewaltunternehmen übergegangen. In Posen brach Ende Dezember 1918 ein Aufstand aus, der die Polen an die Macht brachte. Im August 1919, im August 1920 und im Mai 1921 suchten polnische Aufständische Oberschlesien gewaltsam an Polen zu binden. In erbitterten Kämpfen wehrten deutsche Selbstschutzkräfte die Angriffe ab. Deutschland suchte die Weltöffentlichkeit über die brutale Haltung Polens zu unterrichten.

Vor allem trachtete die deutsche Regierung danach, den Heiligen Stuhl über die polnischen Gewalttaten in Oberschlesien aufzuklären und seine moralische Unterstützung bei der Abwehr der polnischen Übergriffe zu gewinnen. In diese Bemühungen war auch Kaas eingeschaltet. Im Jahre 1921 reiste er im Auftrag des deutschen Reichsaußenministers Friedrich Rosen (1856-1935) nach Rom, um Papst Benedikt XV. (1914-1922) über den deutschen Standpunkt bezüglich der Abstimmung in Oberschlesien zu unterrichten. Spätestens seit dieser Zeit wandte Kaas dem deutschen Osten, vor allem Schlesien und den Deutschen in Polen, seine besondere Aufmerksamkeit zu.

3. Die Abstimmungen

Die Vorbereitungen zu den Volksabstimmungen arteten in regelrechte Kämpfe aus, bei denen begreiflicherweise der Klerus eine gewichtige Rolle spielte. Der Heilige Stuhl beobachtete das Geschehen durch den zunächst als Visitator, dann als Nuntius in Polen fungierenden Achille Rattill. Der Bischof von Breslau verbot am 21. November 1920 allen Geistlichen im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet, sich politisch zu betätigen ohne Erlaubnis des Ortspfarrers. Den nicht in der Diözese Breslau inkardinierten Priestern untersagte er überhaupt jede politische Aktivität im Abstimmungsgebiet.

Er bewehrte seine Verbote mit der ipso facto eintretenden, dem Bischof zur Lossprechung vorbehaltenen Suspension. Der polnische Episkopat wandte sich gegen diesen Erlaß an den Papst, weil er angeblich die deutsche Seite begünstige. Der päpstliche Abstimmungskommissar Ogno Serra schwächte daraufhin in seinen Richtlinien vom 21. Dezember 1920 die Verordnung des Breslauer Bischofs dahin ab, daß er dem Klerus allgemein die politische Propaganda untersagte.

Die vom Versailler Frieden vorgesehenen Befragungen der Bevölkerung von Gebieten, die Polen für sich beanspruchte, fielen für Deutschland günstig aus. Die Abstimmung vom 11. Juli 1920) in Südostpreußen und Westpreußen erbrachte eine erdrückende Mehrheit für Deutschland. Die Abstimmung vom 20. März 1921 in Oberschlesien ergab knapp 60 % der Stimmen für Deutschland. In 664 Gemeinden gab es eine deutsche, in 597 Gemeinden eine polnische Mehrheit.

Unzufrieden über dieses Ergebnis, entfachte Wojciech Korfanty (1873-1939) im Mai 1921

den dritten polnischen Aufstand. Freiwilligentruppen stellten in verlustreichen Kämpfen die Ordnung wieder her. Nach dem Ergebnis der Abstimmung hätte Oberschlesien zur Gänze beim Deutschen Reich verbleiben müssen. Der Völkerbundsrat erstattete indes am 20. Oktober 1921 sein Gutachten über die oberschlesische Frage, das auf die Teilung des Landes hinauslief.

Der Botschafterrat wies dementsprechend in seiner Entscheidung vom 20. Oktober 1921 ein Viertel des Abstimmungsgebietes mit einer knappen Hälfte der Einwohner Polen zu. Dieser Beschluß war offenkundig ungerecht und parteiisch. Er beraubte Deutschland des wirtschaftlich wertvollsten Teils von Oberschlesien. Die Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien verlief zickzackförmig und sprach jeder Vernunft hohn. ...

Die polnische Minderheitenpolitik

1. Der Versuch des Minderheitenschutzes

Polen war ein Nationalitätenstaat, der litauische, weißruthenische, ukrainische, tschechische, jüdische und deutsche Bevölkerungsanteile umfaßte. Eine im Jahre 1926 angestellte geheime Berechnung ergab, daß mehr als 35 % der Bevölkerung des Landes keine Polen waren". Um so dringender war der Schutz der kulturellen Eigenart, der wirtschaftlichen Existenz und der politischen Gleichberechtigung der Minderheiten.

Er sollte durch völkerrechtliche Vereinbarungen gewährleistet werden. Der Minderheitenschutzvertrag vom 28. Juni 1919 zwischen den Alliierten und Assoziierten Hauptmächten und Polen sicherte den völkischen Minderheiten in Polen unter der Garantie des Völkerbundes freie Ausübung ihres kulturellen Erbes und Chancengleichheit in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Hinsicht zu.

Die Genfer Konvention vom 15. Mai 1922 gewährleistete den Deutschen in Oberschlesien die Errichtung von Minderheitsschulen und -klassen und regelte wirtschaftliche und Verkehrsfragen, die sich aus der willkürlichen Abtrennung Ostoberschlesiens an Polen ergaben. Zwei internationale Gremien, das "Schiedsgericht für Oberschlesien" und die "Gemischte Kommission", sollten über die Einhaltung der Bestimmungen wachen.

2. Polnische Übergriffe

Die beiden Abkommen wurden jedoch von den Polen in der Praxis fast überhaupt nicht beachtet. Die kleineren Volksgruppen wurden vielmehr von dem polnischen Staatsvolk brutal unterdrückt. Gegenüber den Deutschen bestand eine weitverbreitete Feindseligkeit, die sich häufig bis zum offenen Haß steigerte. Unterlegenheitsgefühle mischten sich in wunderlicher Weise mit Anmaßung und Großmannssucht. Der polnische Chauvinismus arbeitete rücksichtslos an der Beseitigung des Deutschtums.

Die Deutschen sollten entweder im Polentum aufgehen oder das Land verlassen". In der Tat wanderten aus Posen und Westpreußen von 1919 bis 1926 teils freiwillig, teils unter Druck etwa 600.000 Deutsche in das Deutsche Reich ab. Wer in Polen blieb und an seinem Deutschtum festhielt, hatte Nachteile bis zur Existenzvernichtung zu gewärtigen. Die deutsche Sprache und die deutsche Kultur wurden systematisch unterdrückt. ...

IV.

Provozierende polnische Außenpolitik

1. Die Spannungen mit Deutschland

Die Außenpolitik des neuen polnischen Staates war von einem rücksichtslosen Nationalismus geprägt. Die weithin bestehende Unsicherheit gegenüber dem Deutschen Reich wurde durch provozierende Arroganz kompensiert. Von 1920 bis 1925 bestanden daher fortwährende Spannungen zwischen Deutschland und Polen. Aber auch nach 1925 besserten sich die Beziehungen der beiden Länder wenig. Kaas gab Polen die Hauptschuld an dieser Lage. Am 22. März 1927 sprach er von der "polnischen Intransigenz".

An Konfliktsherden zwischen Deutschland und Polen fehlte es nicht. Namentlich die Unklar-

heit der völkerrechtlichen Stellung Danzigs führte unaufhörlich Mißhelligkeiten herauf. Leonhard von Muralt nannte den Weichselkorridor und Danzig "das schwierigste, ja 'das' unlösbare Problem der Friedenspolitik. Frank Thiess sah in dem Status Danzigs und in der Existenz des "polnischen Korridors" "eine Wunde, die am Bluten gehalten wurde und, solange sie bestand, den Frieden gefährden mußte".

Polen betrieb gegenüber seinem westlichen Nachbarn eine Politik der Drohung und der Herausforderung. Es veranstaltete an den deutschen Grenzen Manöver, die der Einschüchterung und der Abschreckung dienen sollten, und erwog zeitweilig sogar einen Präventivkrieg. In den Jahren 1930 bis 1932 wurden in Polen immer wieder Erwägungen über militärische Operationen gegen das Deutsche Reich angestellt.

Die Beziehungen zwischen Polen und dem Deutschen Reich blieben unter diesen Umständen während der gesamten Dauer der Weimarer Republik gespannt. Sie besserten sich nach der Berufung Hitlers zum Reichskanzler nicht. Am 6. März und im April 1933 traf Polen erneut militärische Vorbereitungen. Hitlers Außenpolitik gegenüber Polen schlug einen anderen Weg ein, als man ihn in der Weimarer Republik gegangen war.

2. Die Bemühungen um Ausgleich

Kaas wollte den deutschen Rechtsstandpunkt gegenüber Polen gewahrt wissen, lehnte aber den Zustand eines permanenten Konfliktes ab. Er dachte in europäischen Zusammenhängen und fürchtete die Auswirkungen der Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Polen auf Frankreich".

Er wußte, daß die öffentliche Meinung in Frankreich eine besondere Vorliebe für Polen hatte und heftig auf alles reagierte, was eine wirkliche oder vermeintliche Verletzung der Würde und der Integrität seines östlichen Verbündeten war. Am 22. März 1927 sprach Kaas im Reichstag die polnische "Ausweisungspraxis" und die "Niederlassungsfrage" an. Den Abbruch der Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen wegen eines ostoberschlesischen Ausweisungsfalles hielt er für eine überzogene Reaktion.

Zusammen mit der Bildung der neuen Regierung habe er "alle Geister des Mißtrauens im Ausland" geweckt. Er forderte eine Wiederaufnahme der Verhandlungen. Einen "Handelskrieg mit Polen" lehnte er ab". Die Erwartung, Polen könne durch wirtschaftlichen Druck zur Grenzrevision veranlaßt werden, sei "eine Illusion". Kaas ließ keinen Zweifel daran, daß seine Partei "an den grenzpolitischen grundsätzlichen Ansprüchen" gegenüber Polen, "an der Forderung der Korrektur des Unrechts, das in Oberschlesien, im Korridor und in Danzig geschehen ist", festhalte. Indes müsse zwischen dringlichen Gegenwartsfragen und zukünftigen Regelungen unterschieden werden.

Für jetzt seien friedliche Wirtschaftsbeziehungen und kulturelle Zusammenarbeit die beste Voraussetzung, um letztere zu erreichen. In der Behandlung der deutschen Minderheit müsse sich "nicht nur gesetzgeberisch, sondern auch in der bisher schikanösen Verwaltungspraxis" etwas ändern, wenn zwischen Polen und Deutschland ein gutnachbarliches Verhältnis hergestellt werden solle. ...

Die versöhnlichen Worte, die Kaas an Polen richtete, wurden dort nicht honoriert. In der polnischen Presse schlug ihm vielmehr eine Welle von Beschimpfungen und Vorwürfen entgegen.

V.

Die Revision der deutschen Ostgrenze

1. Die Übereinstimmung der Regierungen und der Parteien der Weimarer Republik

Die Weimarer Republik weigerte sich beharrlich, die deutsch-polnische Grenze als endgültig anzuerkennen. Die deutschen Regierungen sahen die in Versailles diktierte deutsche Ostgrenze für ebenso unannehmbar an wie den gesamten Friedensvertrag.

Walther Hubatsch hat richtig festgestellt, daß kein einziges Kabinett in der Zeit der Weimarer

Republik die deutschen Ostgrenzen "hingenommen" hat, daß vielmehr "die revisionistische Strömung gegen den Versailler Vertrag ... im Auslande auf keinem anderen Gebiet so stark gewesen (ist) wie auf dem der Grenzziehungen im Osten". Selbst der konziliante Stresemann hielt an der Revision der Ostgrenze als einer unbedingten Notwendigkeit fest.

Für ihn war die friedliche Grenzregulierung gegenüber Polen ein unverrückbares außenpolitisches Ziel. Auf der Locarno-Konferenz weigerte sich die deutsche Regierung, die ihr angebotene Garantie für die Ostgrenze abzugeben. Der Vertrag von Locarno gewährleistete daher die deutsch-polnische Grenze nicht. Die aus Angst, Haß und Erbitterung gemischte deutsch-feindliche Stimmung in Polen erklärt sich zum Teil von daher.

Die Haltung der deutschen Regierung war zum großen Teil von der Rücksicht auf die Einstellung im Volk bestimmt. Die meisten Deutschen ohne Unterschied der parteipolitischen Einstellung sahen die deutsch-polnische Grenze, wie sie der Vertrag von Versailles geschaffen hatte, als unerträglich an. Die deutschen Parteien waren sich darin einig, daß die Ostgrenze revidiert werden müsse.

Es ist richtig festgestellt worden, daß es "in den außenpolitischen Fragen der Weimarer Republik wohl kein zweites Problem" gab, "worüber solche Einstimmigkeit aller Parteien im Reichstag herrschte". Die radikalen Parteien lehnten die Locarno-Verträge u.a. deswegen ab, weil sie ihrer Meinung nach die Revision der deutschen Ostgrenze ausschlossen. Bis zum Ende der Weimarer Republik wehrten sich Vertreter aller Parteien leidenschaftlich gegen ein "Ost-Locarno".

2. Die Stellung des Zentrums

Das Zentrum machte in der Frage der Revision der deutschen Ostgrenze keine Ausnahme. Seine Sprecher drückten sich in dieser Hinsicht eindeutig aus. Ulitzka sah in der deutsch-polnischen Grenze ein Provisorium, das bereinigt werden müsse". Ebenso bezeichnete Brüning am 24. Mai 1932 im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags eine Garantie der polnischen Westgrenze als "für uns untragbar".

Kaas teilte diese Ansicht. Am 9. Mai 1927 erklärte er in Köln, eine "Locarnisierung der Ostgrenze" wäre "ein schreiendes Unrecht gegen die Existenz- und Selbstbestimmungsrechte des deutschen Volkes". Die deutsch-polnische Grenze stelle "eine politische und wirtschaftliche Unmöglichkeit" dar. Diesen Feststellungen setzte Kaas aber die Aufforderung bei, auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu einer erträglichen Zusammenarbeit mit Polen zu kommen. Er forderte beiderseitiges christliches Entgegenkommen, um die ungeheuren Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern zu überwinden.

Die letzte Bemerkung zeigt, daß Kaas unter der Tatsache litt, daß zwei christliche Völker es nicht vermochten, zu einem friedlichen und freundschaftlichen Zusammenleben zu finden. Allerdings spielte die dem Zentrum vergleichbare Partei der "Christlichen Demokratie" im politischen Leben der polnischen Republik keine große Rolle. Im übrigen wurde der Katholizismus dort zwar aus politischen Gründen betont; aber christliche Maximen wurden in der Praxis kaum beachtet.

Auf dem Ostparteitag der DZP in Breslau am 14. April 1929 sagte Kaas, die Grenzziehung im Osten sei "ein wirtschaftlicher Nonsens, ein Experiment mit explosiven Möglichkeiten". Nicht durch kriegsrische Maßnahmen, sondern durch die Waffe des Rechts kämpfe Deutschland um eine Änderung dieses Zustands. An die "Möglichkeit einer naheliegenden Grenzkorrektur" glaube er nicht. Gewaltanwendung komme nicht in Frage. Das waren mutige Worte. Denn sie stießen auf eine gerade im deutschen Osten besonders starke Animosität gegen Polen, die nicht selten mit dem Gedanken spielte, die verlorenen deutschen Gebiete durch Kampf zurückzuholen. Kaas appellierte gegenüber dieser leidenschaftlichen Ablehnung an die Vernunft und an das Recht.

Zwei Jahre später hob Kaas seinen Standpunkt erneut mutig hervor. Am 10. Februar 1931 sag-

te er im Reichstag in bezug auf den östlichen Nachbarn des Reiches: "Aber gegenüber der Grenzen, gegenüber dem Ausmaß, das dieser Staat in Versailles teilweise auch zum Schaden seiner eigenen wohlverstandenen Interessen gefunden hat, haben wir sachliche Bedenken, und wir müssen uns das Recht wahren, festzustellen, wo die Mindestgrenze deutschen Rechtsanspruches verläuft."

Diese Forderung brauche "nicht zu hindern, daß man auch schon in der Gegenwart versucht, zu einem nachbarlichen Verhältnis zu kommen und dadurch eine Atmosphäre zu schaffen, in der eine förderliche Weiterbehandlung der zwischen den beiden Staaten hängigen Dissonanzen überhaupt erst möglich wird". Man sieht, daß bei Kaas die Anmeldung des Revisionsanspruches stets mit dem Appell, erträgliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern herzustellen, gekoppelt war.

Auch im Ausland machte Kaas kein Hehl aus seiner Überzeugung, daß Deutschland im Osten verlorene Gebiete zurückerhalten müsse. Als französische Parlamentarier in Genf ihn nach dem Verhältnis Deutschlands zu Polen befragten, antwortete er, Deutschland bejahe zwar "die Existenz und Unabhängigkeit des polnischen Staates als eine europäische Notwendigkeit"; aber "die friedliche Revision" der polnischen Westgrenze sei "ebenfalls eine europäische Notwendigkeit".

Nach Kaas hätten die französischen Parlamentarier für diesen Standpunkt volles Verständnis gehabt. In der Tat gab es nicht wenige ausländische Stimmen, die den deutschen Revisionsanspruch als berechtigt anerkannten. Eine Erfüllung war ihm nicht beschieden. Als Hitler daran ging, das Problem der deutschen Ostgrenze gewaltsam zu lösen, stolperte er in den Zweiten Weltkrieg hinein. Als seine Folge verlor Deutschland mehr Gebiet im Osten, als es bei einer Revision der deutsch-polnischen Grenze hätte zurückgewinnen können. ...<<

Die provisorische deutsche Regierung (Vorsitz: Friedrich Ebert) verkündete am 12. November 1918 (x128/102-103): >>**An das deutsche Volk!**

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt, die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährleistet. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen. ...
9. Die seit Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeitsschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Forderungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden, spätestens am 1. Januar wird der 8stündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheiten zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. ... Die Wohnungsnot wird durch die Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden. Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden.

Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater, sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht aufgrund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20

Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht. ...<<

Die provisorische österreichische Nationalversammlung nahm am 12. November 1918 ein neues Verfassungsgesetz an.

Artikel I der vorläufigen österreichischen Verfassung lautete (x063/525): >>Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik. ...<<

Spätere Volksabstimmungen ergaben überwältigende Mehrheiten für den Anschluß an das Deutsche Reich.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Anschluß" Österreichs an das Deutsche Reich (x051/25-26): >>Anschluß ... Der Anschlußgedanke reichte zurück bis in die Freiheitskriege (1813/15) und meinte die Vereinigung der deutschsprachigen Gebiete Österreichs mit Deutschland. Ihm standen Partikularinteressen, Bismarcks kleindeutsche Politik und der Vielvölkercharakter der habsburgischen Monarchie lange entgegen. Erst nach deren Untergang im 1. Weltkrieg rückte ein Anschluß politisch in greifbare Nähe, gefördert noch durch wirtschaftliche Existenzsorgen des deutsch-österreichischen Rumpfstaates nach der Niederlage.

Die provisorische österreichische Nationalversammlung nahm am 12.11.18 ein Verfassungsgesetz an, das Deutsch-Österreich einschließlich des Sudetengebietes zum Bestandteil der Deutschen Republik erklärte; am 12.3.19 einstimmig bestätigt.

Der Friedensvertrag von Saint-Germain aber untersagte selbst die Bezeichnung Deutsch-Österreich, machte eine Änderung der österreichischen Selbständigkeit von der Zustimmung des Völkerbundes abhängig und damit vorerst illusorisch; in der österreichischen Bundesverfassung vom 10.10.20 fehlte daher ein Anschlußpassus, und aus der Weimarer Verfassung mußte auf Druck der Alliierten am 22.9.19 der Artikel 61 gestrichen werden, der Österreich bis zum Anschluß (eine) beratende Stimme im Reichsrat gewährte.

Diese massive Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts trug nicht unwesentlich zur Diskreditierung der Friedensverträge bei und sicherte der Anschlußagitation weit über nationale Kreise hinaus Aufmerksamkeit. Wie wirksam sie war, zeigen die immer neuen, v.a. französischen Forderungen, Österreichs Selbständigkeit festzuschreiben: 1922 mußte Wien für 20 Jahre auf einen Anschluß verzichten, um eine Völkerbundsanleihe zu bekommen, 1931 wurde eine deutsch-österreichische Zollunion von den Großmächten torpediert, 1932 im Lausanner Protokoll eine Anleihe erneut vom Anschlußverzicht abhängig gemacht.

Das führte zu erheblichen innenpolitischen Schwierigkeiten, weil fast alle österreichischen Parteien im Programm auf den Anschluß festgelegt waren. Erst nach Hitlers Machtergreifung im Reich strichen Christlich-Soziale wie Sozialdemokraten entsprechende Forderungen; auch die katholische Kirche wandte sich vom Anschlußgedanken ab und förderte die österreichische Eigenstaatlichkeit. Das Feld der Anschlußpolitik blieb der Großdeutschen Volkspartei und den österreichischen Nationalsozialisten überlassen.

Und das in zweierlei Sinn: Auch Hitler nämlich stellte zunächst Anschlußforderungen aus taktisch-außenpolitischen Gründen zurück, da die Redlichkeit seiner Friedensbeteuerungen nicht zuletzt am politischen Verhältnis zu seinem Heimatland gemessen werden würde; die Presse erhielt Anweisung, das Wort "deutsch-österreichischer Anschluß" zu meiden (22.6.33). Das änderte allerdings nichts an dem schon in "Mein Kampf" gleich einleitend formulierten Ziel: "Deutsch-Österreich muß wieder zurück zum großen deutschen Mutterlande", eine Kernforderung nicht nur im Rahmen der Revisionspolitik, sondern auch weltanschaulich: "Gleiches Blut gehört in ein gemeinsames Reich." ...<<

Die Sudetendeutschen erklärten am 13. November 1918 den Anschluß an Deutsch-Österreich (x184/19).

In Deutsch-Ostafrika schlossen die letzten deutschen Truppen (Kommandeur: Generalmajor Paul von Lettow-Vorbeck, 1870-1964) am 14. November 1918 eine Waffenstillstandsvereinbarung.

Während der Kämpfe um die deutschen Kolonien (vom 7.11.1914 bis zum 14.11.1918) setzten die Briten und Japaner über 120.000 Soldaten gegen das zahlenmäßig schwache deutsche Ostafrika-Korps ein (nur 155 deutsche Soldaten und rund 4.200 ostafrikanische Soldaten). Die deutschen Truppen verteidigten sich jedoch äußerst geschickt. Bis zum Kriegsende konnten die überlegenen Angreifer das deutsche Ostafrika-Korps, daß von tapferen und treuen afrikanischen Hilfstruppen unterstützt wurde, nicht entscheidend besiegen (x041/67).

Die "Deutsche Bergwerkszeitung" berichtete am 16. November 1918 (x034/11): >>Die Totengräber des alten Reiches haben ihr Werk vollendet, aber die Erde, die sie bewegten, hat sie selbst mitbegraben. Die Drahtzieher Erzberger, Gothein, Gröber, Trimborn und wie sie alle heißen, ... sind verweht wie der Spreu in alle Winde. Ihre Exzellenzherrlichkeit war von arg kurzer Dauer.<<

Am 16. November 1918 erfolgte die Gründung der Ungarischen Republik.

Nach dem Sieg der deutsch-lettischen Landwehren gegen die Bolschewisten gründete man am 18. November 1918 die Republik Lettland (Hauptstadt = Riga).

Lettland wurde aus den russischen Provinzen Kurland und Südlivland gebildet. Im Jahre 1935 betrug die Bevölkerung rd. 1.939.000 Einwohner (75,0 % Letten, 13 % Russen, 5 % Juden, 4 % Deutsche, 3 % Polen). Konfession: Überwiegend Protestanten (x019/138).

Bekannte Städte waren z.B.: Riga, Rositten, Windau, Paulshafen, Libau, Dünaburg.

Ein Dekret der polnischen Regierung vom 18. November 1918 für die Wahl des polnischen Parlaments umfaßte bereits Teile Ostpreußens (Masuren und Ermland) Westpreußen, Posen und Oberschlesien (x070/147).

Die rumänische Nationalversammlung vereinbarte in Karlsburg (Alba Julia) am 18. November 1918 die sog. Karlsburger Beschlüsse.

Der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten, Friedrich Ebert, erklärte am 25. November 1918 auf der Reichskonferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder in Berlin (x243/20): >>Wir (die sechs Volksbeauftragten) mußten, nachdem wir die politische Macht in die Hand genommen hatten, dafür Sorge tragen, daß diese Maschine weiterläuft, um unsere Ernährung und Wirtschaft aufrecht erhalten zu können. ... Dazu brauchen wir die erfahrene Mitarbeit der Fachleute. ...<<

Hugo Haase (Vorsitzender der USPD und neben Friedrich Ebert Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten) schrieb am 26. November 1918 in einem Brief an seinen Sohn (x149/34): >>Die harten Waffenstillstandsbedingungen, die Notwendigkeit der überstürzten Demobilisierung, das Detail der Ernährungspolitik erheischten mehr als sonst die Aufrechterhaltung des eingearbeiteten Verwaltungsapparats.

Die alten Beamten, die sich mit der Revolution abgefunden haben, ... sind im Innern radikalen Neuerungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet nicht geneigt, als bloße Techniker sind sie dennoch nicht zu entbehren.

Die Scheidemänner haben aber Bürgerliche auch in wichtigen politischen Stellungen gelassen. ... Ich würde allein mit meinen Freunden die Regierung ergriffen haben, wenn nicht die Soldaten fast einmütig darauf bestanden, daß wir mit Ebert die Gewalt teilen sollten, und wenn nicht ohne Ebert ein erheblicher Teil der bürgerlichen Fachmänner Sabotage treiben würde.

So müssen wir manches in Kauf nehmen, was uns ... (gegen den Strich) geht. Der revolutionäre Elan wird stark gedämpft. ...<<

Kaiser Wilhelm II. dankte im holländischen Exil am 28. November 1918 ab, um anständige, gerechte Friedensverhandlungen nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons zu ermöglichen.

Die handschriftlich unterzeichnete Abdankungsurkunde des Kaisers vom 28. November 1918 lautete wie folgt (x979/...): >>Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone.

Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des Preußischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueeides, den sie Mir als ihrem Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben.

Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reichs den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das Deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.<<

Der deutsche Philosoph Erik Lehnert berichtete später über die Abdankung des Kaisers Wilhelm II. (x1.035/...): >>Friede oder Hohenzollern?

Deutschland im Herbst 1918

Die Ereignisse, die im Herbst 1918 zum Thronverzicht und schließlich zur Abdankung von Kaiser Wilhelm II. führten, sind in der geschichtspolitischen Propaganda der letzten 100 Jahre zu einem Prozeß umgedeutet worden, der etwas längst Überfälliges vollzogen hätte.

Da der Kaiser und das kaiserliche Deutschland im Versailler Vertrag als Alleinschuldige am Ersten Weltkrieg benannt wurden, konnte es keinen anderen Weg geben. Das Kaiserreich habe sich als historischer Irrweg erwiesen, den die Deutschen im November 1918 endlich verlassen hatten.

Dabei tritt in den Hintergrund, daß das Kaiserreich am Vorabend des Weltkrieges glänzend dastand, und daß es auch am Ende des Weltkriegs - anders als in Rußland - kaum ernsthafte Bestrebungen gab, den Kaiser zu beseitigen, wenn Deutschland nicht vor die Alternative gestellt worden wäre: Friede oder Hohenzollern?

Das Schicksal Wilhelms II. war längst mit dem Kriegsausgang verknüpft

Durch den Ersten Weltkrieg hatte sich die öffentliche Wahrnehmung des Kaisers zweifellos geändert. War er vor dem Krieg die anerkannte Instanz über dem Parteienstreit gewesen, mußte er sich jetzt praktisch als Führer in der Not bewähren. Hatte man ihm damals harmlose Marotten lächelnd nachgesehen, wog jetzt jede kleinste Verfehlung doppelt schwer.

Kaiser Wilhelm II. 1918

Die von ihm ausgewählten und durchgesetzten Heerführer versagten, und es entstand ihm in der Person des Feldmarschalls Paul von Hindenburg ein Konkurrent, der dem Kaiser in der Öffentlichkeit allmählich den Rang ablief. Bereits durch den Sieg bei Tannenberg Ende August 1914 war Hindenburg von der Aura des Siegers umgeben. Die Geländegewinne im Osten schrieb man ihm gut, während der - zunehmend als sinnlose Schlächtereie empfundene - Stellungskrieg im Westen das Konto des Kaisers belastete.

Daher war dem Kaiser schon im April 1917 klar, daß es in diesem Krieg auch um seine Krone gehen würde. Auch in der nächsten Umgebung des Kaisers und bei ihm durchaus gewogenen Leuten gab es diese Auffassung.

Der Bankier und Staatssekretär Karl Helfferich glaubte nach dem Zeugnis von Admiral von Müller, dem Chef des Marinekabinetts beim Kaiser, schon am 2. Oktober 1918 nicht mehr, daß der Kaiser "noch über Weihnachten hinaus regieren werde, und über den Kronprinzen (den ältesten Sohn Wilhelms II. als dessen Nachfolger] würde das Volk erst recht hinweggehen. Es sei gar nicht unwahrscheinlich, daß die Entente das Abtreten Wilhelms II. als Friedensbedingung fordern werde..."

Zuspitzung der Ereignisse im Oktober 1918: der Notenwechsel mit US-Präsident Wilson

Für die Abdankung des Kaisers ist dann tatsächlich der Notenwechsel mit dem amerikanischen Präsidenten Wilson entscheidend geworden. Er hat sich im nachhinein als Sargnagel der Monarchie erwiesen.

Vorausgegangen war dem Notenwechsel das Eingeständnis der Obersten Heeresleitung um Hindenburg und Ludendorff, daß das Halten der Front nicht länger garantiert werden könne. Über die wirkliche Lage an der Front und auch über den Zustand der alliierten Truppen ist viel gestritten worden. Offenbar schätzten die Alliierten den Kampfwert der deutschen Truppen wesentlich höher ein und rechneten nicht mehr damit, daß der Krieg 1918 beendet werden würde. Da auf deutscher Seite in der Annahme gehandelt wurde, daß Gefahr im Verzug sei, sind diese Spekulationen für die Anbahnung des Friedens letztlich unwichtig. Sie werden erst später wieder interessant, als es um die Frage des "Dolchstoßes" ging.

US-Präsident Woodrow Wilson 1918

In Bezugnahme auf die 14 Punkte des US-Präsidenten Wilson, die dieser am 8. Januar 1918 verkündet und in der Folge immer weiter ausgebaut hatte, richtete der neue Reichskanzler Max von Baden, der extra deshalb ins Amt gekommen war, am 5. Oktober 1918 das Ersuchen an Wilson, die Herstellung eines Friedens in die Hand zu nehmen. Die Berufung auf die 14 Punkte war nicht unproblematisch, da sie so vage gehalten waren, daß sich daraus fast jede Forderung, insbesondere die sofortige Räumung der von den Deutschen besetzten Gebiete, ableiten ließ. Wilson ließ seinen Staatssekretär Robert Lansing am 8. Oktober daraufhin drei Fragen bzw. Bedingungen übermitteln.

Er ließ fragen, ob die Bitte um Frieden die Annahme der Bedingungen beinhalte, so daß im Anschluß nur noch Formalien zu klären seien und forderte als Bedingung die Räumung der besetzten Gebiete im Westen. Den entscheidenden Hinweis auf die Stoßrichtung, die sich in der Folge immer deutlicher herausstellen sollte, gibt die abschließende Frage, "ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben".

In ihrer Antwortnote, die nicht mehr vom Reichskanzler, sondern vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, dem Außenminister, Wilhelm Solf, unterzeichnet war, bejahte die deutsche Regierung am 12. Oktober die erste Frage mit dem Zusatz, daß man davon ausginge, daß sich auch die Feinde an die 14 Punkte Wilsons halten würden, und versprach den Räumungsvorschlägen zu entsprechen. Zum heiklen letzten Punkt heißt es:

"Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstags. In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes."

US-Regierung: "Regime Change" in Deutschland als Friedensbedingung

Diese viel- und nichtssagende Versicherung genügte der amerikanischen Seite nicht, da die neue Regierung zwar auf parlamentarischer Basis gebildet, der Kanzler jedoch vom Kaiser bestimmt worden war. In der Note vom 14. Oktober wurde man daher deutlicher, indem man die Friedensbedingungen, denen sich das Deutsche Reich zu unterwerfen habe, mit dem Zitat einer Rede Wilsons vom 4. Juli 1918 präziserte.

Die Forderung lautete: "Vernichtung jeder Willkür und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens ihre Herabdrückung zu tatsächlicher Machtlosigkeit." Weiter heißt es in der Note: "Und die Macht, die bisher die deutsche Nation beherrscht, ist von der hier beschriebenen Art. Es liegt innerhalb der Wahl der deutschen Nation, das zu ändern." Ausdrücklich nennt die Note diesen Sachverhalt als die Bedingung, die dem Friedensschluß vorausgehen muß. Daher verlangte der US-Präsident entsprechende Bürgschaften in dieser "grundsätzlichen Frage".

Am 21. Oktober antwortete Solf mit dem Hinweis auf die auf den Weg gebrachten Gesetze, die das Deutsche Reich in eine konstitutionelle Monarchie verwandeln würden und betonte den grundsätzlichen Wandel, der sich bereits vollzogen habe. Die Mitwirkung des Reichstags sei sichergestellt, und die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber dem Reichstag werde ausgebaut.

"Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unzweideutig dahingehend beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die, frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes."

Nachdem bislang der deutsche Kaiser nicht ausdrücklich erwähnt worden war, obwohl jedem Leser klar sein mußte, wessen Kopf hier gefordert wurde, ging die amerikanische Seite in ihrer Note vom 23. Oktober noch einen Schritt weiter. Da diese entscheidenden Passagen oft nur erwähnt werden, seien sie hier ausführlich zitiert:

"Der Präsident (Wilson) fühlt, daß er nicht aufrichtig wäre, wenn er nicht - und zwar in möglichst klarer Form - betonen würde, warum außerordentliche Sicherungen verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Äußeren in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so erscheint es doch nicht, daß die Grundsätze einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind, oder daß eine Bürgschaft besteht oder erwogen wird, damit die Systemänderung und die Durchführung der Maßregeln, über die jetzt teilweise eine Einigkeit erzielt worden ist, dauernd sein werden.

Außerdem tritt nicht gerade in Erscheinung, ob der Kern der gegenwärtigen Frage getroffen worden ist. Es ist möglich, daß künftige Kriege jetzt unter Kontrolle gestellt worden sind, aber der gegenwärtige Krieg war es nicht und es handelt sich um den gegenwärtigen Krieg, mit dem wir es jetzt zu tun haben. Es ist klar, daß das deutsche Volk kein Mittel besitzt, um zu befehlen, daß sich die deutschen Militärbehörden dem Volkswillen unterordnen, daß die Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reiches unter seiner Kontrolle zu halten, noch unzerstörbar ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herrscher in Deutschland waren.

In dem Gefühl, daß der ganze Weltfrieden jetzt davon abhängt, daß klar gesprochen und aufrichtig und klar gehandelt werde, betrachtet es der Präsident als eine Pflicht, ohne irgendeinen Versuch zu machen, Worte, die als schroff gelten können, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen und hegen können, die bis jetzt die deutsche Politik beherrschten, und ebenfalls zu betonen, daß beim Friedensschluß und beim Versuche, die endlosen Leiden und Ungerechtigkeiten dieses Krieges ungeschehen zu machen, die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem anderen als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine wahre verfassungsmäßige Haltung bieten, als die bisherigen Beherrscher Deutschlands.

Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, kann und muß es nur die Aussicht haben, daß wir später auch mit ihnen bei der Regelung der internationalen Verpflichtungen des deutschen Reiches zu tun haben werden. Dann kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß es sich ergeben. Diese wesentlichen Dinge können nicht unausgesprochen bleiben."

Konstitutionelle Monarchie nur als Zwischenschritt

Auch wenn diese hinterhältigen Forderungen von der Obersten Heeresleitung abgelehnt wurden, liefen die politischen Konsequenzen doch auf deren Erfüllung hinaus. Die Regierung hatte schon Anfang Oktober eine zaghafte Verfassungsänderungsinitiative gestartet, die Mitte Oktober um eine weitergehende ergänzt worden war, um die konstitutionelle Monarchie Realität werden zu lassen. Beide Gesetze wurden nach Änderung durch den Reichstag von diesem in seiner letzten Sitzung am 25. und 26. Oktober angenommen.

Am 26. Oktober war Ludendorff entlassen und Groener zu seinem Nachfolger berufen worden. Dementsprechend konnte Solf in einer abschließenden Note an Wilson Vollzug melden: "Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die

entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt." Formellen Abschluß fand diese Verfassungsänderung durch die Zustimmung des Bundesrates und die Unterzeichnung des Kaisers am 28. Oktober 1918.

Die Spekulationen über die konkreten Forderungen der Alliierten schossen in der öffentlichen Debatte ins Kraut, weil es in jedem Land eine gemäßigte und eine radikale Seite gab, von denen unklar war, wer sich durchsetzen würde. In Deutschland war man sich einig, daß man nicht jede Forderung akzeptieren würde. Beispielsweise erklärte selbst der radikale Sozialist Georg Ledebour im Reichstag, daß man niemals auf Danzig verzichten würde.

Wenn der Preis der Kaiser war, wollte man diesen allerdings zahlen, weil die Deutschen hungerten und Ruhe brauchten. "Durch alle Bevölkerungsschichten hindurch zog sich der eine gemeinsame Wunsch nach Frieden, und das hieß zum einen: Abdankung des Kaisers, der dem Frieden im Weg zu stehen schien (bedingt durch die amerikanischen Forderungen); und zum anderen: parlamentarische Demokratie, denn nichts war im Augenblick der Niederlage gewisser als die Schuld das alten Systems", so der Historiker Hagen Schulze.

Der Kaiser verläßt Deutschland

Dieser Situation war der Kaiser nicht gewachsen. Er entzog sich diesen Forderungen, indem er Berlin verließ und sich ins Große Hauptquartier, nach Spa in Belgien, begab. Er ist offenbar der Überzeugung gewesen, daß er sich auf das Heer weiter verlassen würde können und mit ihm gemeinsam Gegenmaßnahmen ergreifen könne. Die Möglichkeiten, die erwogen wurden, reichen vom Gedanken, die Heimat durch eine Operation des Feldheeres wieder zu erobern, bis hin zu der Überlegung, sich an der Spitze seiner Truppen im Kampf gegen den Feind zu opfern.

Die erste Variante verwarf der Kaiser, weil er Deutschland den Bürgerkrieg ersparen wollte. Die zweite Variante wurde ihm, wie auch die Überlegung, nach geschlossenem Waffenstillstand an der Spitze des Heeres in die Heimat zurückzukehren, von General Groener mit den berühmten Worten ausgedrückt: "Das Heer wird unter seinen Führern und kommandierenden Generälen in Ruhe und Ordnung in die Heimat zurückmarschieren, aber nicht unter dem Befehl Eurer Majestät, denn es steht nicht mehr hinter Euer Majestät!"

9. November: das Ende der Monarchie in Deutschland

Diese realitätsferne Debatte dringt gerüchteweise nach Berlin und heizt die Stimmung dort, wo die Mehrheitssozialisten noch versuchen, die Abdankungsdebatte klein zu halten, noch zusätzlich an. Max Weber, der allerdings immer zu den Gegnern Wilhelm II. zählte, war sogar der Meinung, daß der Kaiser "durch die Desertion aus der Hauptstadt und Spielen mit dem Staatsstreich die Revolution geradezu provoziert" habe.

Schließlich begann am 8. November das Waffenstillstandsdictat in Compiègne; am nächsten Tag erreichte die Revolution, die zunächst nur in Kiel und Bayern ausgebrochen war, Berlin. Der Reichskanzler Max von Baden erklärte ohne Rücksprache mit Wilhelm dessen Thronverzicht. Mit den Worten: "Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das alte Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt! Die Hohenzollern haben abgedankt! Es lebe die deutsche Republik!", rief der Staatssekretär und Sozialist Philip Scheidemann die Republik aus. Der Kaiser floh auf Anraten Hindenburgs in die neutralen Niederlande.

Daß die Deutschen den Kaiser für den Frieden opferten, kann man ihnen in der damaligen Situation nicht verdenken. Allerdings muß man aus der heutigen Perspektive zwei Dinge ergänzen. Zum einen bedeutete die Lossagung vom Kaiser für alle Beamten und Offiziere einen Bruch des Treueeids, was für die Weimarer Republik eine nicht zu unterschätzende Hypothek darstellte. Zum anderen führte die Abdankung des Kaisers, die nach dem überstürzten Thronverzicht am 28. November formal nachgeholt wurde, keineswegs zum Frieden.

Schließlich blieb die Hungerblockade der Alliierten bestehen, Deutschland war den Feinden

hilflos ausgeliefert, mußte im Osten gegen den Bolschewismus kämpfen und fand erst nach einem Bürgerkrieg zu einem fragilen Frieden, der durch einen neuen Weltkrieg, der schon im Versailler Vertrag angelegt war, sein Ende fand. Es war also nicht nur Naivität, sondern auch Hilflosigkeit, die zu den Ereignissen von 1918 führte.

Der Krieg zweier Weltanschauungen

Zum Schluß bleibt die Frage, warum die Alliierten, insbesondere Wilson, unbedingt die Abdankung des Kaisers wollten. Die Amerikaner brauchten ein Symbol für den Sieg des Guten, und das war die Demokratisierung Deutschlands. Der Reeder und Kaiservertraute Albert Ballin hatte Anfang September gegenüber dem Kaiser den "brennenden Wunsch Wilsons (der allein heute, weil die Arbeiterparteien der Westmächte ihn als Sachwalter betrachten, den Schlüssel zum Haustempel hat), den Krieg nicht militärisch, sondern ideologisch zu enden", noch als Trumpf Deutschlands bezeichnet, dabei aber unterschätzt, zu welch harten Konsequenzen vor allem ein Ideologe vom Schlage Wilsons fähig sein würde.

Der Krieg war kein "normaler" Krieg mehr, in dem man den Unterlegenen weiterleben läßt, sondern einer, in dem der Feind von alliierter Seite nicht als Gegner, sondern als Krimineller, den es unschädlich zu machen und zu bestrafen gilt, betrachtet wurde. Die Amerikaner waren, insbesondere in der Person des außenpolitischen Beraters von Wilson, Oberst House, zudem der Überzeugung, daß dieser Krieg zwischen Demokratien und Autokratien ausgefochten wurde. Allerdings waren die Regierungssysteme ganz offensichtlich nicht entscheidend.

Auch wenn heute die Ansicht verbreitet ist, daß der Erste Weltkrieg zwischen den Monarchien in Deutschland und Österreich-Ungarn auf der einen und den alliierten Demokratien auf der anderen Seite geführt wurde, war das jeweilige Regierungssystem kein Grund für Koalitionen. Das demokratische Frankreich war mit dem zaristischen Rußland verbündet, das aus Sicht der Alliierten viel besser zu Deutschland gepaßt hätte.

"Die Sanduhr läuft ab."

Daß es um grundsätzlicheres ging, hatte der Kaiser ebenfalls erkannt, wenngleich er es anläßlich seines 30jährigen Regierungsjubiläums anders zuspitzte. Es handelte sich bei dem Weltkrieg in seinen Worten "nicht um einen strategischen Feldzug, es handelte sich um den Kampf von zwei Weltanschauungen. Entweder soll die preußisch-deutsch-germanische Weltanschauung, Recht, Freiheit, Ehre und Sitte, in Ehre bleiben, oder die angelsächsische, das bedeutet: dem Götzendienste des Geldes verfallen. Die Völker der Welt arbeiten als Sklaven für die angelsächsische Herrenrasse, die sie unterjocht. Die beiden Anschauungen ringen miteinander, und da muß die eine unbedingt überwunden werden..."

Auch wenn Max Weber in dieser Zuspitzung die Ursache für die alliierten Forderungen nach Abdankung sehen wollte, weil Wilhelm den Krieg zu seiner persönlichen Fehde gemacht habe, handelt es sich bei diesen Worten um eine richtige Einsicht.

Es ging um einen Weltanschauungskrieg, der entsprechend geführt wurde. Das Symbol für "Recht, Freiheit, Ehre und Sitte" mußte daher abdanken. Es war nur unklug, diese Gedanken so offen zu äußern. Über sein Schicksal haben diese Worte sicherlich nicht entschieden. Sie stehen aber symptomatisch für ein Problem, das letztendlich ursächlich für die Abdankung gewesen ist.

Der Kaiser und die Deutschen waren der alliierten Propaganda, die den Gegner verteufelte und selbst für die gute Sache der Menschenrechte zu streiten vorgab, nicht gewachsen. Die Deutschen lernten im Laufe der vier Jahre am eigenen Leib kennen, was sich hinter der alliierten Heuchelei verbarg, z.B. durch die englische Hungerblockade. Der Kaiser lebte zunehmend in seiner eigenen Welt und verlor damit die Verbindung zur Wirklichkeit, die sich gerade in diesen Jahren grundlegend wandelte. ...<<

In Mährisch Trübau wurden am 29. November 1918 fünf deutsche Demonstranten (3 Frauen und 2 Schüler) durch tschechische Sicherheitskräfte erschossen (x206/26).

Der Schriftsteller Friedrich Lienhart begrüßte die heimkehrenden deutschen Soldaten im November 1918 mit dem folgenden Gedicht (x267/326):

>>Wir können nicht, du tapferes Heer,
mit Glockenschlag dich lohnen –
Wir haben keine Glocken mehr,
sie wurden zu Kanonen.
Doch ein Wunsch tönt wie Glockenhall
empor aus allen Gauen:
Helft uns mit eurem Feldmarschall
ein würdig Deutschland bauen!<<

Am 1. Dezember 1918 entstand aus dem Königreich Serbien, Montenegro und verschiedenen österreichisch-ungarischen Gebietsteilen das neue "Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen".

Als alle deutschen Truppen ihre Waffen niedergelegt hatten, verstärkten die Siegermächte am 6. Dezember 1918 die Seeblockade auch im Ostsee-Raum, um das Deutsche Reich systematisch auszuhungern.

Winston S. Churchill (1874-1965, damals britischer Kriegsminister) erklärte am 3. März 1919 vor dem britischen Unterhaus (x063/520): >>Wir halten unsere gesamte Waffenmacht in vollem Gange oder in unmittelbarer Einsatzbereitschaft. Wir führen die Blockade mit äußerster Schärfe durch. Wir haben starke Heere, die jederzeit bereit sind vorzurücken.

Deutschland ist dem Verhungern nahe. Die Berichte von Offizieren, die das Kriegsministerium in ganz Deutschland umhergesandt hat, geben Zeugnis erstens von harten Entbehungen, die das deutsche Volk erleidet, und zweitens von der großen Gefahr eines Zusammenbruchs des gesamten sozialen und nationalen Lebens unter der Wirkung des Hungers und der Unterernährung.

Jetzt ist der rechte Augenblick gekommen, den Vertrag durchzusetzen! ...<<

Als die wahren Absichten der Siegermächte bekannt wurden, mußten die Deutschen bestürzt und verzweifelt zur Kenntnis nehmen, daß man sie arglistig getäuscht hatte, denn fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben später unberücksichtigt. Vor allem für die deutschen Siedler in Ost- und Mitteleuropa sollte sich diese völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" schon bald verheerend auswirken.

Die provisorische österreichische Regierung schrieb am 12. Dezember 1918 an US-Präsident Wilson (x028/44): >>Aus einer Mitteilung der tschechoslowakischen Regierung ist zu ersehen, daß die alliierten Mächte angeblich die Absicht haben, die großen, zusammenhängenden Gebiete Böhmens und Mährens, die von mehr als 3 Millionen Deutschen bewohnt werden, dem tschechoslowakischen Staat einzuverleiben.

Über den deutschen Charakter der in Rede stehenden Gegenden kann kein Zweifel obwalten. Ihre Bevölkerung hat bei verschiedenen Gelegenheiten ihren heißen Wunsch zu erkennen gegeben, ihre Freiheit aufrechtzuerhalten und vom tschechoslowakischen Staat unabhängig zu bleiben. ...

Sollten die alliierten Mächte in dieser Hinsicht jedoch Zweifel hegen, so schlägt die deutsch-österreichische Regierung vor, die Lage unverzüglich durch eine unter neutraler Aufsicht stattfindende Volksabstimmung, die nicht nur unter Gewährleistung freier Stimmabgabe, sondern auch unter Inachtnahme anderer Garantien stattfinden müßte, zu klären.

In jedem Fall ersucht die deutsch-österreichische Regierung die alliierten Mächte, über das Schicksal der fraglichen Bevölkerung nicht anders als auf Grund einer solchen Volksabstimmung entscheiden zu wollen. ...<<

Am 19. Dezember 1918 stimmte der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin über die Streitfrage ab: "Rätestaat oder demokratische Republik?"

Der USPD-Politiker Ernst F. Däumig setzte sich damals für die Einführung eines Rätestaates ein (x243/21): >>Die alte bürgerliche Demokratie mit ... ihren Parlamenten ... hat historische Bedingtheit, ... (es) ist selbstverständlich, ... daß (ihr) die demokratische Demokratie folgen muß: wie sie ihren organisatorischen Ausdruck in dem Räteystem findet. ...

(In) der Gewerbezahlung vom Jahre 1907 zeigt sich, ... daß sich das werktätige Volk überall in der Mehrheit befindet und ... bis jetzt unter der Diktatur einer ökonomisch überlegenen Minderheit gestanden hat. Und das soll jetzt durch die Nationalversammlung verewigt werden. ...

Das Räteystem ist so zu vervollkommen, daß wir für das ganze Deutschland ein einheitliches Wahlsystem durchführen, ... für die Arbeiterschaft und, soweit notwendig, für die Soldatenräte, ... für die Bauernräte, wo es erforderlich ist. ...

Wenn ein solches einheitliches Wahlsystem durchgeführt wird, dann kann auch eine Nationalversammlung zusammentreten. ...

Wir brauchen das Räteystem in den Betrieben, damit die Arbeiter durch die Räte die Betriebe überwachen. ...<<

Friedrich Ebert erklärte damals vor dem Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin (x059/49): >>Wir Sozialdemokraten wollen keinen Rätestaat, in dem nur die Arbeiter regieren.

Alle Bürger sollen die gleichen Rechte und Pflichten besitzen. Das Volk wird eine Nationalversammlung wählen, die eine demokratische Verfassung beschließt. ...<<

Der SPD-Politiker Max Cohen forderte ebenfalls eine Nationalversammlung (x149/34):

>>Die Arbeiter- und Soldatenräte drücken immer nur einen Teilwillen aus, niemals den Willen des ganzen Volkes. ...

Der Zerfall muß kommen, wenn es uns nicht gelingt, der Disziplinlosigkeit und Einsichtslosigkeit Herr zu werden, die leider auch ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft zeigt. ...

Die Entente will keinen Sozialismus, sondern eine gemäßigte bürgerliche Demokratie. ...

Die Diktatur will nur ein kleiner Teil, während die große Masse sie ablehnt. ...<<

Der Kongreß entschied sich schließlich am 19. Dezember 1918 mit 400 gegen 50 Stimmen für die Einberufung einer Nationalversammlung (x059/49).

Nach der Abstimmungsniederlage versuchten die Spartakisten, ihren diktatorischen Rätestaat gewaltsam durchzusetzen.

Das Zentralorgan des Spartakusbundes "Die Rote Fahne" berichtete am 20. Dezember 1918 unter dem Titel "Eberts Blutweihnacht" (x256/68): >>Matrosen haben nicht kapituliert. – Halten Schloß und Marstall besetzt. – Sicherheitsmannschaften und Teil der Soldatenwehr kämpfen auf Seite der Matrosen. – Teil Ebert'scher Truppen fraternisiert (verbrüdernd sich). – Feindliche Truppen meist entwaffnet. – Ultimatum von 10 Minuten. – Artillerie beschießt Schloß und Marstall. – Infanterie und Kavallerie stürmen. – Bewaffnete Arbeitermassen eilen zu Hilfe. – 70 Opfer. – Schloß und Marstall von Matrosen behauptet. – Ebert-Scheidemann die Schuldigen. – Neue Ebert-Truppen im Anmarsch. – Matrosen klären sie auf. – Berliner Vollzugsrat vermittelt. – Wels abgesetzt.<<

Die französische Regierung lehnte am 20. Dezember 1918 die geforderte Volksabstimmung im Sudetenland ab. England schloß sich im Januar 1919 an.

Franz Seldte (1882-1947, später SA-Obergruppenführer) gründete am 25. Dezember 1918 den Soldatenbund "Stahlhelm".

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Stahlhelm" (x051/557):

>>Stahlhelm (Bund der Frontsoldaten), von Seldte am 25.12.18 gegründeter Soldatenbund, der als Wehrverband gegen sozialistische und kommunistische Aufstände konzipiert war und den "Geist der Frontkameradschaft" auf die Politik übertragen wollte.

Aus dieser programmatischen Ausrichtung wurde bald eine antirepublikanische Grundhal-

tung, die sich im Kampf des Stahlhelms gegen "das System" und die es tragenden Kräfte zeigte. Er machte sich auch andere Positionen der nationalistisch-autoritären Parteien zu eigen, wandte sich gegen den "überstaatlichen" Katholizismus wie gegen die Juden, die von der Mitgliedschaft im Stahlhelm durch eine Vorform des Arierparagraphen ausgeschlossen waren.

Der Stahlhelm mit seinen etwa 400.000 Mitgliedern (1925) hatte 1924 schon den Dawesplan bekämpft, 1929 verband er sich mit den Rechtsparteien gegen den Youngplan und ging schließlich mit ihnen in der Harzburger Front einen Pakt ein.

Er wurde damit zu einem der Steigbügelhalter des Nationalsozialismus, dessen Umarmung er nach der Machtergreifung rasch erlag: Zwar wurde Seldte in Hitlers Regierung Arbeitsminister, doch wurden die jüngeren Jahrgänge des Stahlhelms schon ab April 33 in die SA eingegliedert.

Die restlichen Gruppen wurden nach Umbenennung in "Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund" (März 34) im November 35 aufgelöst.

Eine Neugründung des Stahlhelms 1951 in der Bundesrepublik war wenig erfolgreich.<<

Unter Leitung des deutsch-sowjetischen Politikers Karl Radek beschlossen die Delegierten des Spartakusbundes am 30. Dezember 1918 die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Den KPD-Vorsitz übernahm Wilhelm Pieck (1876-1960, später Präsident der DDR).

Die KPD verfolgte von Anfang das Ziel, jegliche parlamentarische Ordnung zu zerstören. Naturgemäß nutzte man das bestehende Chaos und die große Massenverelendung konsequent aus. Mit ihren bekannten Parolen ("Proletarier aller Länder, vereinigt euch" etc.) gaukelten die Kommunisten den verzweifelte Deutschen ein "Arbeiter- und Bauernparadies" vor, daß angeblich mit Lenins Hilfe im Deutschen Reich entstehen sollte.

Im Parteiprogramm des Spartakusbundes, das überwiegend von Rosa Luxemburg stammte, hieß es (x058/319-321): >>Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen – zu Kämpfen und Siegen.

Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie.

Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Lohnproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren; dort, wo die millionenköpfige Proletariatsmasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schweligen Faust ergreift, um wie der Gott Thor seinen Hammer den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist.

Um dem Proletariat die Erfüllung dieser Aufgaben zu ermöglichen, fordert der Spartakusbund:

A. Als sofortige Maßnahmen zur Sicherung der Revolution:

1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der nichtproletarischen Soldaten. Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen.
2. Beschlagnahme aller Waffen- und Munitionsbestände sowie Rüstungsbetriebe durch Arbeiter- und Soldatenräte.
3. Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen proletarischen Bevölkerung als Arbeitermiliz, Bildung einer Roten Garde aus Proletariern als aktiven Teil der Miliz, zum ständigen Schutz der Revolution vor gegenrevolutionären Anschlägen und Zettelungen.
4. Aufhebung der Kommandogewalt der Offiziere und Unteroffiziere. Ersetzung des militärischen Kadavergehorsams durch freiwillige Disziplin der Soldaten. Wahl aller Vorgesetzten durch die Mannschaften unter jederzeitigem Rückberufungsrecht. Aufhebung der Militäрге-

richtbarkeit.

5. Entfernung der Offiziere und Kapitulanten aus allen Soldatenräten.

6. Ersetzung aller politischen Organe und Behörden des früheren Regimes durch Vertrauensmänner der Arbeiter- und Soldatenräte.

7. Einsetzung eines Revolutionstribunals, vor dem die Hauptschuldigen am Kriege und seiner Verlängerung, die beiden Hohenzollern, Ludendorff, Hindenburg, Tirpitz und ihre Mitverbrecher sowie alle Verschwörer der Gegenrevolution abzuurteilen sind.

8. Sofortige Beschlagnahme aller Lebensmittel zur Sicherung der Volksernährung.

B. Auf politischem und sozialem Gebiete:

1. Abschaffung aller Einzelstaaten; einheitliche deutsche Republik.

2. Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Übernahme ihrer Funktionen durch Arbeiter- und Soldatenräte sowie deren Ausschüsse und Organe.

3. Wahl von Arbeiterräten über ganz Deutschland durch die gesamte erwachsene Arbeiterschaft beider Geschlechter in Stadt und Land, nach Betrieben sowie von Soldatenräten durch die Mannschaften, unter Ausschluß der Offiziere und Kapitulanten. Recht der Arbeiter und Soldaten zur jederzeitigen Rückberufung ihrer Vertreter.

4. Wahl der Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte im ganzen Reiche für den Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der den Vollzug als das Oberste Organ der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt zu wählen hat. ...

C. Nächste wirtschaftliche Forderungen:

... 3. Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe; Bildung sozialistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften unter einheitlicher zentraler Leitung im ganzen Reiche; bäuerliche Kleinbetriebe bleiben im Besitze ihrer Inhaber bis zu deren freiwilligen Anschluß an die sozialistischer Genossenschaften.

4. Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten, sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik.

5. Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat festzusetzen ist.

6. Übernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens durch die Räterepublik.

7. Wahl von Betriebsräten in allen Betrieben, die im Einvernehmen mit den Arbeiterräten die inneren Angelegenheiten der Betriebe ordnen, die Arbeitsverhältnisse zu regeln, die Produktion zu kontrollieren und schließlich die Betriebsleitung zu übernehmen haben.

8. Einsetzung einer zentralen Streikkommission mit den Betriebsräten, die der beginnenden Streikbewegung im ganzen Reich einheitliche Leitung, sozialistische Richtung und die kräftigste Unterstützung durch die politische Macht der Arbeiter- und Soldatenräte sichern soll.

...<<

Polnische Truppen besetzten im Dezember 1918 die preußische Provinz Posen. Die polnischen Aufstände in West- und Ostpreußen sowie Oberschlesien scheiterten zunächst (x064/-126).

Der spätere Außenminister Walther Rathenau schrieb im Dezember 1918 an den US-Diplomaten und Politiker Edward M. House (1858-1938, Vertrauensmann von US-Präsident Wilson) und bat um faire Friedensbedingungen (x1.142): >>Niemals ist, solange es Weltgeschichte gibt, drei Staaten und ihren politischen Häuptern, Wilson, Clemenceau und Lloyd George eine solche Macht verliehen worden. Niemals, solange es Weltgeschichte gibt, ist das Sein und Nichtsein eines ungebrochenen, gesunden, begabten, arbeitsfrohen Volkes und Staates von einem einzigen Entschluß verantwortlicher Männer abhängig gewesen. -

Wenn in Jahrzehnten und Jahrhunderten die blühenden deutschen Städte verödet und verkommen, das Erwerbsleben vernichtet, der deutsche Geist in Wissenschaft und Kunst verebbt, die deutschen Menschen zu Millionen von ihrer heimatlichen Erde losgerissen und vertrieben

sind: wird dann vor dem Tribunal der Geschichte und vor dem Richterstuhl Gottes das Wort Geltung haben: Diesem Volk ist recht geschehen, und drei Männer haben dieses Recht vollzogen? ...

Herr Oberst, mein Leben ist vollbracht; für mich erhoffe und fürchte ich nichts mehr, mein Land bedarf meiner nicht, ich denke seinen Untergang nicht lange zu überleben. Als ein schwaches Glied eines ins Herz getroffenen Volkes, das gleichzeitig um seine späte Freiheit und den Rest seines Lebens ringt, rede ich zu Ihnen, dem Vertreter der aufstrebendsten aller Nationen. Noch vor vier Jahren waren wir scheinbar Ihresgleichen. Scheinbar, denn uns fehlte, was den Staaten die Festigkeit des Daseins gibt: die innere Freiheit.

Heute stehen wir am Rande der Vernichtung, die unabwendbar ist, wenn Deutschland nach dem Rate derer verstümmelt wird, die es hassen. Denn dies muß ausgesprochen werden, klar und eindringlich, so daß jeder das Furchtbare versteht, alle Völker und Geschlechter, die jetzigen und die kommenden: Was uns angedroht wird, was der Haß uns anzutun vorschlägt, ist die Vernichtung. Die Vernichtung des deutschen Lebens jetzt und in alle Zukunft ...<<

Der spätere Außenminister Walther Rathenau kündigte bereits im Dezember 1918 in einem offenen Brief den Zweiten Weltkrieg an (x337/150): >>Wer Deutschland in 20 Jahren besuchen wird, das Deutschland, das er als eines der schönsten Länder der Erde gekannt hatte, wird fühlen, wie sein Herz in Trauer und Scham versinkt. ...

Die deutschen Städte werden nicht gerade Ruinen sein; sie werden halbtote Steinblöcke sein, die zum Teil noch von verelendeten, verhärzten Wesen bewohnt werden. ... Das Land wird unter Füßen zertrampelt, die Wälder umgehauen sein, die wenigen Felder werden eine miserable Ernte aufweisen, Häfen, Eisenbahnen, Kanäle werden ruiniert und verfallen sein, und überall werden noch mächtige Bauten aus der Vergangenheit stehen, zerbröckelnde Erinnerungen an das Zeitalter der Größe. ...

Der deutsche Geist, der einst für die Welt gesungen und gedacht hatte, wird der Vergangenheit angehören, und das Volk, das heute immer noch jung und stark und von Gott für das Leben geschaffen ist, wird nur noch im Zustand lebender Toter existieren. ...<<

Herbert Ludwig berichtete (später) am 4. August 2014 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die politische Einflußnahme der britischen Freimaurer Cecil Rhodes und Alfred Milner vor dem Ersten Weltkrieg (x968/...): >>**Wie einflußreiche Kreise in England zum Ersten Weltkrieg trieben**

Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts hatte sich in Englands Oberschicht ein Netzwerk von lockeren Kreisen, Gruppen und Clubs gebildet, die aus dem Anspruch gottgewollter Überlegenheit der englischen "Rasse" intensiv für eine imperialistische Ausbreitung des Britischen Empire wirkten und einen Krieg mit dem aufstrebenden Deutschen Reich für unausweichlich hielten.

Im Mittelpunkt dieses Netzes stand eine von Cecil Rhodes, Alfred Milner und anderen gegründete geheime Gesellschaft, die nach Rhodes Tod im Jahr 1902 von Milner dominiert wurde. Dieser war Zentrum einer "Armee von Milianern", wie ein Freund formulierte, die allesamt von seiner Führung und Inspiration abhingen.

Spiritismus und Prophezeiungen des kommenden Krieges

Viele, wie Cecil Rhodes und Alfred Milner, die einer Freimaurer-Loge angehörten, hatten ernstes Interesse an okkulten, spiritistischen Phänomenen und erhofften sich von dort Rat und Hilfe für ihre politischen Pläne. Zu ihnen zählte auch der zur Rhodes/Milnerschen Geheimgesellschaft gehörende Arthur J. Balfour (1848-1930; Premierminister 1902-1905, Marineminister 1915-1916, Außenminister 1916-1919).

Seit dem Tod seiner Verlobten Mary Lyttelton im Jahr 1875 befaßte er sich mit dem Spiritismus, "um der Geliebten im Jenseits nachzuforschen." (Markus Osterrieder: Welt im Umbruch, Stuttgart 2014, S. 873) 1880 trat er der Metaphysical Society bei und wirkte 1893/94 als Prä-

sident der Society für Psychical Research, aus der sich zahlreiche Anhänger Alfred Milners rekrutierten. "Schließlich empfing er am Palmsonntag des Jahres 1912 mit Hilfe des Mediums 'Mrs. Willet' ... und ihrer Fähigkeit des automatischen Schreibens das erste Skript von Mitteilungen 'Mary Catherine Lytteltons'; die 'Korrespondenz' bestand fortan bis zu Balfours Tod 1930.

Balfours Nichte und Biographin merkte an: Niemand kann Arthur Balfour verstehen, der vergißt, daß das Interesse für spekulative Gedanken Teil des Gefüges seiner alltäglichen Existenz war, wo auch immer er war, was auch immer er tat." (A.a.O.)

1916, als er Außenminister des Kriegskabinetts unter Lloyd George wurde, erhielt Arthur Balfour von Arthur Conan Doyle, Spiritist und Erfinder der Romanfigur Sherlock Holmes, die Nachricht, der 1912 beim Untergang der Titanic ums Leben gekommene W. T. Stead (ein enger Freund Rhodes, Milners und Balfours) lasse ihm ausrichten, daß er mit Cecil Rhodes an seiner Seite "in die Augen Christi geblickt habe". Und er habe gesagt: "Richte Arthur aus, daß seine Arbeit auf Erden heilig und göttlich ist - daß seine Botschaft die Meine ist." (Osterrieder, S. 873-74)

Osterrieder stellt fest, daß sich seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts in England "im Verlauf von spiritistischen Séancen Erscheinungen manifestierten, die über einen kommenden europäischen Krieg prophezeiten." So erfolgte eine solche "Geistmitteilung" im Kreis des Spiritualisten William Oxley in Manchester, die 1885 veröffentlicht wurde.

Darin war "von einem mächtigen Kampf, einem schrecklichen Blutvergießen" die Rede, das nach Ablauf von vierzehn Jahren eintreten werde, von "einer Entthronung der Könige, einem Umsturz der Mächte. "Die wichtigste Frage ist: Wird Britannien für immer verloren sein?" Dies wurde in der Mitteilung durchaus für möglich gehalten, wenn nicht eine große spirituelle Macht interveniere. Aber um es retten zu können, müsse Britannien "sein bestes Blut lassen." (S. 874)

"Das Medium Leonora Piper (1857-1950) wiederum, welches (den Physiker) Oliver Lodge, den Philosophen William James und Richard Hodgson (prominentes Mitglied der englischen wie amerikanischen Societies for Psychical Research) vom Spiritismus überzeugte, kündete um 1898 von der neuen Geistesoffenbarung im 20. Jahrhundert, doch solle dem ein schrecklicher Krieg in verschiedenen Teilen der Welt vorangehen, in dem 'die ganze Welt geläutert und gereinigt werden' müsse."

Auch die Ehefrau des Politikers Alfred Lyttelton, Dame Edith, "hielt in ihren seit 1913 praktizierten automatischen Aufzeichnungen fest, daß ein großer Krieg unweigerlich kommen müsse, und präziserte zwischen dem 9. Und 21. Juli 1914, daß der erwartete Moment nun eingetreten sei." Sie hatte 1901 die Victorian League mitbegründet, um die von Alfred Milner vertretene Zukunftsvision des Empire zu verbreiten.

Im Februar 1914 meldete sich der mit der Titanic untergegangene "Geist" des Milner-Freundes William T. Stead auf einer spiritistischen Sitzung im Little Theatre im australischen Sydney und prophezeite über das bekannte Medium Mrs. Foster Turner den fast tausend versammelten Menschen: "Obwohl nun gegenwärtig kein Zeichen eines großen Europäischen Krieges auszumachen ist, warne ich euch dennoch, daß bevor das Jahr 1915 zur Neige geht, Europa von Blut überschwemmt wird.

Unsere geliebte Nation Großbritannien wird in den schrecklichsten Krieg gezogen werden, den die Welt jemals gekannt hat. Deutschland wird der große Gegenspieler sein und wird andere Nationen mit sich ziehen. Österreich wird sich zugrunde richten. Könige und Königreiche werden fallen. Millionen von wertvollen Leben werden hingeschlachtet, aber Britannien wird schließlich triumphieren und siegreich hervorgehen." (S. 878)

Wer diese Dinge als privaten Humbug betrachtet, der doch mit der Politik nichts zu tun habe, verschließt sich vor geschichtlich wirksamen Tatsachen. Daß zahlreiche hoch angesehene

Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in England nach vielfältigen ernsthaften Prüfungen die Echtheit spiritistischer Phänomene anerkannten und davon in ihrem Handeln beeinflusst wurden, ist eine Realität.

Das schließt nicht aus, daß es auch Unsinn und Täuschungen gab. Rudolf Steiner, der als zeitweiliger Leiter der deutschen Sektion der von der Britin Anni Besant geführten Theosophischen Gesellschaft die spiritistische Szene auch in England gründlich studiert hatte, stand dem Spiritismus äußerst kritisch gegenüber und hielt ihn für eine materialistische Verirrung. Er wies aber darauf hin, daß durch ihn gleichwohl allerlei geistige Tatsachen zum Vorschein kämen, bei denen jedoch im Dunkeln bliebe, welche okkulten Kräfte mit welchen Intentionen diese Erscheinungen inszenierten. (R. Steiner dazu in Gesamtausgabe Bd. 52)

Der Einfluß okkulten Logen

Es ist naheliegend, daß nicht nur in kleinen Kreisen, sondern auch in den okkulten Logen Englands, in denen zahlreiche führende Politiker Mitglied waren, über Medien versucht wurde, geistige Richtlinien für die Politik Englands zu gewinnen. Dies wird auch von Rudolf Steiner aus seinen Forschungen bestätigt. "Dasjenige, was wichtig ist, ist, daß nun, nachdem der ernsthafte Okkultismus sich zurückgezogen hat von dem Spiritismus, ... daß dann alle möglichen Strömungen und okkulten Bruderschaften und einzelne Menschen, ... versucht haben, die ganze Mediumschaft immer im einzelnen in die Hand zu bekommen, um dadurch gewisse Sonderzwecke zu verfolgen." (Vortrag 27.11.1916, GA 172, S. 222)

Mit Sonderzwecken ist gemeint, daß ein zentraler okkulter Grundsatz verlassen und nicht zum Wohl der ganzen Menschheit gearbeitet wird, sondern für egoistische Ziele einer Gruppe, der englischsprechenden Völker.

Wenn man verfolgt, was selbst bei sogenannten ganz aufklärerischen Geschichtsschreibern und Politikern Englands und Amerikas als Weltideen verbreitet wird, so wird man finden, daß selbst bei diesen aufklärerischen Leuten in ihre Ideen überall etwas hineinspielt, was irgendwie von übersinnlichen Erkenntnissen über den Gang der Welt beeinflusst ist.

Das gewinnt man innerhalb der angloamerikanischen Welt durchaus, seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts insbesondere, auf eine Art medialem Wege. ... Und aus solchen medialen Persönlichkeiten heraus hat man insbesondere im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts in der anglo-amerikanischen Welt die Prinzipien erfahren, durch die man politisch gegen Europa und gegen Asien die Erfolge hat erringen können, die man errungen hat.

Zwar gab es spiritistische Sitzungen und Mitteilungen auch im mitteleuropäischen Raum, doch seien "die Menschen der anglo-amerikanischen Welt ... viel zu geschickt, um es so zu machen wie die Mitteleuropäer, die einfach nicht glauben, was auf diese Weise aus Untergründen des Daseins heraus geoffenbart wird" (R. Steiner, Vortrag 29.7.1919, GA 192, S. 301 ff.).

Zu der neuzeitlichen Strömung der Demokratie mit den Idealen der Französischen Revolution gehe im Westen eine verborgene Strömung parallel, die Steiner "die geistige Aristokratie der Loge" nennt. Elitäre westliche Bruderschaften benutzten vorrevolutionäre aristokratische Impulse des 18., 17., 16. Jahrhunderts, die dadurch unbemerkt gemacht werden, daß sie sich mit den Phrasen der Revolution, der Demokratie umkleiden, deren Maske annehmen, um auf diesem Wege möglichst viel Macht zu erlangen.

Es gehe ihnen darum, "den Wenigen die Herrschaft zu verschaffen durch die Mittel, die man im Schoß der Loge hat, dem Ritual und seiner suggestiven Wirkung." Vor 1850 hätten die Historiker im Gegensatz zu später noch auf den Zusammenhang der Französischen Revolution und aller folgenden Entwicklung mit den westlichen Logen hingewiesen.

In den Zeiten, die als vorbereitend für die Gegenwart in Betracht kommen, hat sich die westliche geschichtliche Entwicklung, die westliche Welt, niemals von den Logen emanzipiert. Immer war der Einfluß der Logen stark wirksam, das Logentum wußte die Kanäle zu finden, um

den Gedanken der Menschen gewisse Richtungen einzuprägen. Und wenn man ein solches Netz gesponnen hat, wovon ich Ihnen nur einzelne Maschen angegeben habe (im 18. Jahrhundert von London aus über ganz Europa gegründete Freimaurer-Logen), dann braucht man nur auf den Knopf zu drücken und die Sache wirkt weiter. (R. Steiner, Vortrag 8.1.1917, GA 174, S. 90)

Wir müssen die von Cecil Rhodes initiierte "Geheimgesellschaft" und das von Alfred Milner geknüpfte Netzwerk von Clubs, Zirkeln und, um einen modernen Ausdruck zu gebrauchen, "Think Thanks" angesichts der starken personellen Verflechtung als Ausläufer der englischen okkulten Logen betrachten.

Coefficients, der "Kindergarten" und Round Table

Zunehmenden Einfluß auf die britische Außenpolitik gewannen die Coefficients, die sich 1902 als ein parteiübergreifender Debattierclub und brain trust bildeten. Ihm gehörten u.a. an: Edward Grey (Außenminister 1905-1916), W. A. S. Hewins (1917-1919 Unterstaatssekretär für die Kolonien), Viscount R. B. Haldane (Kriegsminister 1905-1912), Alfred Milner (ab 1916 Minister ohne Geschäftsbereich, Kriegsminister, Kolonialminister), der Geopolitiker Halford J. Mackinder (einer der geistige Väter der modernen geostrategischen Studien). "Einig war man sich über den zu erwartenden Großkrieg mit Deutschland, das ... als einzig mögliche, weil existentielle Bedrohung dienen sollte, die nötig erschien, um die English minds aus ihrer Lethargie zu neuen Anstrengungen zu befreien.

Der erste Schritt hierzu sei ein Bündnis mit Rußland mit Hilfe von Konzessionen in der Orientpolitik, wie der spätere Außenminister Edward Grey betonte - nicht zuletzt, um zwischen Deutschland und Rußland einen Keil zu treiben." Der Philosoph Bertrand Russel verließ den Club aus Protest gegen die Kriegsabsichten wieder. (Osterrieder, S. 879 f.)

Alfred Milner hatte sich während seiner Tätigkeit in Südafrika (Krieg gegen die Buren) ab 1902 mit einer Schar junger, frisch gebackener Absolventen der Universität Oxford umgeben, die ihm treu ergeben waren und zu ihm als einer Vaterfigur, Führer und intellektuellem Inspirator aufblickten. Sie wurden unter dem Namen Milners Kindergarten bekannt. "Die Mitglieder dieses 'Kindergartens' arbeiteten in den folgenden Jahren an der Errichtung der Südafrikanischen Föderation, die 1910 Wirklichkeit wurde." (Osterrieder, S. 884 f.)

Die meisten spielten später in der britischen Politik, der Presse oder im Hochschulwesen eine große Rolle. "Begeistert von der Gedankenwelt ihres Mentors und 'geistigen Vaters' Milner, erklärten sich die zumeist jungen Männer des 'Kindergartens' nach ihrer Rückkehr auf die britische Insel bereit, unter seiner Anleitung den Dienst am Empire fortzuführen, um für den Fall eines kommenden Krieges den Zusammenhalt des Weltreiches zu garantieren. So entstand nach dreijähriger Vorbereitung 1909 ein informeller Kreis mit dem Namen The Round Table, der vielsagend und sicherlich mit Bedacht an die 'Ritter der Tafelrunde' von König Artus anknüpfte." (S. 187)

Mit der Zeit fanden sich an den regelmäßigen Moots neue, ebenfalls einflußreiche Politiker und Gelehrte ein. Zum engeren Kreis der voll in die Ideen und Impulse Eingeweihten rechnet der bedeutende amerikanische Historiker Carrol Quigley folgende Personen: Lord Milner, Lord Esher, Earl Albert Grey, A. J. Balfour, W. T. Stead, Philip Kerr, Lionel Curtis und weitere 9 Mitglieder.

Um sie herum bestand ein weiterer Kreis, der nicht mit allen Aspekten der Sache vertraut gewesen sein dürfte. Dann kam noch ein äußerer Kreis von Helfern hinzu, der eine relativ große Zahl von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens umfaßte, zu denen auch Sir Edward Grey gehörte. "Zur geistigen Heimat des Kreises wurde die Universität Oxford, speziell die Colleges Balliol und New College sowie die beispiellose Einrichtung des All Souls College, das Leo Amery einmal als den geistigen Kern des Britischen Empire bezeichnet hat." (S. 892 f.)

Methoden des Wirkens

"Milner übte ... seinen Einfluß nach englischer Manier indirekt aus, freilassend, der Initiative des einzelnen vertrauend, aber doch mit gewaltiger Suggestionskraft, verborgen hinter der beiläufigen Betonung eines Wortes oder der bloßen Erwähnung eines Gedankens, mit der ganzen Macht seines geistigen Potentials wie seiner moralischen und gesellschaftlichen Stellung. Der Einfluß wurde dadurch verstärkt, daß in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens 'loyale' Fellows und Logenbrüder wirkten, die scheinbar unabhängig voneinander zur selben Zeit den gleichen Impuls in die Welt setzten." (Osterrieder, S. 896)

Beispielsweise verkündet ein Staatsmann (und Mitglied der Gruppe) eine politische Entscheidung. Ungefähr zur selben Zeit veröffentlicht das Royal Institute of International Affairs eine Studie über dasselbe Thema, und ein führender Akademiker aus Oxford, ein Fellow aus All Souls (und Mitglied der Gruppe) veröffentlicht ebenfalls einen Band über das Thema ... Die politische Entscheidung des Staatsmanns wird in einem Leitartikel von 'The Times' einer kritischen Analyse unterzogen und schließlich gutgeheißen, während die beiden Bücher in einer einzigen Rezension in 'The Times Literary Supplement' besprochen werden.

Sowohl der Leitartikel wie die Buchbesprechung sind anonym, aber von Mitgliedern der Gruppe verfaßt. Und schließlich tritt, ungefähr gleichzeitig, ein anonymes Artikel in (der eigenen Hauszeitschrift) 'The Round Table' für die gleiche politische Entscheidung ein." (Carrol Quigley, zitiert von Osterrieder, S. 896 f.)

Die Einflußnahme auf das englische Pressewesen zur Prägung des öffentlichen Bewußtseins war vielfältig. Das Mitglied Geoffrey Dawson war Herausgeber der Times und damit der führende Zeitungsmann in Großbritannien geworden. Philip Kerr (Lord Lothian) schrieb in der Times, in Christian Science Monitor, Spectator, Nation and Athenaeum, International Conciliation und Contemporary Review. Edward Grigg publizierte in den National und Fortnightly Reviews sowie im Observer. Vier Round Tablers gehörten zu den Direktoren der Nachrichtenagentur Reuters.

Auf diese Weise gelang es der Round-Table-Gruppe immer mehr, wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der britischen Außenpolitik zu nehmen. Bereits in der ersten Nummer der Hauszeitschrift The Round Table im Herbst 1910 "wurde deutlich, daß der Kreis einen Krieg gegen Deutschland für wahrscheinlich hielt, ja daß die Eindämmung des deutschen Einflusses zum Kernprogramm des Round Table gehörte." Der 1905 Außenminister gewordene Insider Edward Grey war das geeignete ausführende Organ. Einen Tag nach der Kriegserklärung Englands an Deutschland, am 5.8.1914, schrieb F. S. Oliver an seinen Freund Milner: "Was für eine Erlösung ist Montagabend gewesen!" (Osterrieder, S. 903)

Schon in einer preisgekrönten Untersuchung des Schweizer Historikers Jacob Ruchti von 1916 *Zur Geschichte des Kriegsausbruches* (Neuaufgabe Basel 2005) wird gezeigt, wie Andreas Bracher in der Schweizer Monatsschrift Europäer Juli/August 2014 resümiert, "daß die behauptete Friedensliebe und selbstlosen Vermittlungsversuche der englischen Regierung in den Tagen vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine Maske waren, hinter der sich bei den entscheidenden Akteuren Kriegswille und eine fixierte Feindschaft gegen das Deutsche Reich verbanden."

Ruchti weist z.B. nach, daß der deutsche Botschafter Lichnowsky noch am 1. August 1914 den englischen Außenminister Grey nach dessen eigener Notiz eindringlich gefragt hat, "ob, im Falle Deutschland verspräche, die Neutralität Belgiens nicht zu verletzen, Großbritannien seinerseits das Versprechen, neutral zu bleiben, geben würde." Doch Grey lehnte das ab. "Der Botschafter", so berichtet Grey weiter, "drang in mich, ob ich die Bedingungen, unter welchen wir neutral bleiben würden, nennen könne.

Er meinte sogar, daß es möglich wär, die Integrität Frankreichs und seines Kolonialgebiets zu gewährleisten." Grey sagte nur, "daß wir unsere Hände frei behalten müßten." Ruchti zieht das

Fazit, "daß England im Sinne hatte, unter allen Umständen an einem Kriege gegen den deutschen Rivalen teilzunehmen." Dazu brauchte es die deutsche Neutralitätsverletzung Belgiens als eigenen Kriegsvorwand vor der britischen Öffentlichkeit, der Grey die deutschen Angebote verschwieg (a.a.O. S.78 f.).

Die wahren Vorgänge werden, führt Bracher weiter aus, in einem bemerkenswerten Buch des Briten John P. Cafferky: *Lord Milners Sekond War* bestätigt, das 2013 erschienen ist:

In Cafferkys Band ist der Erste Weltkrieg das Produkt einer Intrige einer Clique britisch-englischer Politiker, die seit ca. 1902 darauf hinarbeiteten, ... Deutschland im internationalen System zu isolieren, eine anti-deutsche Koalition zu schmieden und diese ... auf einen Krieg gegen das Deutsche Reich vorzubereiten. Diese Politik wurde in der britischen Regierung von einigen Kabinettsmitgliedern getragen, die ein ganzes Jahrzehnt lang das weitere Kabinett und die britische Öffentlichkeit über die Reichweite und eigentliche Natur dieser Politik betrogen und belogen.

Abgestützt wurde sie aber auch durch eine Pressepolitik, mit der ein zunehmend anti-deutsches Klima in Großbritannien und im weiteren Europa geschaffen wurde. Wichtig dafür war besonders die Londoner Times, die damals angesehenste Zeitung der Welt, deren europäische Korrespondenten nach Maßgabe dieses anti-deutschen Kurses ausgewählt wurden.

2013 erschien eine weitere erstaunliche englische Publikation von Gerry Docherty und Jim MacGregor: *Hidden History - The Secret Origins of the First World War**, die ebenfalls im genannten Europäer-Heft besprochen wird. Der Rezensent, der Engländer Terry Boardman, zitiert aus der Einleitung:

Ein sorgfältig gefälschtes Geschichtsbild wurde nur zum Zweck verbreitet, um die Tatsache, daß England und nicht Deutschland für den Krieg verantwortlich war, zu kaschieren. Wäre nämlich die Wahrheit nach 1918 in weiten Kreisen bekannt geworden, wären die Folgen für die herrschende englische Klasse verheerend gewesen. ...

Wir zeigen, wie die unvorbereitete Welt - weit entfernt von schlafwandlerischem Hineintappen in den Weltkrieg - von unerkannt bleibenden Kriegstreibern in London in eine Falle gelockt wurde.

Wir entlarven die Absicht, Deutschland eines heimtückischen Verbrechens an der Menschheit zu bezichtigen oder die Meinung, daß Belgien eine unschuldige, neutrale Nation war, die vom deutschen Militarismus überrascht wurde.

Wir belegen klar, daß der deutsche Überfall auf Belgien nicht ein unüberlegter und willkürlicher Angriff, sondern eine Reaktion darauf war, daß Deutschland kurz vor der Vernichtung stand. ... Dieses Buch will beweisen, wie skrupellose Engländer einen Krieg ausdachten und die dazu nötigen Schritte einleiteten, um Deutschland zu zerstören.

Die britische Regierung erklärte am 4. August 1914, heute vor 100 Jahren, Deutschland den Krieg.

*Gerry Docherty/Jim Macgregor: Verborgene Geschichte. Wie eine geheime Elite die Menschheit in den Ersten Weltkrieg stürzte, Kopp Verlag. ...<<

Tschechische Truppen marschierten 1918/1919 in die sudetendeutschen Gebiete ein und vertrieben die deutsch-böhmisch-mährische Regierung (x184/19).

Spaniens Neutralität im Ersten Weltkrieg bewahrte das Land im Jahre 1918 nicht vor großen Wirtschaftskrisen, die in den folgenden Jahren die Radikalisierung nationalistischer, sozialistischer, kommunistischer und anarchistischer Bewegungen maßgeblich förderten.

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.10.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x025/79) = Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage, Seite 79.

x019	Riedel, Johannes (Hg.): KNAURS WELTATLAS. Berlin 1935.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen</u> . Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x034	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Die Weimarer Republik</u> . Eine Tagesschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): <u>PLOETZ "Geschichte der Weltkriege"</u> . Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg</u> . Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x049	Holmsten, Georg: <u>Kriegsalltag 1939-1945 in Deutschland</u> . Bindlach 1989.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): <u>Das große Lexikon des Dritten Reiches</u> . München 1985.
x054	Ploetz, Karl: <u>Hauptdaten der Weltgeschichte</u> . 28. Auflage. Würzburg 1957.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte</u> . Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute</u> . Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: <u>dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart</u> . 25. erweiterte Auflage. Mün-

	chen 1991.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): Polen und Deutsche. Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV</u> . Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x070	Jähnig, Bernhart, und Ludwig Biewer: <u>Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte</u> . Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.). 2. erweiterte Auflage. Bonn 1991.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3</u> . Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x076	Andreae, Hugo: Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen. Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962.
x080	Conquest, Robert: <u>Stalin</u> . Der totale Wille zur Macht. München 1991.
x087	Möller, Horst (Hg.): <u>Der rote Holocaust und die Deutschen</u> . Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus". München 1999.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x099	Löser, Jochen: <u>Gegen den Dritten Weltkrieg</u> . Strategie der Freien. 1. Auflage. Herford 1982.
x105	Wildermuth, Rosemarie: <u>Als das Gestern heute war</u> . Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x120	Birnbaum, Immanuel: Tschechoslowakei. Bremen 1972.
x122	Dollinger, Hans: <u>SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE</u> . 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2</u> . 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV</u> . Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x177	Shapiro, Irwin, und Jonathan Bartlett (Hg.): <u>Illustrierte Weltgeschichte. Band 13</u> . Imperialismus und 1. Weltkrieg. Neuer Tesseloff Verlag, Hamburg 1969.
x184	Längin, Bernd G.: Unvergessene Heimat Sudetenland. Augsburg 1994.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6</u> . In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x206	Hemmerle, Rudolf: Sudetenland. Lexikon. Geografie, Geschichte, Kultur. Augsburg 1996.
x237	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 3</u> . Das Werden der modernen Welt (1648-1918). Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1977.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4</u> . Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x245	Ripper, Werner, und Eugen Kaiser (Hg.): <u>Weltgeschichte im Aufriß. Band 3, Teil 1</u> . Vom Ersten Weltkrieg bis 1945. Frankfurt/Main; Berlin, München 1976.
x265	Courtois, Stéphane u.a.: <u>Das Schwarzbuch des Kommunismus</u> . Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München 2004.
x267	Johann, Ernst (Hg.): <u>Innenansicht eines Krieges</u> . Deutsche Dokumente 1914-1918.

	München 1973.
x289	Baberowski, Jörg, und Anselm Doering-Manteuffel: <u>Ordnung durch Terror</u> . Gewaltexzesse und Vernichtung im nationalsozialistischen und im stalinistischen Imperium. 2. Auflage 2007. Bonn 2007.
x313	Fabian, Frank: <u>Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands</u> . Was bis heute von Historikern verschwiegen wird. 2. Auflage. München 2016.
x320	Schultze-Rhonhof, Gerd: <u>Der Krieg, der viele Väter hatte</u> . Europas Weg in die Katastrophe. COMPACT-Geschichte Nr. 4. Werder (Havel) 2018.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Versailler Vertrag</u> . Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Finanz-Mächte</u> . Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x337	Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): <u>Sie wollten den Krieg</u> . Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete. 1. Auflage. Rottenburg 2016.
x340	Jung, Thomas und Friedrich Georg: <u>1918 - Die Tore zur Hölle</u> . Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches. 1. Auflage. Rottenburg 2019.
x364	Griffin, Des: Wer regiert die Welt? Leonberg 1992.

Internet

x846	Volkslieder: http://ingeb.org/Volksong.html - September 2013.
x847	Bandulet, Bruno: http://www.kopp-verlag.de/Als-Deutschland-Grossmacht-war.-htm?websale8=kopp-verlag&pi=935400 - April 2014.
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.-net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x968	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/08/04/wie-einflussreiche-kreise-in-england-zum-ersten-weltkrieg-trieben/ - November 2019
x979	https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/173925/ende-des-kaiserreichs-27-11-2013 - September 2020
x1.035	https://www.wilhelm-der-zweite.de – Dezember 2021
x1.142	https://www.projekt-gutenberg.org/kessler/rathenau/chap010.html - Mai 2022
x1.144	https://www.nachdenkseiten.de/?p=84498 - Juni 2022